



# Amosinternational

Gesellschaft gerecht gestalten



## Internationale Zeitschrift für christliche Sozialethik

Finanzmärkte und Staatsschulden

Günter Wilhelms, Helge Wulsdorf  
Krisenszenarien in Politik und Wirtschaft

Tim Krieger  
Markt und Staat angesichts der Finanzkrise

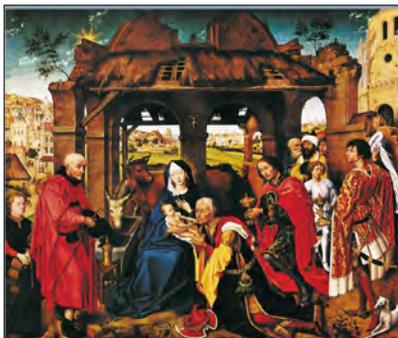
Mathias Erlei  
Ursachen der Krise und mögliche Auswege

Brigitta Herrmann  
Finanzmarkt und Schuldenkrise aus  
wirtschaftsethischer Sicht

Brigitte Unger  
Eurobonds, Bankenunion und Rettungsfonds



Sozialinstitut Kommende Dortmund  
3/2012



Benedikt Kranemann | Thomas Sternberg (Hrsg.)

## CHRISTLICHES FEST UND KULTURELLE IDENTITÄT EUROPAS

Aschendorff  
Verlag

Europa jenseits der Ökonomie eine Seele zu geben, wird immer wieder gefordert. Was kann dazu die christliche Festkultur beitragen, die in Europa in unterschiedlicher Weise als religiöses und kulturelles Gut betrachtet wird?

Theologen und Religionswissenschaftler aus verschiedenen europäischen Ländern fragen, wie sich das Verhältnis von christlichem Fest und kultureller Identität in Europa heute beschreiben lässt. Welche Unterschiede sind zwischen den einzelnen Ländern zu beobachten? Welche Rolle besitzen christliche Feste im säkularen Europa? Die Beiträge wenden sich mit unterschiedlichen Perspektiven Themen zu, die Kirche wie Gesellschaft gleichermaßen herausfordern.

Benedikt Kranemann | Thomas Sternberg (Hrsg.)

### Christliches Fest und kulturelle Identität Europas

Die Bedeutung christlicher Feste in verschiedenen Ländern Europas  
2012, 208 Seiten, kart. 19,80 €. ISBN 978-3-402-12997-5

Aschendorff  
Verlag



## Impressum

6. Jahrgang

2012 Heft 3

#### Herausgeber

Prälat Dr. theol. Peter Klasvogt, Dortmund  
Sozialinstitut Kommende

Prof. Dr. Markus Vogt, München

Prof. Dr. Joachim Wiemeyer, Bochum

Arbeitsgemeinschaft der deutschsprachigen Sozialethiker

Prof. Dr. Peter Schallenberg, Mönchengladbach

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Stefan Lunte, F-Bresson/B-Brüssel

#### Redaktion

Dr. phil. Dr. theol. Richard Geisen (Kommende, Dortmund)

Dipl.-Theol. Detlef Herbers (Kommende, Dortmund)

Dr. phil. Wolfgang Kurek (KSZ, Mönchengladbach)

#### Konzept Schwerpunktthema

Prof. Dr. Günter Wilhelms

#### Redaktionsanschrift

Sozialinstitut Kommende, Redaktion Amosinternational,

Brackeler Hellweg 144, D-44291 Dortmund

Mail [redaktion@amosinternational.de](mailto:redaktion@amosinternational.de)

Internet [amosinternational.de](http://amosinternational.de)

#### Erscheinungsweise

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich

(Februar, Mai, August, November)

#### Verlag und Anzeigenverwaltung

Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG

D-48135 Münster

Tel. (0251) 69 01 31

Anzeigen: Petra Landsknecht, Tel. (0251) 69 01 33

Anzeigenschluss: am 20. vor dem jeweiligen Erscheinungsmonat

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Münster

#### Bezugsbedingungen

Preis im Abonnement jährlich: 49,80 €/sFr 85,-

Vorzugspreis für Studenten, Assistenten, Referendare:

39,80 €/sFr 69,20

Einzelheft: 12,80 €/sFr 23,30; jeweils zzgl. Versandkosten

Alle Preise enthalten die gesetzliche Mehrwertsteuer.

Abonnements gelten, sofern nicht befristet, jeweils bis auf Widerruf.

Kündigungen sind mit Ablauf des Jahres möglich, sie müssen bis zum 15. November des laufenden Jahres eingehen.

#### Bestellungen und geschäftliche Korrespondenz

Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG

D-48135 Münster

Tel. (0251) 69 01 36

#### Druck

Druckhaus Aschendorff, Münster

Printed in Germany

#### Umschlaggestaltung

freistil – Büro für Visuelle Kommunikation, Werl

ISSN 1867-6421



Editorial	<i>Markus Vogt (München)</i> Die Eurokrise als Vertrauenskrise Zu diesem Heft	2
Schwerpunktthema	<i>Günter Wilhelms, Helge Wulsdorf (Paderborn)</i> Von Unsicherheiten, Sachzwängen und demokratischer Debatte Krisenszenarien in Politik und Wirtschaft auf der Spur	3
	<i>Tim Krieger (Freiburg)</i> Es geht nicht ohne internationalen Ordnungsrahmen Zum Verhältnis von Markt und Staat im Angesicht der Finanzkrise	8
	<i>Mathias Erlei (Clausthal)</i> Finanzmarktkrise und Staatsschuldenkrise Unterscheidung, Ursachen und mögliche Auswege	15
	<i>Brigitta Herrmann (Köln)</i> Finanzmarkt und Schuldenkrise aus wirtschaftsethischer Sicht Problemverständnis, Ziele und Handlungsspielräume der verschiedenen Akteure	23
	<i>Lilian Moreno Sánchez (Augsburg)</i> Correcturas Simulativas III	28
Interview	<i>Brigitte Unger (Utrecht/Düsseldorf)</i> „Eurobonds und Bankenunion sind unverzichtbar“ Gespräch über Finanzmärkte und Realwirtschaft, über Staatsschulden und Umverteilung	35
Buchbesprechungen	Klimaethik	42
	Friedensethik	44
	Laizität und Gewissensfreiheit	45
	Christliche Spiritualität und Ökonomie	47
	Wohlstand anders denken	48
	Wirtschafts- und Unternehmensethik	49
Bericht	Von der Euro-Krise zur Krise Europas? Bericht über die Sozialethischen Gespräche 2012 in Mönchengladbach	51
Der Überblick	Summaries	54
	Résumés	55
Impressum		U2



Markus Vogt

Es ist absehbar, dass der europäische Rettungsschirm trotz der Schwindel erregenden Aufstockung auf Billionenhöhe nicht ausreicht, um dauerhafte Stabilität zu garantieren. Wir stecken in einem Dilemma. Die Politik der expansiven Geldpolitik, mit der wir jahrelang erfolgreich

die Konjunktur angekurbelt und Probleme in die Zukunft verschoben haben, scheint nicht länger fortsetzbar. Zugleich ist auch der Sparkurs mit Ambivalenzen verbunden, da er die wirtschaftliche Dynamik ausbremst, hohe soziale Belastungen erzeugt und keineswegs bessere Rückzahlungschancen garantiert. Die europäischen Nachbarn werfen Deutschland vor, dass wir durch drakonische Haushaltsdisziplin für alle kontraproduktive Effekte erzeugen.

Das Dilemma zwischen Sparzwang und Investitionserfordernis lässt sich nur auflösen, wenn man das Kommunikationsmedium Geld aus einer neuen Perspektive betrachtet: Es geht nicht um materielle Knappheit, sondern um Vertrauen und darum, den Investitionen eine neue Richtung und ein kontrollfähiges Maß zu geben. Die Finanzwirtschaft soll der sog. „Realwirtschaft“ dienen, statt diese in den Bann von Spekulationen zu ziehen. Dafür müssen die Einzelmaßnahmen in ein langfristiges Konzept eingebettet, aufeinander abgestimmt und konsequent umgesetzt werden, wofür das vorliegende Heft von *Amosinternational* vielfältige Kriterien und Perspektiven formuliert.

So unterscheidet der Volkswirt *Matthias Erlei* strikt zwischen der Wirtschafts- und Finanzkrise als Anpassungsproblem und der Schuldenkrise als Symptom unseriöser Wohlstandsversprechen. *Tim Krieger* setzt auf eine Internationalisierung des Ordnungs-

## Die Eurokrise als Vertrauenskrise

rahmens, um den Primat der Politik zurück zu gewinnen und den Wettbewerb für das Wohl des Gemeinwesens wirken zu lassen. *Brigitta Herrmann* entwirft in Anlehnung an das wirtschaftsethische Konzept von Georges Enderle Maßstäbe und Handlungsoptionen für die finanzpolitischen Schlüsselakteure. Da die Finanzmärkte Teil eines komplexen wirtschaftlichen Geschehens sind, das als ganzes Werte und Wohlstand erzeugt oder vernichtet, ist das dort erwirtschaftete Einkommen nicht solitäre Wertschöpfung, sondern Gewinnabschöpfung und folglich gemeinwohlpflichtig.

Vielen Ökonomen gilt Geld heute als neutrales Objekt, als reines Medium für Tausch und Wertaufbewahrung. Die Funktion des Geldes geht jedoch weit darüber hinaus. Es ist „geprägte Freiheit“ (Georg Simmel). Geld ist ein „Vermögen“, das gesellschaftlich zugesprochen, geglaubt oder auch entzogen wird. Geld ist ein Kommunikationsmedium, das auf Vertrauen basiert und soziale Teilhabe ermöglicht. Über diese funktionalen Aspekte hinaus hat Geld auch eine geradezu magische Macht. So deutet Goethe in *Faust II* das Drucken von Geld als Fortsetzung der Alchemie mit anderen Mitteln: Nach dem Missglücken des Jahrhunderts langen Bemühens auf chemischem Wege Gold herzustellen, scheint der „magische Akt“ müheloser Wertschöpfung nun indirekt gelungen (vgl. Binswanger, Hans: Geld und Magie. Eine ökonomische Deu-

tung von Goethes *Faust*, 2. Auflage Stuttgart 2009). Goethe, der nicht nur Dichter, sondern auch Finanzminister am Weimarer Hof war, entfaltet dies dichterisch als eine Wette mit offenem Ausgang: Faust hofft, durch „schöpferische Taten“ der Verpfändung seiner Zukunft zu entkommen, der Teufel dagegen glaubt, dass dies schief geht und Faust künftig ihm dienen muss. Versteht man die Wette als Parabel auf die gegenwärtige Finanzkrise, dann liegt die große Herausforderung darin, das verführerische Angebot von billigem Geld so zu kontrollieren, dass wirtschaftliche Wertschöpfung sachgerecht angeregt und sozialverträglich gestaltet wird. Der ethische Anspruch darf nicht den (vermeintlichen) Sachzwängen geopfert werden – so *Günter Wilhelm* und *Helge Wulsdorf*.

Die multiple Banken-Wirtschafts-Schulden-Euro-Krise ist mehr als ein finanztechnisches Problem. Sie ist eine Krise des Vertrauens in die Stabilität unseres Wirtschafts- und Geldsystems. Zur Wiederherstellung der Vertrauens – so die Wirtschaftswissenschaftlerin *Brigitte Unger* in ihrem Interview für *Amosinternational* – sind Eurobonds und eine gemeinsame Finanzpolitik unverzichtbar. Heterogene Haftungssysteme und Solidaritätserwartungen müssen neu austariert werden. Das Geld ist für Europa Medium für einen Vertrauentest mit ungewissem Ausgang.



# Von Unsicherheiten, Sachzwängen und gesellschaftlichen Debatten

Krisenszenarien in Politik und Wirtschaft auf der Spur

*Seit 2007 bestimmen wechselnde Krisenszenarien die gesellschaftliche Debatte: Experten und Politiker ringen in immer neuen Ansätzen um tragfähige Lösungen. Doch das Vertrauen der Bürger in die staatliche Kompetenz wie auch in die Kräfte des Marktes ist deutlich gesunken. Bei all den ungelösten Problemen und der beängstigenden Ungewissheit drängt sich eine Grundfrage demokratischer Gesellschaften in den Vordergrund: Birgt der vielstimmige Ausruf der Krise eine Chance für die Politik, ihre ureigene Macht und Verantwortung zurück zu gewinnen, oder regiert in Zukunft nur noch der Sachzwang?*

*Der folgende Beitrag geht dieser Frage aus sozialetischer Sicht nach. Welche Auswirkungen hat die Deutungskategorie der Krise für unseren Umgang mit bestimmten gesellschaftlichen Problemen? Schadet die wachsende Verunsicherung der Demokratie oder brauchen wir eine Ausweitung der öffentlichen Diskurse?*

„Nach der Krise ist vor der Krise.“ Trefender kann man den derzeitigen Zustand der (Welt-)Gesellschaft wohl kaum beschreiben. Seit 2007 bestimmen Szenarien unser Leben, die unter wechselnden Krisen-Vorzeichen stehen: Die Subprime-, Finanz-, Wirtschafts-, Kapitalmarkt-, Staatsschulden-, Griechenland- oder Eurokrise ziehen die öffentliche Debatte in ihren Bann. Andere Krisen, wie die der sozialen Sicherungssysteme, der Umwelt im Allgemeinen und des Klimas im Besonderen scheinen inzwischen auf Nebenschauplätze verbannt, obwohl sie denen mit derzeit vorrangig (finanz-)wirtschaftlichen Fragen kaum an gesellschaftlicher Brisanz nachstehen, geschweige denn als ausgestandenen betrachtet werden können.

Vor allem Unsicherheit, aber auch Hilflosigkeit prägen die Debatte über die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Während Politiker und Experten um die richtigen Lösungsansätze ringen, hat das Vertrauen der Bürger sowohl in den Staat als auch in den Markt stark gelitten und leidet weiter. Zahlreiche unbeantwortete Fragen stehen auf der Agenda:

- Was hat es mit dem Ruf nach der Krise wirklich auf sich?
- Was wird damit bezweckt?
- Was macht die Krise eigentlich zur Krise?

Eine Fragestellung kristallisiert sich darüber hinaus insbesondere für eine demokratische Gesellschaft heraus: Ist der Ausruf der Krise eine Chance für die Politik, ihre ureigene Verantwor-



Günter Wilhelms



Helge Wulsdorf

tung zurückzugewinnen, oder übernimmt der Sachzwang das Kommando?

Bei den Aufarbeitungsversuchen des derzeitigen Krisenszenarios melden sich zunehmend auch nicht-ökonomische Stimmen zu Wort. Allen voran letztgenannte Fragestellung lässt speziell die Sozialethik hellhörig werden. Schließlich handelt es sich beim Krisentopos um eine systemübergreifende Deutungskategorie moderner Gesellschaft, die in ihrer Logik mit all ihren Folgewirkungen für die Gesellschaft reflektiert werden sollte. Die Ethik nimmt dabei die Perspektive des Beobachtenden ein, der danach fragt, ob und wie gesellschaftliche Entwicklungen dem Gemeinwohl dienlich sind. Gesellschaftlich dockt sie dabei an den großen Themen der Zeit an, aktuell an der Krisenthematik, und deutet diese als „Zeichen der Zeit“.



## Der Krisenbegriff als Mittel der Beobachtung

Die aktuelle Diskussion zeigt, dass der Krisenbegriff auf den ersten Blick als Anzeiger für bestimmte Sachprobleme genutzt wird. Er bezeichnet einen bestimmten Punkt oder Abschnitt eines „ganz normalen“ Prozesses, der sich für das Schicksal des Systems, hier der Wirtschaft allgemein oder des Finanzmarktes speziell, als entscheidend erweist.

- Erklärt wird die Krise dann mit den üblichen Fachkategorien, etwa Kurseinbruch, Preisschock, Rezession, Insolvenz.
- Markiert wird sie mit den entsprechenden Kennziffern wie Börsen- und Geschäftsindizes, Leitzinsen, Ratings und volkswirtschaftlichen Zahlen.
- Untermauert wird solch ein Verständnis, das die Krise als notwendigen und natürlichen Bestandteil eines Systems sieht, durch dazugehörige Theorien. Joseph Schumpeters berühmtes Diktum von der „schöpferischen Zerstörung“ oder die Rede von „Konjunkturzyklen“ sind nur zwei Erklärungsmodelle, die zeigen, dass Krisen häufig im Kontext eines bestimmten Sach- oder Lebensbereichs, hier der Wirtschaft, mit den dazugehörigen Sachkategorien definiert werden.
- Die Lösung der Krise erfolgt in der Logik sowie mit den Instrumenten und Experten des entsprechenden gesellschaftlichen Sach- oder Lebensbereichs.

Die Vielfalt der Krisendiskurse beruht auf solch mehr oder weniger bereichsspezifischen Mustern der Wahrnehmung und Deutung. Sie greift damit jedoch zu kurz. Denn es gerät dadurch zu wenig in den Fokus, dass der Ausruf einer Krise als solcher schon skeptisch machen muss, weil er mit einem „kategorischen“ Imperativ auftritt. Gerade die Skepsis am kategorischen Charakter der Krise ist es, die nach Aufklärung ruft. Erst wenn Krisenbegriff und Kri-

sendiskurs als Mittel der Beobachtung wahrgenommen werden, wird die Krise in ihrer Eigenlogik und in ihrem Konstruktionscharakter offensichtlich.<sup>1</sup> Sie ist dann eben nicht, wie vielfach suggeriert, ein „Naturereignis“ oder ein rein technisches Problem, das man in den Griff bekommen könnte, indem man sich bereichsspezifischer Logik bedient. Sie wird vielmehr als eine besondere kulturell-geistige und gesellschaftspolitische Herausforderung erkennbar, der man sich nur auf der Grundlage einer breiten Legitimation konstruktiv stellen kann.<sup>2</sup> Solch ein Perspektivenwechsel, der den bereichsspezifischen Tunnelblick abstreift, hat nicht allein für den Beobachtenden Folgen: Mit ihm ändert sich nicht nur die Wahrnehmung für das, was unter dem Stichwort Krise verhandelt wird. Er beeinflusst den konkreten Umgang mit dem Phänomen Krise insgesamt.

### „Ende der Debatte!“ als Konsequenz?

Löst man sich von der Eigenlogik des bereichsimmanenten Zugriffs auf die Krise, indem man die Beobachterperspektive einnimmt, wird erkennbar, von welcher tiefgreifender Ambivalenz der moderne Krisenbegriff heute gekennzeichnet ist. Der Ausruf einer Kri-

se verlangt zunächst einmal öffentliche Aufmerksamkeit und lässt sich somit deuten als ein Aufruf zu Veränderung und Reform. Die Krise ist schließlich Signal dafür, dass bestimmte Funktionsweisen und eingespielte Routinen derart außer Kraft gesetzt sind, dass ohne Fremdeinwirkung der Sach- oder Lebensbereich nicht mehr stabilisiert, geschweige denn gesteuert werden kann. Zugleich – und dies ist der in der öffentlichen Debatte zu wenig gesehene Punkt – fordert der Krisenruf dazu auf, die notwendige Debatte zu beenden. Er verlangt schnelle Entscheidungen, appelliert an die Moral und konstatiert Alternativlosigkeit. Er forciert das Spezialistentum und vereinfacht die Problematik. Nicht zuletzt soll das System durch die Krise stabilisiert und möglichst schnell wieder in den gewohnten Bahnen handlungsfähig gemacht werden.<sup>3</sup> Der Krisenbegriff bezeichnet folglich eine bestimmte Form gesellschaftlichen Bewusstseins. Er ist Ausdruck für die Unsicherheit, die die moderne Gesellschaft prägt. Es geht nicht mehr wie beim klassischen Verständnis um eine Zwangslage, die „nur einander restlos widersprechende Alternativen“<sup>4</sup> offen lässt. Die Alternativen verlassen den Raum konkreter Handlungsoptionen und münden in die grundsätzliche Frage nach der Gestaltungsmöglichkeit von Gesellschaft.

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ist zu beobachten, dass

<sup>1</sup> Vgl. Schulze, G. (2011): *Krisen: Das Alarmdilemma*, Frankfurt/Main, 76, mit Rückgriff auf die Systemtheorie von Niklas Luhmann. (Luhmann, N. (1991): *Soziologie des Risikos*, Berlin, 23 f).

<sup>2</sup> Sicherlich sind auch die ökonomischen Kategorien selbst Deutungen und die ihnen zugrunde liegenden Prozesse Konstruktionen. Aber sie werden den Akteuren häufig nicht als solche bewusst. Deshalb ist es notwendig, die Beobachterperspektive zu wechseln. Richard Münch hat beispielsweise mit der Differenzierung von Beobachtungsebenen die Kapitalmarktkrise zu analysieren versucht. Vgl. Münch, R. (2009): *Das Regime des Liberalen Kapitalismus: Inklusion und Exklusion im neuen Wohlfahrtsstaat*, Frankfurt/Main, 266–308, bes. 275 f., 294.

<sup>3</sup> Martin Jänicke hat mit Hilfe der Unterscheidung zwischen „Innenseite“ und „Außenbetrachtung“ auf solche Mechanismen hingewiesen. Vgl. Jänicke, M. (1973): *Krisenbegriff und Krisenforschung*, in: Ders. (Hrsg.): *Herrschaft und Krise: Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung*, Opladen, 10–25, 18.

<sup>4</sup> Koselleck, R. (1982): *Krise*, in: Brunner, Otto; u. a. (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart, 617–650, 626.

es gerade die Ambivalenz zwischen notwendigen gesellschaftlichen Weiterentwicklungen und dem als alternativlos hingestellten „Weiter so“ ist, die dem Ruf nach einem „Ende der Debatte!“<sup>5</sup> seinen Nährboden liefert. Der Krisenruf könnte zu einer kritischen Selbstbesinnung anhalten, ja er könnte sogar Wegweiser für Möglichkeiten und Veränderungen innerhalb des Sachbereichs sein, die unter normalen Bedingungen gar nicht durchsetzbar wären.<sup>6</sup> Warum er es aber zu häufig nicht kann, lässt sich sowohl

durch die der Krise zugrunde gelegte Eigenlogik als auch durch ihre Nützlichkeit für bestimmte (Macht-)Interessen erklären. Anders gesagt: Die Krisenrhetorik folgt in ihrer Ambivalenz nicht nur dem zwanghaften Charakter ihrer Eigenlogik, sie ist zugleich Ausdruck einer Schiefelage. Sie simuliert nämlich Eindeutigkeit, mit dem Ziel mögliche Alternativen einzudampfen, um letztendlich die Systemstabilisierung und Machtsicherung nahezu kompromisslos verfolgen zu können.



Krisen müssen auf ihre systemischen Ursachen hin befragt werden

hin befragt werden müssen und nicht am Fehlverhalten einzelner Subjekte festgemacht werden können. Was mit Krisen in ihrer Tiefenstruktur bezweckt werden soll und welche Wirkungsweisen sich für eine hochkomplexe und zunehmend undurchschaubar gewordene Wirklichkeit daraus ergeben, ist transparent zu machen.

## *Sachzwangimperativ und Moralisierung als problematische Deutungsmuster*

Als typischer Reflex auf die moderne Gesellschaft bindet die bereichsspezifische Eigenlogik ihre Akteure mit dem Krisenruf gerade in dem Moment an „Sachzwänge“, in dem die bislang geltenden Sachgesetzmäßigkeiten offensichtlich an ihre Grenzen stoßen beziehungsweise längst gestoßen sind. Nicht zufällig ist im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise immer wieder das von der damaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher überlieferte „TINA-Prinzip“ (there is no alternative) herangezogen worden. Seine Fortschreibung im deutschen „alternativlos“ wurde 2010 zum Unwort des Jahres gekürt. Mit der Krise wird also folgendes Signal gesetzt: Weil die Sachgesetzmäßigkeiten problematisch geworden sind, haben die Sachverständigen dafür Sorge zu tragen, dass der Normalzustand wieder hergestellt wird. Das Vorhaben, den Teufel sozusagen mit dem Beelzebub auszutreiben, ist den Akteuren oftmals gar nicht bewusst. Ihr Verhalten erscheint ihnen vielmehr „sachgemäß“ und damit aus ihrer Sicht ethisch korrekt. Dass sie bei ihrer Argumentation bewusst auf Sachzwänge bauen, die in ihrer Stichhaltigkeit zu hinterfragen sind, lässt sich allerdings nur aus der Beobachterperspektive erkennen.

Neben der bewussten Konstruktion von Alternativlosigkeit durch das ka-

tegorische Setzen von Sachzwängen, die der entsprechenden Eigenlogik gehorchen, geht mit dem Krisenbegriff regelmäßig der Ruf nach Moral einher. Man denke nur an die vielzitierte „Gier der Banker und Manager“ oder an den „ehrbaren Kaufmann“, die den imperativischen Charakter des Krisenrufs zum Vorschein bringen. Doch ist es auch hier nicht wieder der Zwang zur Vereinfachung, der der Moral ihre mögliche kritische Kraft nimmt? Wird Moral nicht gerade deshalb als Medizin verschrieben, wie es Niklas Luhmann einmal ausdrückte, „weil sie zwar nicht heilt, aber den Juckreiz der Probleme verringert?“<sup>7</sup> Krisen sind „Normalitätsbrüche“<sup>8</sup>. Sie setzen immer ein bestimmtes Verständnis von Normalität voraus, mit dem sie zwangsläufig moralisch gefärbte Ressentiments mobilisieren. Eine Moralisierung der Probleme bedeutet stets eine Subjektivierung der Probleme. Sie führt damit zu einem Fehlschluss, weil Krisen immer Strukturkrisen sind und deshalb auf ihre systemischen Ursachen

## *Die Krise als Reflex auf Unsicherheit*

Was beide Deutungsmuster, Moralisierung und Sachzwangimperativ, am Laufen hält, ist die Maxime „Ende der Debatte!“ Schließlich soll schnell entschieden werden, was durch das Adjektiv alternativlos als „Brandbeschleuniger“ untermauert wird. Egal wie: Eine öffentliche, gesellschaftspolitische Debatte ist jedenfalls nicht erwünscht.<sup>9</sup> Gleiches gilt für Moralappelle, denn sie vereinfachen lediglich vorschnell und lassen mögliche Alternativen als solche erst gar nicht dort ankommen, wo sie diskutiert werden müssten. Der Ausruf „Ende der Debatte!“ ist jedoch nur die eine Seite. Mit Blick auf das Verhältnis von Politik und Wirtschaft fordert sie vor allem die Politik auf aktiv zu gestalten. Doch wer gestaltet eigentlich? Hier hat die Wirtschafts- und Finanzkrise widersprüchliche Signale ausgesandt, weil die Unterscheidung zwischen Politik und Nicht-Politik beziehungsweise Wirtschaft schillert. Wer gibt in der Krise denn eigentlich den Ton an: der

<sup>5</sup> Schulze (2011): Krisen, a. a. O., 36.

<sup>6</sup> Vgl. Jänicke (1973): Krisenbegriff, a. a. O., 13.

<sup>7</sup> Luhmann, N. (1993): Wirtschaftsethik als Ethik?, in: Wieland, J. (Hrsg.): Wirtschaftsethik und Theorie der Gesellschaft, Frankfurt/Main, 134–147, 134.

<sup>8</sup> Schulze (2011): Krisen, a. a. O., 84.

<sup>9</sup> Zweifelsohne wird der Krisenbegriff von den Medien bewusst genutzt, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. Dies heißt aber nicht, dass sie oben genanntem Effekt entgegenwirken – im Gegenteil: Sie verstärken ihn noch.



Vorstandssprecher der Deutschen Bank oder die Kanzlerin?

Der Verzweckung der Politik werden jedenfalls Tür und Tor geöffnet. Obwohl die Gefahr der Indienstnahme der Politik beständig gegeben ist, bekommt sie durch den Krisenruf eine neue Dynamik, ja eine scheinbare Legitimation.<sup>10</sup> Wird der Krisenruf mit der Forderung nach dem „Ende der Debatte!“ beantwortet, verschleiert er statt aufzuklären. Er macht zwar auf den „Ernst der Lage“ aufmerksam, will ihn aber nicht zu Wort kommen lassen, denn solch eine gesellschaftlich notwendige Debatte lässt Unsicherheiten offensichtlich werden, auf die es keine eindeutigen Antworten geben wird. Der Krisenruf ist damit wesentlich ein Reflex auf Unsicherheit, dem man nur gerecht wird, wenn die Politik ihren Gestaltungsmöglichkeiten nachkommt durch das bewusste Zulassen von Unsicherheit und durch Debatte.

Die Sorge, dass die Ambivalenz des Krisenbegriffs das demokratische Bewusstsein moderner Gesellschaft untergräbt, ist berechtigt. Wie sehr sich die Politik von diesem reflexhaften Ruf nach dem „Ende der Debatte!“ beeindrucken lässt beziehungsweise ihn selber benutzt, hat etwa die Auseinandersetzung vor dem Bundesverfassungsgericht über die Beteiligungsrechte des Bundestags im Zusammenhang mit der

 Dem Krisenruf geht es darum, die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik nicht zum Zuge kommen lassen zu wollen

Erweiterung des so genannten „Euro-Rettungsschirms“ gezeigt.<sup>11</sup> Auch die durch die Krise hervorgerufenen Regierungsbildungen in Griechenland und Italien, die ausdrücklich auf Sachverstand anstelle von Politik setzen wollen, sind Ausdruck dieses Phänomens.

Es lässt sich nicht leugnen, dass die Ausrufung einer Krise, die Möglichkeiten von Politik und Staat zu intervenieren, massiv beschneidet und damit das

politische Bewusstsein insgesamt beeinflusst.<sup>12</sup> Walter Bühl ist daher Recht zu geben, wenn er die Krisenrhetorik geradezu als einen Versuch einer „Entpolitisierung der Politik“<sup>13</sup> charakterisiert. Colin Crouch hat auf solche Szenarien bei der Entwicklung der Demokratie hin zur Postdemokratie bereits aufmerksam gemacht und Ulrich Beck hat der Wirtschaft schon vor etlichen Jahren quasi politischen Charakter zugesprochen.<sup>14</sup>

Das geforderte Mehr an Debatte heißt nicht, um mögliche Einwände gleich zu entkräften, Diskurs um des Diskurses willen, schon gar nicht ewiger Diskurs. Gesellschaftlicher Diskurs ist niemals Selbstzweck. Er ist gerade dann notwendig, wenn die moderne Gesellschaft aufgrund ihrer Komplexität, Differenzierung, Vernetztheit und Risikogeneigtheit an die Grenzen ihrer Problemlösungsfähigkeit stößt.

## Die Krise als Aufruf zur gesellschaftlichen Debatte

Die christliche Sozialethik hat immer dann hellhörig zu werden, wenn mit Kategorien operiert wird, die in ihrer Ambivalenz verschleiern statt aufklären, wenn Zwangssituationen konstruiert oder Denkmuster aktiviert werden, die scheinbar keine Alternativen zulassen. Die vorschnelle, auf Alternativlosigkeit zielende und durch den Krisenruf legitimierte Maxime „Ende der

 Unsicherheit erfordert ein Mehr an Debatte

Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise zeigen in aller Deutlichkeit, wie verhängnisvoll die Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche sein können und wie nicht zuletzt das Gemeinwohl dauerhaft Schaden zu nehmen droht. Die Tatsache, dass die Bedingungen des gegenwärtigen Handelns und Entscheidens nicht mehr zu durchschauen sind, sie aber gleichzeitig Zukunft festlegen, einschließlich ihrer Folgen für Dritte,<sup>15</sup> muss die moderne Gesellschaft geradezu zur Reflexion nötigen. Nicht die Abwehr von Unsicherheit, sondern die „Hereinnahme der Unsicherheit in unser Denken und Tun“<sup>16</sup> sollte daher die angemessene Antwort auf die Herausforderungen der modernen Gesellschaft sein.

Debatte!“ ist für die Sozialethik keine Lösung. Ihr Ziel ist es vielmehr, mit Hilfe der Sozialwissenschaften den Kopf zu heben, um klarer sehen zu können. Denn erst aus der Beobachterperspektive werden der Konstruktionscharakter der Krisenrhetorik und die ihr zugrunde liegende Eigendynamik mit ihrer Logik deutlich.<sup>17</sup> Leitend für den Blick der Sozialethik ist die Frage, wie

<sup>10</sup> Das wäre auch eine Erklärung für das „befremdliche Überleben des Neoliberalismus“. Vgl. Crouch, C. (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin.

<sup>11</sup> Vgl. Scheller, H.: Fiscal Governance und Demokratie in Krisenzeiten, in: APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte) 62. Jg. (2012), 9–16, 14 f.

<sup>12</sup> Um Missverständnissen an dieser Stelle vorzubeugen: Es geht nicht um die verzichtbare Suche nach dem Sachgerechten, sondern um einen gesellschaftlichen Mechanismus, der die Suche nach Problemlösungen abkürzt, indem er von vornherein bestimmte Zuordnungen vornimmt.

<sup>13</sup> Bühl, W.L. (1984): Krisentheorien: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang, Darmstadt, 2.

<sup>14</sup> Vgl. Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt; Beck, U. (1993): Die Erfindung des Politischen: Zur Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt.

<sup>15</sup> Vgl. Luhmann (1991): Soziologie, a. a. O., 51 ff, sowie zum Risikobegriff Arnoldi, J. (2009): Alles Geld verdampft: Finanzkrise in der Weltrisikogesellschaft, Frankfurt.

<sup>16</sup> Beck (1993): Erfindung, a. a. O., 260.

<sup>17</sup> Aus sozialetischer Perspektive hilft weder das oben erläuterte Sachzwangargument, da es die Problematik einseitig in Richtung Gesellschaft mit ihren systemischen Imperativen verschiebt. Noch wird eine Moralisierung in Richtung des tugendhaften, aber einsamen Subjekts tragfähige Lösungen hervorbringen. Beide Deutungsmuster sind lediglich

gemeinwohldienlich gesellschaftsrelevante Problemstellungen angegangen werden. Aus ihrer Sicht verdiente eine Gesellschaft diesen Titel, wäre sie durch eine Ordnung gekennzeichnet, die sittliche Autonomie und Selbstbestimmung ermöglichte.<sup>18</sup>

Grundanliegen einer gemeinwohldienlichen Gesellschaft, die als demokratisches Gemeinwesen organisiert ist, muss es sein, dass ihre Bürger ein Recht darauf haben, nach ihren Bedürfnissen und Interessen die für sie relevanten Lebens- und Sachbereiche mitzugestalten. Dieses „Ideal von Demokratie“, dass sich jeder aktiv an der Gestaltung

 Der Sozialethik geht es um Aufklärung und eine breite gesellschaftliche Debatte im Dienst des Gemeinwohls

des öffentlichen Lebens beteiligen kann,<sup>19</sup> wird durch den Krisenruf beschnitten. Die Maxime „Ende der Debatte!“ verschärft Demokratiedefizite derart, dass sie mit dem Ansinnen der Gemeinwohldienlichkeit auf Dauer nicht vereinbar sind.<sup>20</sup> Vor diesem Hintergrund muss es der christlichen Sozialethik mit Blick auf mögliche Krisenszenarien gerade aufgrund der Erfahrungen mit der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise um ein „Mehr an Debatte!“ auf möglichst vielen Ebenen gehen, anstatt um ein „Ende der Debatte!“ Nicht nur in Krisenzeiten, sondern noch mehr im Sinne einer Krisenvorsorge heißt dies, dass nach Strukturen zu suchen ist, die die jeweiligen Sachbereiche zur Selbstreflexion anleiten.<sup>21</sup>

Das sozialetische Losungswort „Mehr an Debatte!“ wendet sich in modernen Gesellschaften nicht nur, aber vor allem an die Politik. Denn speziell sie leidet darunter, dass ihr auf der einen Seite eine besondere Verantwortung für gesellschaftliche Gestaltungsfragen zugewiesen wird und ihr auf der anderen Seite die Sachzwänge angeblich keine Wahl lassen. Weil die Politik heute nicht mehr die Möglichkeit hier-

## KURZBIOGRAPHIE

**Günter Wilhelms (\*1958)**, Dr. theol., habil., Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre an der Theologischen Fakultät Paderborn. Forschungsschwerpunkte: Gesellschaftsethik, Wirtschaftsethik, Gesellschaft und Kirche. Veröffentlichungen: Wilhelms, Günter: Christliche Sozialethik, UTB Paderborn 2010.

**Helge Wulsdorf (\*1968)**, Bankkaufmann und Dr. theol., leitet seit 2003 den Bereich „Nachhaltige Geldanlagen“ bei der Bank für Kirche und Caritas eG in Paderborn. Zu seinen inhaltlichen Schwerpunkten gehört neben umwelt- und wirtschaftsethischen Fragestellungen vor allem das Thema Nachhaltigkeit.

archischer Steuerung hat – zu komplex und zu folgenlastig sind die Bedingungen moderner Gesellschaft geworden –, muss sie die vielfältigen und vielgestaltigen Reflexionspotenziale anderer gesellschaftlicher Akteure in Anspruch nehmen. Das Losungswort ergeht damit gleichermaßen an wirtschaftliche Netzwerke und Koalitionen nationaler wie transnationaler Art sowie an alle relevanten Akteure in Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, die alle mit ganz unterschiedlichen Interessen und Machtmechanismen agieren.<sup>22</sup> Wie die Akteurskonstellation auch aussehen mag, entscheidend ist, dass das Bewusstsein dafür geweckt wird, was mit der Krisenrhetorik bezweckt werden soll und wie viel Auf-

gegensätzliche Reaktionen auf das ethisch zentrale Verhältnis von Subjekt und Gesellschaft.

<sup>18</sup> Vgl. zur Gemeinwohldienlichkeit Nell-Breuning, O. v. (1980): Gerechtigkeit und Freiheit: Grundzüge katholische Soziallehre, Wien, 34.

<sup>19</sup> Vgl. Crouch (2008): Postdemokratie, a. a. O., 8 f.

<sup>20</sup> Vgl. Emunds, B.: Die Krise der globalen Finanzwirtschaft: Eine Analyse und sozial-ethische Einschätzung, in: ThGl 100. Jg. (2010), 44–61, 54.

<sup>21</sup> Vgl. zum Stichwort Selbstreflexion als systemethische Kategorie Wilhelms, G. (1996): Die Ordnung moderner Gesellschaft: Gesellschaftstheorie und christliche Sozialethik im Dialog, Stuttgart u. a., 90–108.

<sup>22</sup> Vgl. etwa Crouch (2011): Überleben, a. a. O.

<sup>23</sup> Schulze (2011): Krisen, a. a. O., 197; 208, spricht mit Blick auf die Wissenschaft von „organisierter Skepsis“.

klärung über das eigentliche Krisenszenario notwendig ist, um zu einer fundierten Urteilsbildung kommen zu können. Der Verweis auf irgendwelche Selbstheilungskräfte oder moralische Beschwörungstheorien löst heutzutage keine Probleme mehr. Selbstreflexion wird nur dann gelingen, wenn ein Mindestmaß an Skepsis organisiert wird<sup>23</sup> und die einzelnen Sachbereiche, wie Politik und Wirtschaft, durch den Diskurs in ihrer Legitimationskraft und Handlungsfähigkeit gestärkt werden.

## Fazit

Aus Sicht der christlichen Sozialethik gilt es also, eine gehörige Portion Skepsis an den Tag zu legen, sobald die Krisenfanfare erklingt. Konstruktiv im Sinne des Gemeinwohls lässt sich die Krisen-debatte dahingehend wenden, dass sie ein „Mehr an Debatte!“ nachdrücklich einfordert. Im Sinne der Krisenprophylaxe sollte die Gesellschaft verstärkt Wert legen auf eine Institutionalisierung von Debatten. Denn nur durch Debatte lässt sich die mit der Krise einhergehende Unsicherheit angemessen „verarbeiten“, lassen sich Strukturprobleme, die durch Krisen offenkundig geworden sind, dauerhaft lösen. Der Ausruf der Krise kann daher seitens der Sozialethik nur als ein Ausruf zum Diskurs verstanden werden.

# Es geht nicht ohne internationalen Ordnungsrahmen

Zum Verhältnis von Markt und Staat im Angesicht der Finanzkrise



Tim Krieger

*In der europäischen Finanzkrise wird zunehmend die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Wirtschaft gestellt, da der Staat scheinbar von den Märkten getrieben wird. Im vorliegenden Beitrag wird jedoch anders argumentiert: Das „Primat der Politik“ ist nicht verloren gegangen; vielmehr sind den heutigen krisenhaften Entwicklungen bewusste politische Entscheidungen vorangegangen. Der tiefer liegende Grund für die heutige Krise ist der Versuch, aus politischer Opportunität gegen die Kräfte des Wettbewerbs zu handeln, anstatt die Märkte zum Wohle des Gemeinwesens wirken zu lassen.*

In Thomas Hobbes' staatstheoretischem Werk *Leviathan* aus dem Jahr 1651 wird der Urzustand der Menschheit als Anarchie beschrieben, in der die Eigeninteressen der Menschen mit der allgemeinen Knappheit der Ressourcen kollidieren und zu einem Krieg „aller gegen alle“ führen. Erst die Schaffung eines konstitutionellen Regelrahmens mit präzise definierten Eigentumsrechten, die jeweils durch die absolute Autorität des Herrschers (in moderneren Interpretationen: eines demokratischen Rechtsstaats) garantiert waren, sorgte für eine Befriedung dieser unerfreulichen Ausgangslage und für wirtschaftliche Prosperität.

Das Geschehen auf den internationalen (Finanz-)Märkten mit ihrem vermeintlich zügellosen Finanzkapitalismus erinnert manchen an Hobbes' Urzustand mit einem „Recht des Skrupelloseren“ und Marktergebnissen, die – aus gesellschaftlicher Sicht – bedrohlich wirken. In der Tat kennt die „unsichtbare Hand“ des Marktes – anders als Menschen oder die Politik (die ja ihrerseits von Menschen betrieben wird) – keine Loyalitäten und keine Heimatländer. Wenn auch „im Aggre-

gat“ den Wohlstand der Gesellschaft erhöhend, sorgt sie doch für harte Ausleseprozesse auf den Märkten, die breite Bevölkerungsschichten erheblich belasten können, etwa wenn sie zu einer Vermachtung der Märkte (z. B. durch Monopolbildung) oder einer stark zunehmenden Einkommensungleichheit führen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, bedarf es eines geschickt gesetzten Regelrahmens mit einem „marktangepassten“ Handeln der Politik, innerhalb dessen der Wettbewerb seine positiven Wirkungen umfangreich für alle Bürger entfalten kann.



**Der Staat muss den Regelrahmen setzen, in dem das Marktgeschehen positiv wirken kann**

Der Staat verfügt für die zentrale Aufgabe der Regelsetzung und -durchsetzung auf den Märkten über einen „komparativen Vorteil“ (North 1981). Er – und nur er – verfügt über das Gewaltmonopol, das es erlaubt, Eigentumsrechte zu spezifizieren und diese auch durchzusetzen. Diese Fähigkeit soll im Folgenden als das „Primat

der Politik“ interpretiert werden. Mit ihr kann der Staat – so er denn will – eben jenen Regelrahmen auswählen, der den Wohlstand der Menschen aus dem wettbewerblichen Marktgeschehen in bestmöglicher Weise erhöht. Dabei befindet sich der Staat in einer Interdependenz mit der Ökonomie, weil er sich nicht über die Märkte und die Kräfte des Wettbewerbs erhebt, sondern sie in möglichst vorteilhafter Weise „ordnet“.

Die Aufgaben des Staates werden durch Richard Musgraves (1959) Unterteilung in drei zentrale Bereiche umfassend beschrieben.

- Danach hat der Staat erstens die „allokative“ Aufgabe, die Funktionsfähigkeit der Märkte (in einem umfassenden Sinne) zu garantieren und „Marktversagen“ zu verhindern, bspw. indem er ein funktionsfähiges Rechtssystem garantiert. Er verwirklicht also mit seinen institutionellen Rahmensetzungen zur Sicherung der Funktionsfähigkeit wettbewerblicher Märkte die traditionelle Vorstellung eines Primats der Politik.



- Zweitens schreibt Musgrave dem Staat eine „distributive“ Rolle zu. Die Marktprozesse verursachen eine Einkommensverteilung, die aus unterschiedlichen Gründen von der Gesellschaft als unangemessen angesehen und durch Umverteilungsmaßnahmen „korrigiert“ werden kann. Da diese Korrektur nicht über die Märkte erfolgen wird, muss die Politik ihr Primat einsetzen, um sie (gegen die Interessen vieler Marktteilnehmer) durchzusetzen.
- Drittens kann der Staat eine „stabilisierende“ Rolle spielen, wenn die Märkte über einen längeren Zeitraum aus dem Gleichgewicht geraten, etwa in langanhaltenden Rezessionen. Auch hier kann es nötig sein, dass die Politik sich über die Märkte hinwegsetzen muss, um die Marktprozessen auf einen günstigeren Entwicklungspfad zurückzuführen, auf dem der Wettbewerb wieder seine wohlstandsmehrende Kraft zugunsten der Gesellschaft entfalten kann.

 Nicht nur die Globalisierung hat die Regelungsmacht des Staates geschwächt, hinzu kommt die politische Selbstbeschränkung

Das Primat der Politik kann jedoch im Zuge der Globalisierung der Märkte erodieren. Für den Wirtschaftsnobelpreisträger Douglas North (1981) erstreckt sich der (National-)Staat über dasjenige geographische Gebiet, dessen Grenzen durch seine Fähigkeit definiert werden, die Marktakteure zu besteuern. Die Globalisierung hat durch eine Reduzierung der Barrieren für den Tausch von Gütern und Produktionsfaktoren aus vielen nationalen Wirtschaftsräumen einen riesigen internationalen Wirtschaftsraum geformt. Dieser Prozess ist jedoch ohne eine gleichzeitige Internationalisierung des Regelrahmens im Sinne einer politischen oder wirtschaftlichen Weltordnung („global

(economic) governance“) erfolgt. Firmen und Menschen können den bestehenden Regelrahmen ihrer Heimatländer mit zunehmend geringerem Aufwand entgehen, und Staaten liefern sich einen „Wettbewerb“ um mobile Steuerbasen (wie z. B. die Gewinne multinationaler Firmen). Dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass ein „Primat der Märkte“ entstanden wäre, jedoch ist klar, dass die Fähigkeit des Staates, seine primären Aufgaben zu erfüllen, geschwächt wird.

Der Staat kann seine Funktionsfähigkeit auch selber schwächen, ohne dass es dazu der Fliehkräfte der Globalisierung bedürfte, und damit das Primat der Politik zumindest teilweise aufgeben. Hans-Werner Sinn (2003) beschreibt die Aufgaben des Staates sehr präzise anhand des so genannten „Selektionsprinzips“. Es besagt, dass der Staat genau diejenigen Aufgaben übernommen hat (oder übernehmen sollte), die private Märkte nicht erfüllen können. Der Staat füllt also die leer gebliebenen „Nischen“ des Marktes und beseitigt Marktversagen, bspw. indem er wichtige öffentliche Güter wie die Rechtssicherheit herstellt. Weil aber der Staat hier fehlende Märkte ersetzt, kann weder ein Wettbewerb der unterschiedlichen staatlichen Regelrahmen, noch eine freiwillige Aufgabe elementarer Staatsfunktionen, etwa durch Privatisierungen, zielführend sein. Im ungünstigsten Fall ufert der Wettbewerb der Staaten in einen schädlichen Laissez-Faire mit einer ungewollt niedrigen Bereitstellung öffentlicher Güter aus statt die Wohlfahrt der Menschen, für die öffentliche Güter eine bedeutende Rolle spielen, zu begünstigen.

Kommt es zu einer solchen – erzwungenen oder freiwilligen – Schwächung der staatlichen Funktionen, so hat dies oft auch distributive Konsequenzen, die in der Bevölkerung als Gerechtigkeitsproblem wahrgenommen werden. Produktionsfaktoren, die der Besteuerung durch Abwanderung ausweichen, und eine Privatisierung wichtiger Funktionen der Daseinsvorsorge

 Die Schwächung staatlicher Funktionen kann zu sozialen Schiefagen führen, aber auch die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft bedrohen

durch den Staat können auch diejenigen sozialen Sicherheitsnetze gefährden, die zentral für die Funktionsfähigkeit der „Sozialen Marktwirtschaft“ sind und die damit eine allokative (und nicht bloß distributive) Funktion haben, also für die Funktionsfähigkeit der Märkte essenziell sind. Dass es vor diesem Hintergrund in der aktuellen Finanzkrise zu öffentlichen Protesten wie im Rahmen der „Occupy“-Bewegung gekommen ist, kann daher nicht überraschen.

Zur Rolle und Funktion des Staates sei abschließend bemerkt, dass auch staatliche Aktivität einen Preis hat. Selbst die von Musgrave geäußerte positive Sichtweise auf den Staat unterliegt dem Problem, dass der Staat zur Beseitigung von Marktversagen präzise Informationen über die tatsächlichen Handlungen und Anreize der Marktakteure benötigt, um geeignete Maßnahmen zu treffen. Gerade die Finanzkrise zeigt jedoch eindringlich, dass diese Informationen fehlen und damit politische Maßnahmen verfehlt sein und hohe Kosten verursachen können. Darüber hinaus wäre es

 Auch nationale Regierungen handeln interessengeleitet und selten im Sinne internationaler Wohlfahrt

jedoch eine Verkennung realer Politik zu glauben, dass Regierungen *nicht* interessengeleitet handelten. Die politökonomische Literatur unterstellt, dass Regierungen – aus unterschiedlichen Gründen – an ihrer Wiederwahl interessiert sind und ihre Politik damit an den (vermuteten) Wünschen

der wahlentscheidenden gesellschaftlichen Gruppen ausgerichtet ist. Die hieraus abgeleitete (nationale) Politik entspricht zumeist nur sehr eingeschränkt dem Ziel der Erhöhung der (internationalen) Wohlfahrt.

Ausgehend von diesen Grundüberlegungen soll im Folgenden die aktuelle Finanzkrise analysiert werden. Dabei wird gezeigt, dass die Krise einen langen Vorlauf hatte, bei dem ein Zusammenspiel

- von internationalem Wettbewerb um staatliche Regelrahmen auf einer Seite und
- einer Politik der freiwilligen und bis zu einem gewissen Grad opportunistischen Aufgabe von staatlicher Regulierung auf der anderen Seite die heutige Lage hervorgerufen hat. Diese Überlegungen werden Aufschlüsse geben über das Verhältnis von Markt und Staat *vor* und *während* der aktuellen Finanzkrise und erlauben auch einen Ausblick auf dieses Verhältnis in einer weiterhin von Globalisierungsprozessen geprägten Zukunft *nach* der Finanzkrise.

## Eine kurze Geschichte der Deregulierung

Es wird in der aktuellen Diskussion gerne übersehen, dass die Ursprünge der jetzigen Finanzkrise in den USA lagen, wo es im Jahr 2007 zum Ausbruch der so genannten „Subprime-Krise“ kam. Ihre Wurzeln liegen letztlich in einem Konflikt zwischen privatem Eigentum und wirtschaftlicher Freiheit auf der einen Seite sowie sozialer Stabilität und gesellschaftlicher Kohäsion auf der anderen Seite.

Schon seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre zeigten die amerikanischen Wähler, für die Wohneigentum ein substanzieller Teil ihres persönlichen „American Dream“ ist, ein sehr deutliches Interesse an einer (staatlichen) Förderung von Wohneigentum. Seinerzeit wurden hunderte-tausende von der Zwangsversteige-

rung bedrohte Hauseigentümer durch die im Rahmen des „New Deal“ von der Regierung gegründete „Home Owners' Loan Corporation“ gerettet (Eggert/Krieger 2009). Diese Maßnahme wurde von späteren Beobachtern als die politische Intervention mit der höchsten Zustimmung der Mittelklasse in jener Zeit identifiziert.

Aus Sicht der amerikanischen Bevölkerung, die einem umfassenden Wohlfahrtsstaat gegenüber traditionell skeptisch eingestellt ist, hatte die Förderung des Wohneigentums einen weiteren Charme. Wohneigentum gilt als wichtige Alternative bzw. als Substitut für ein institutionalisiertes Sozialsystem, u. a. weil es ein effektives Instrument der Altersvorsorge darstellt. Die interventionsarme Politik der Eigentumsförderung kann den Konflikt zwischen

- wirtschaftlicher Freiheit (im Sinne geringer staatlicher Intervention zur Etablierung eines Sozialsystems) und
- sozialer Stabilität (im Sinne einer Absicherung breiter Bevölkerungsschichten vor (Alters-)Armut)

bis zu einem gewissen Grad auflösen. Für an Wiederwahl interessierte Politiker ist sie damit ein attraktives Instrument. Mit dem Paradigmenwechsel in den 1970er Jahren in Richtung einer tendenziell libertär geprägten Wirtschaftspolitik zeigte sich daher in der amerikanischen Politik eine zunehmende Tendenz der laxen Regulierung der Hypothekenvergabe, die auf die einflussreichen (Wechsel-)Wähler der Mittelschicht und deren Interesse an einem einfachen und günstigen Erwerb von Wohneigentum abzielte.

Diese zunächst durchaus attraktiv anmutende Form der indirekten Sozialpolitik stellte sich jedoch als hochgradig problematisch heraus. Im (Altersvorsorge-)Portfolio amerikanischer Haushalte stellt das Wohneigentum den zentralen Bestandteil dar, dessen relative Bedeutung zudem umso größer ist, je geringer das Einkommen eines Haushalts ist. Ärmere Haushalte haben



Die staatliche Förderung von Wohneigentum für breite Bevölkerungsschichten hat der US-Immobilienkrise den Boden bereitet

daher besonders geringe Sicherheiten (in Form von sonstigen Ersparnissen) im Fall eines Einkommensverlusts; zugleich haben sie häufig Schwierigkeiten, komplexe Kreditverträge auf die Gefahr nachteiliger Klauseln hin zu überprüfen. Aus Sicht des Staates besteht damit ein grundlegender Konflikt zwischen

- dem Ziel einer nachhaltigen Hypothekenvergabe an (solvente) Haushalte mit geringem Ausfallrisiko, das den ultimativen Hypothekengeber schützt, und
- dem Ziel der Förderung des Wohneigentums für breite – d. h. auch ärmere – Bevölkerungsschichten, um sozialpolitische Ziele zu verwirklichen.

Seit Jahrzehnten haben sich amerikanische Regierungen aus Gründen der politischen Opportunität mit ihrer immer stärkeren Deregulierungspolitik eindeutig für das letztere Ziel entschieden, was den Boden für die Subprime-Krise bereitete.

Immer neue, wenig regulierte Anbieter boten – staatlich gewollt und abgesichert – Hypothekenkredite in großem Stil auch im so genannten „Subprime“-Segment des Marktes an, d. h. sie vergaben Kredite an Menschen, deren Bonität unter normalen Umständen nicht hoch genug für einen Hypothekenkredit gewesen wäre. Die Ausdehnung des Kreditvolumens wurde in zunehmendem Maße durch neue Finanzinstrumente, die „mortgage-backed securities“ (MBS), erreicht. Die dabei vorgenommene Bündelung vieler einzelner Kreditrisiken in jeweils einem einzelnen Finanztitel sorgte vermeintlich für eine bessere Diversifizierung der Risiken und versprach dabei



trotzdem überdurchschnittlich attraktive Renditen.

Die Attraktivität der MBS-Titel galt jedoch nur solange, wie es nicht zu einem systemischen Zusammenbruch des Gesamtmarktes kam, da die gebündelten Risiken zwar innerhalb jedes einzelnen MBS-Titels balanciert waren, jedoch nicht zwischen den MBS-Titeln, die alle eine ähnliche Risikostruktur aufwiesen. Der Zusammenbruch des Bankhauses *Lehman Brothers* zeigte den Investoren, dass MBS-Titel riskanter waren, als von den Rating-Agenturen suggeriert worden war. Wegen der ähnlichen Zusammensetzung der



**Deregulierte Hypothekensmärkte, gegenseitiges Misstrauen der Banken und steigende Arbeitslosigkeit führten zur Eskalation**

Risiken in den MBS-Titeln galt mit einem Schlag ein gesamtes Marktsegment als riskant. Finanzinstitutionen, die – wie *Lehman Brothers* – in diesem Segment stark engagiert waren, wurden nun als riskante Handelspartner betrachtet und gerieten in Schwierigkeiten. Das Misstrauen der Banken untereinander und die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten ließen die Krise nun erst recht eskalieren, wobei die steigende Arbeitslosigkeit durch den entstehenden Zahlungsausfall bei vielen Hypothekenkrediten die Lage weiter verschlimmerte.

## *Von der amerikanischen Subprime-Krise zur europäischen Finanzkrise*

Die Intervention in Märkten unterschiedlichster Art ist den (Kontinental-)Europäern von jeher leichter gefallen als den Amerikanern. Mit seiner relativ hohen Regulierungsdichte, auch und gerade auf den Hypothekensmärkten, schien Europa damit gefeit, den Auswirkungen der amerikanischen Subprime-Krise zu trotzen. Verschiede-

Diese kurze Geschichte der Deregulierung der amerikanischen Hypothekensmärkte liefert erste wichtige Erkenntnisse über den Charakter der aktuellen Krise: Es waren in erster Linie weder die Kräfte der Globalisierung noch eine – wie auch immer geartete – sonstige Erosion des Primats der Politik, die den Subprime-Markt haben zusammenbrechen lassen. Die unterschiedlichen US-Administrationen haben aus Gründen der politischen Opportunität bewusst eine Deregulierung in einem Markt zugelassen, der aus allokativen und distributiven Gründen zum Kernbereich des staatlichen Handelns gemäß dem Selektionsprinzip gehört. Statt einen umfassenden Regelrahmen zu setzen, der die Marktkräfte in diesem sensiblen Bereich einhegte, wurde ein kaum kontrollierter „Wettbewerb durch die Hintertür“ zugelassen, bei dem sich Risiken potenzierten und bei unerfahrenen Marktteilnehmern akkumulierten. Selbst wenn man von ideologischen und von durch Eigeninteresse geleiteten Zielsetzungen der Politik abstrahliert und die Deregulierung der Märkte für Wohneigentum(-sfinanzierung) als rein sozialpolitische Maßnahme betrachtet, ist es tragisch zu sehen, wie der Versuch, wirtschaftliche Freiheit und gesellschaftliche Kohäsion simultan zu verwirklichen, scheiterte. So wurde die ohnehin zunehmende Ungleichheit in der amerikanischen Gesellschaft weiter verstetigt und zusätzlich eine internationale Finanzkrise ausgelöst.

ne Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten sorgten jedoch dafür, dass es anders kommen sollte.

Ein wichtiger Transmissionskanal der Krise führte dabei über die enge Vernetzung der internationalen Finanzmärkte. Sowohl die MBS-Titel als auch andere „moderne“ Finanzprodukte wurden international gehandelt und

befanden sich daher auch in den Portfolios europäischer Banken. Durch den Zusammenbruch des Subprime-Marktes waren somit auch europäische Banken in der Wahrnehmung der Finanzmarktakteure zusätzlichen Risiken ausgesetzt. Interessanterweise zeigte sich



**Staatliches Kontrollversagen war mitverantwortlich für die Ausbreitung der Bankenkrise in Europa**

dabei, dass Banken, die sich zu einem erheblichen Teil in staatlichem Besitz befanden, keinesfalls besser, sondern – wie im Fall der deutschen Landesbanken – sogar schlechter dastanden, da sie nicht selten von ihren Aufsichtsgremien aus politischen Erwägungen nicht stark genug kontrolliert wurden. Dieses (bewusste) politische Nichthandeln ist ebenfalls eine Form der Politik und schränkt das Primat der Politik nicht ein, bedeutete aber, dass letztlich ein Kontrollversagen des Staates mit verantwortlich war für die Ausbreitung der Krise in Europa.

Begünstigend für diese Entwicklung war ein zweiter Zusammenhang, der eher auf ein Erodieren des Primats der Politik schließen lässt: Die Deregulierung in den USA erzeugte auch in Europa einen Druck, ähnliche Maßnahmen durchzuführen, obwohl diese höchstens für einen Teil der Länder als bevorzugte Politikoption galt. Wie oben angedeutet, ist eine wahrscheinliche Konsequenz der Globalisierungsprozesse ein Wettbewerb der staatlichen Regelwerke, den Sinn (2003) als den „Neuen Systemwettbewerb“ bezeichnet. Die Mobilität des Finanzkapitals führte unmittelbar zu einer Verschlechterung der Möglichkeiten der Nationalstaaten, die Arbeitsplätze und Gewinne der margenstarken Finanzindustrie im eigenen Land zu halten. Die Politik sah die Gefahr eines Austrocknens der eigenen Finanzplätze oder des Aufkaufs heimischer Banken durch finanzstarke Institute aus



Die europäische Politik ließ sich inspirieren durch die Deregulierung auf dem US-Markt

weniger regulierten Ländern wie den USA. Als Konsequenz aus diesen neuen Rahmenbedingungen, durch die indirekt auch das traditionelle europäische Wohlfahrtsstaatsmodell bedroht schien, kam es zum Absenken von Regulierungsstandards.

Die Subprime-Krise traf Europa also genau zu einem Zeitpunkt, als das Selektionsprinzip vor allem aus zwei Gründen nicht mehr strikt eingehalten wurde:

## *Ein unvollständiger europäischer Regelrahmen als Katalysator der Finanzkrise*

Noch aus einem anderen Grund trafen die Ausläufer der amerikanischen Subprime-Krise Europa in empfindlicher Weise: Mit Einführung der gemeinsamen europäischen Währung hatte sich Europa selbst verletzlich gemacht, auch wenn die scheinbare Erfolgsgeschichte des Euro bis zum Ausbruch der Krise dies nicht offen zum Tragen kommen ließ. Tatsächlich stimmten jedoch seit der Ankündigung der Gründung der Europäischen Währungsunion in den



Die Politik hat sich für die falsche Reihenfolge der Integrations Schritte entschieden

1990er Jahren die politischen Wünsche und Erwartungen nicht mit den ökonomischen Fundamenten überein. Die Mitgliedsländer der Eurozone waren und sind ökonomisch zu unterschiedlich, um die Voraussetzungen für eine gemeinsame Währung ohne gleichzeitige gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erfüllen. Die Politik hatte sich – aus durchaus nachvollziehbaren (politischen) Gründen – für die aus ökonomischer Sicht falsche Reihenfolge der Integrations Schritte ent-

- Zum einen erodierte der neue Systemwettbewerb die Regulierungsdichte in Europa und damit – wenn man annimmt, dass die Politik dies schicksalhaft ertragen muss – das Primat der Politik.
- Zum anderen gab die Politik aber auch, u. a. inspiriert durch die Deregulierungspolitik in den USA, willentlich die Hoheit über elementare Staatsfunktionen ab und schwächte damit den Regelrahmen, innerhalb dessen die Marktwirtschaft ihre Wirkungen in idealer Weise zur Geltung bringen kann.

schieden: Eine erfolgreiche gemeinsame Währung sollte die Bürger für das europäische Projekt begeistern und weitere Integrationsschritte im politischen Bereich vorbereiten.

Solange nationale Währungen und Wechselkurse existierten, konnten unterschiedliche Entwicklungen in den Ländern über Änderungen der Wechselkurse ausgeglichen werden. Wirtschaftlich schwache Länder erfuhren eine Abwertung ihrer Währungen, die die eigenen Exportgüter vergünstigte und damit auf dem Weltmarkt attraktiver machte. Dieser Anpassungsmechanismus entfiel mit der gemeinsamen Währung, ohne dass bereits eine Konvergenz zwischen den Mitgliedern des gemeinsamen Währungsraums geherrscht oder Ausgleichsmechanismen existiert hätten. In der Folge hätten daher – möglichst bei koordinierter Wirtschafts- und Finanzpolitik – die wirtschaftlich schwächeren Länder entweder

- „intern“ abwerten müssen, z. B. indem sie durch sinkende Löhne ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöht hätten, oder
- die Produktionsfaktoren, z. B. qualifizierte Arbeitskräfte, hätten von

den schwächeren in die stärkeren Länder wandern müssen, oder

- es hätten Transferzahlungen von den reicheren in die ärmeren Länder fließen müssen.

Keiner dieser Prozesse fand in nennenswertem Umfang statt.

Stattdessen führte die Ankündigung einer gemeinsamen Währung dazu, dass sich die Sicht der internationalen Investoren auf die Länder der Eurozone änderte. Die Wechselkursunsicherheit vor der Euro-Ankündigung hatte zu hohen Zinsen in den kapitalarmen Ländern in Europas Peripherie geführt, weil Investoren für das erhöhte Risiko eine Kompensation im Zins erwarteten. Diese Risikoprämien verschwanden durch die Euro-Einführung und alle Länder der Eurozone konnten sich zu gleichen Konditionen mit Kapital versorgen. Investitionskapital wanderte nun unbeschränkt in die europäische Peripherie (Südeuropa, Irland) und löste dort einen wirtschaftlichen Boom aus, der prinzipiell als positiver Effekt der Währungsunion verbucht werden kann, auch wenn Deutschland seines Wettbewerbsvorteils durch ein niedriges Zinsniveau beraubt wurde und wirtschaftlich in den frühen 2000er Jahren zurückfiel. In diesen wirtschaftlich erfolgreichen Jahren hätten man



Regierungen neigen dazu, überfällig gewordene Anpassungsprozesse erst im Augenblick größter Schwierigkeiten zu initiieren

die zweite Stufe des Integrationsprozesses und notwendige Reformen vorantreiben können, um zumindest nachträglich die Voraussetzungen für eine Währungsunion zu schaffen.

Diese Reformschritte fielen der Politik in den heutigen Krisenstaaten jedoch angesichts der oft günstigen konjunkturellen Situation in ihren Heimatländern schwer. Die politische Opportunität sprach eher dafür, eine Umverteilung von Wohlstandsge-



winnen vorzunehmen. Zugleich musste Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit mit harten Reformen à la Hartz IV und Lohnzurückhaltung zurückgewinnen. Dies entspricht der Vorstellung „politischer Reformzyklen“: Reformiert wird erst dann, wenn sich ein Land bereits in großen Schwierigkeiten befindet, und nicht dann, wenn die – an sich schmerzhaften – Reformen durch eine gute konjunkturelle Lage über die steigende Wohlfahrt breiter Bevölkerungsschichten relativ leicht abgefegert werden können.

Rechnet man die Zinsentwicklung heraus, dann führten die beschriebenen Entwicklungen in der Konsequenz dazu, dass sich die Wettbewerbsposition (z. B. gemessen an den Lohn-Stück-Kosten) von Staaten wie Deutschland, die von der Zinskonvergenz nicht profitiert hatten, relativ zu der Position der Profiteure der Zinskonvergenz in der Peripherie verbesserte. Solange die internationalen Finanzinvestoren vor allem auf die Renditen von Staatsanleihen und weniger auf die ökonomischen Fundamentaldaten (einschließlich möglicher Zahlungsausfallrisiken) achteten, stellte diese Entwicklung kein Problem dar. Dies änderte sich jedoch schlagartig mit der Subprime-Krise, als die – zuvor zweifellos zu leichtsinnigen – Investoren ihre Portfolios auf mögliche Risiken hin untersuchten. Plötzlich wurde sichtbar, dass viele der heutigen Krisenstaaten wenig standfeste Finanzsektoren besaßen und dass auch die wirtschaftlichen Fundamentaldaten wie die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Staaten ungünstiger waren. Die Zinssätze begannen sich nun wieder nach Ländergrenzen zu spreizen, weil Kapital aus den als riskant identifizierten Peripherieländern nach Deutschland zurückfloss, dank seiner großen Kreditwürdigkeit und (aufgrund der Reformen) Wettbewerbsfähigkeit.

Es zeigt sich an dieser Stelle erneut, dass das Handeln der Politik ursächlich für die späteren krisenhaften Entwicklungen war. Die Politik kann die



### Ursache für die spätere krisenhafte Entwicklung war falsches politisches Handeln

Gesetze des Wettbewerbs zwar nicht außer Kraft setzen, jedoch durch eine geschickte Regelsezung in die richtige Richtung lenken. Dazu hätte die Politik ihr Primat sehr viel kraftvoller nutzen und die politische der wirtschaftlichen Integration vorangehen lassen können. Viele Regierungen schienen aber ihren Wählern nicht zu trauen und wollten sie zunächst mit der „Erfolgsgeschichte“ einer gemeinsamen Währung überzeugen. Dabei wurde verkannt, dass die Kräfte des Wettbewerbs denen des Wassers ähneln: Wie

### Die Lehre der Krise: Ohne internationales Regelwerk geht es nicht

Die vorherige Diskussion hat angedeutet, dass idealerweise die politische Integration vor der wirtschaftlichen Integration erfolgt. Sie hätte – auch wenn es nun zu spät dafür ist – in Europa genau jenes „Staatsgebiet“ geschaffen, das North definiert hat und das die Voraussetzung für einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Währung ist.



### Eine frühzeitige politische Integration Europas hätte einen passenden Rahmen für den Binnenwettbewerb möglich gemacht

- In einem integrierten Europa könnte die gemeinsame Regierung Disparitäten ausgleichen, wie es bspw. der Länderfinanzausgleich in Deutschland (einigermaßen erfolgreich) tut.
- Sie könnte zudem wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen treffen, denen die Marktakteure nicht ausweichen können, so dass ein schädlicher Wettbewerb zwischen den Nationalstaaten aufgrund „grenzüberschreitender“ Wa-

der stete Tropfen, der den Stein höhlt, treffen die Marktakteure wieder und wieder kleine, für sich genommen zu meist unbedeutende Entscheidungen, die jedoch *in der Summe* ein ökonomisch falsch konstruiertes politisches Gebäude zum Einsturz bringen können. Der Euro galt für eine lange Zeit als ein großer Erfolg und die Konstruktionsfehler verschwanden hinter dem positiven Gesamtbild. Doch die dahinterliegenden, aufgrund politisch falsch gesetzter ökonomischer Anreize stattfindenden Investitionsentscheidungen, Kapitalbewegungen und Wettbewerbsreaktionen der einzelnen Marktakteure unterhöhlten seine Standfestigkeit, ehe der Anstoß durch die Subprime-Krise das Gebäude des Euros in sein aktuelles Wanken brachte.

ren- und Kapitalverkehre verhin-dert würde.

Natürlich verlangt eine solch tiefgehende europäische Integration eine demokratische Legitimierung, denn eine bloße Kompetenzübertragung an die jetzigen zentralen Organe der EU (wie Kommission und Europäischer Rat) würde zu einem erheblichen Demokratie- und Freiheitsdefizit führen. Die Grundlage für eine stabilere Entwicklung Europas hin zu einem höheren Wohlstandsniveau wäre geschaffen, wenn es gelänge,

- eine demokratische Wahl dieser Organe durch alle Europäer
- und einen Regelrahmen für die Ausgestaltung des Wettbewerbs innerhalb des Gebiets der EU,
- der zudem Verfassungsrang haben müsste, zu etablieren.

Allerdings bedeutet eine solche europäische Integration noch nicht, dass die Probleme eines fehlenden internationalen Regelrahmens gelöst wären, denn selbst ein stärker integriertes Europa wäre dem Wettbewerb der gro-



Ben Wirtschaftsböcke in einem weltweiten Maßstab ausgesetzt. Innerhalb des europäischen Binnenmarktes würden jedoch schädliche Entwicklungen reduziert, und der Binnenwettbewerb könnte in einem passenden Rahmen den Wohlstand mehrten, auch wenn eine *globale* Governance-Struktur mit einem „ebenen Spielfeld“ für den globalen Wettbewerb zu präferieren wäre.

Die Einführung des Euro und die aktuelle Krise haben allerdings neue Realitäten geschaffen. Die diversen Rettungsmechanismen, mit denen immer wieder kurzfristig und vor allem „reaktiv“ neu aufgetretene Probleme bei einzelnen Mitgliedsländern der Eurozone behoben werden sollen, haben die gesamte Eurozone infiziert. Inzwischen

 Der jetzt entstandene Verteilungskonflikt wird eine tiefere Integration Europas auf lange Zeit behindern

sind die nationalen Verbindlichkeiten einzelner Mitgliedsländer zum Objekt eines innereuropäischen Verteilungskampfes geworden. Vereint durch die gemeinschaftliche Währung besteht für die hoch verschuldeten Krisenstaaten die Möglichkeit, einen Teil der hausgemachten Probleme – im unmittelbaren Sinne des Wortes – zu „vergemeinschaften“. Diese Möglichkeit, die sich durch einen zu begrenzten Regelrahmen und zu schwachen Durchgriff auf die Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten ergibt, hat einen europäischen Verteilungskonflikt ausbrechen lassen. Die heutige Frage ist dabei nur noch, welches Land wie viel des enormen Schuldenbergs wird bezahlen müssen.

Das Prinzip, dass „Haftung und Kontrolle“ Hand in Hand gehen müssen, ist dabei längst ausgehebelt. Der Verteilungskonflikt führt zu Spannungen und Animositäten innerhalb Europas, die eine tiefere Integration auf lange Zeit behindern werden.

### Fazit

Regierungen und Staaten haben seit jeher einen inneren Widerstreit zwischen der Steuerung der Märkte und dem Glauben an die reine Marktlehre ausgetragen. Haben sie sich, wie im Kommunismus, den Märkten verweigert, dann sind sie auf Dauer an den ökonomischen Mechanismen gescheitert, die ihr Staatsgebilde nach und nach ausgehöhlt haben. Haben sie sich dagegen den Märkten unbeschränkt hingeeben, dann ist ihre Macht durch die Kräfte des Wettbewerbs erodiert und nicht selten ist es zu Exzessen und Krisen gekommen, deren Kosten vor allem die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft zu tragen hatten. In beiden Fällen kam es als Reaktion zumeist zu einer „Abwahl“ des bisherigen Wirtschaftsmodells und zu einer stärkeren Zuwendung zum entgegengesetzten Modell. Getragen vom Willen der Wähler, aber auch getrieben vom Eigeninteresse an Wiederwahl, ist es die Politik selbst, die ihr „Primat der Politik“ zu diesen Weichenstellungen nutzt. Die Kräfte der Globalisierung können dieses Handeln abschwächen, jedoch nicht dominieren. Führt der weltweite Wettbewerb zu untragbar negativen Folgen für die große Mehrheit der Nationalstaaten, so werden sie darauf eine Reaktion im Sinne von North finden und ihre Einfluss-

### KURZBIOGRAPHIE

Dr. Tim Krieger (\*1972) war Juniorprofessor für Internationale Wirtschaftspolitik an der Universität Paderborn und übernimmt im Herbst 2012 die Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Er befasst sich schwerpunktmäßig mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen „Globalisierung“ und „demographischer Wandel“ für das nationalstaatliche Handeln und mit den Konsequenzen für die internationale Ordnung des Wettbewerbs.

sphäre für die effektive Regelung der Märkte ausdehnen. Die Überwindung der jetzigen und zukünftiger Wirtschaftskrisen und die Stärkung (oder Wiederherstellung) des Primats der Politik bedeutet also vor allem eine Internationalisierung des Ordnungsrahmens in einer globalen (oder zumindest europäischen) Governance-Struktur. Für den Moment erscheint allerdings – zumindest in Europa – der Glaube daran groß, dass sich Verteilungskämpfe durch nationale Politik positiv im eigenen Sinne beeinflussen lassen. Steigt jedoch die Zahl der Verlierer, wird man sich daran erinnern, dass die EU aus einer Europäischen „Gemeinschaft“ entstanden ist.

### LITERATUR

Eggert, W.; Krieger, T. (2009): „Home Ownership“ als Substitut für Sozialpolitik: Zum Entstehen der Finanzkrise in den USA, *Wirtschaftsdienst* 89, 6, S. 390–396.  
Musgrave, R.A. (1959): *The Theory of Public Finance: A Study in Public Economy*. New York.

North, D. (1981): *Structure and Change in Economic History* (dt.: *Theorie des institutionellen Wandels: eine neue Sicht der Wirtschaftsgeschichte*), New York.  
Sinn, H.-W. (2003): *The New Systems Competition*, Malden/MA u. a.

# Finanzmarktkrise und Staatsschuldenkrise

## Unterscheidung, Ursachen und mögliche Auswege



*Der Beitrag geht den Ursachen für die Krisen der vergangenen Jahre nach und benennt mögliche Wege ihrer Bewältigung. Die Finanz- und die Wirtschaftskrise wurde verursacht durch eine zu expansiv ausgerichtete Geldpolitik, deren Ziel es letztlich war, unangenehme wirtschaftliche Anpassungsprozessen hinaus zu schieben. Die Staatsschuldenkrise Griechenlands und anderer Euro-Länder kann dagegen auf eine bereits seit langem erfolgte Gewöhnung an übermäßige Haushaltsdefizite zurückgeführt werden. Für alle Krisen aber gilt: Weitere zeitliche Verlagerungen der notwendigen Strukturanpassungen sind kaum noch möglich, deren negativen und schmerzhaften Begleiterscheinungen sind längst unvermeidlich.*



Mathias Erlei

Viele Menschen nehmen die hier zu diskutierenden Krisen primär als schreiende Ungerechtigkeit wahr: Unschuldige Menschen leiden unter den Folgen geplatzter Geschäfte, die von unverhältnismäßig gut bezahlten Managern zu verantworten sind. Verschärfend kommt hinzu, dass die Opfer in großer Zahl zu den Schwächsten der Gesellschaft zählen. Die Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Krisenländern wird derzeit auf 25 bis 50 Prozent geschätzt. Gering qualifizierte Arbeitnehmer verlieren als erste ihre Arbeitsplätze. Sozialleistungen, deren Empfänger definitionsgemäß zu den Schwachen der Gesellschaft zählen, werden gekürzt.

Der Umstand, dass es ausgerechnet Höchstverdiener waren, die jene Finanzmarktgeschäfte durchgeführt haben, die sich letztlich als unsolide erweisen sollten, fordert es geradezu heraus, diese Gruppe von Managern zu Sündenböcken zu machen, sie als Schuldige bloßzustellen und unnachgiebig zu bestrafen. Aus ökonomischer Sicht muss dem allerdings entgegengehalten werden, dass die meisten der beteiligten Personen sich schlicht und einfach kaum anders verhalten konn-

ten. Hätte ein Investmentbanker in der Zeit des Aufschwungs anders gehandelt, wäre sein seinerzeitiger wirtschaftlicher Erfolg deutlich geringer gewesen als der seiner Konkurrenten, was ihn in dieser sehr wettbewerblichen Branche durchaus seinen Arbeitsplatz hätte kosten können. Ein solches Verhalten zu fordern wäre nicht nur weltfremd, es wäre vermutlich auch aus einer individualethischen Sicht fragwürdig gewesen: Die meisten der Akteure an den Finanzmärkten waren vor dem Ausbruch der Krise, bestärkt durch Teilbereiche der Wirtschaftswissenschaft, vermutlich davon überzeugt, dass die Risiken problemlos beherrschbar seien.

Wenn es also nicht die einzelnen Manager sind, die die Krise verschuldet haben, könnte es dann vielleicht

### *Wohlstand durch friedliche und wettbewerbliche Kooperation*

Verfolgt man die wirtschaftspolitischen Diskussionen der vergangenen drei Jahre, so muss festgestellt werden, dass moderate Marktskeptiker und fundamentalistische Marktgegner an Zahl und Lautstärke stark zugenom-

am Marktsystem liegen? Das Ziel dieses Beitrags ist es herauszuarbeiten, dass auch dies nicht zutrifft. Nicht das Marktsystem an sich ist verantwortlich. Ursächlich sind vielmehr bestimmte Formen der Regulierung sowie wirtschaftspolitische Maßnahmen, die die Bildung spekulativer Blasen erst ausgelöst haben.

Sozialethiker machen gelegentlich die Gerechtigkeit zum einzigen Kriterium der Beurteilung sozialer Gegebenheiten (vgl. etwa Anzenbacher 1998, S. 15 f.). Für Ökonomen ist dies eher befremdlich. In Anlehnung an die ökonomische Analyse sollte es ein zumindest ebenbürtiges Ziel sein, Menschen die Führung eines erfüllten Lebens zu ermöglichen. Voraussetzung hierfür ist für die meisten Menschen wirtschaftlicher Wohlstand.

men haben. Bei allen Problemen, denen wir uns ausgesetzt sehen, darf jedoch nicht vergessen werden, welches großes Maß an Wohlstand auch heute – mitten in der Staatsschuldenkrise – durch Marktprozesse erwirtschaftet



wird. Das Marktsystem ist als Organisationsform einer friedlichen, gleichwohl aber ökonomisch wettbewerblichen *Kooperation* der Mitglieder einer Gesellschaft anzusehen. Nach gegenwärtigem Stand des Wissens ist das Marktsystem in beispielloser Weise dazu in der Lage, die Vorteile der Arbeitsteilung und Spezialisierung zum Wohl der Menschen auszunutzen.

Im folgenden Abschnitt soll zunächst die Funktionsweise von Marktprozessen erläutert werden, um zu verdeutlichen, warum Märkte in modernen Gesellschaften unverzichtbar

sind. Anschließend betrachten wir den zeitlichen Ablauf der drei Krisen. Es folgt zunächst die Erklärung der in einigen Nationen noch immer spürbaren Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die sich daraus ergebenden wirtschaftspolitischen Implikationen. Hieran schließt sich die Betrachtung der Staatsschuldenkrise an, die in vielerlei Hinsicht anders zu bewerten ist. Der Beitrag schließt mit einigen Überlegungen darüber, ob bzw. inwieweit die hier als notwendig betrachteten Anpassungsprozesse unzumutbar oder ungerecht sind.

- wie sie den Konsumenten möglichst umfassend zur Verfügung gestellt werden können.

Auch wenn kein Einzelner weiß,

- wie dringend welche Bedürfnisse seiner Mitmenschen sind,
- wie groß die Bereitschaft ist, Arbeitszeit zur Verfügung zu stellen oder
- welche anderen Inputfaktoren eine Rolle spielen,

führt der Tauschprozess zu Preisen, die als Indikatoren für das Ausmaß noch nicht befriedigter Bedürfnisse dienen. Diese Preise dienen den Marktteilnehmern als Motivations- und Informationsinstrument. Ein hoher Preis zeigt, dass ein bestimmtes Gut besonders knapp ist und deshalb nur in wichtigen Verwendungsformen eingesetzt werden sollte. Unternehmer nutzen die Preissignale, um die Folgen eigener Handlungen abschätzen zu können. Ist es möglich, bestimmte Güter oder Faktoren zu vergleichsweise geringen Preisen einzukaufen und in veränderter oder unveränderter Form zu höheren Preisen zu verkaufen, so besteht eine unternehmerische Gewinnmöglichkeit. Solche Arbitragegewinne zu suchen und auszunutzen ist die gesellschaftliche Aufgabe der Unternehmer, und indem sie dies tun, lenken sie Ressourcen aus weniger nützlichen in ökonomisch vorzugswürdige Verwendungen. In der Folge werden die Preise der zuvor teuren Produkte sinken, die

### Die Funktionsweise des Marktsystems

Marktwirtschaften bestehen aus einer Kombination von Arbeitsteilung und freiem Tausch. Die Vorzüge der Arbeitsteilung sind seit Jahrtausenden bekannt. Dadurch dass sich Menschen in ihrer individuellen produktiven Tätigkeit auf enge Teilbereiche ihrer Bedürfnisse beschränken, erhöhen sie ihre Produktivität und damit die zur Verfügung stehende Zahl von Konsumgütern. Da die vom Einzelnen produzierten Güter nur einen kleinen Teil seiner Bedürfnisse abdecken, bedarf die arbeitsteilige Wirtschaft eines Tauschmechanismus. Dieser Tauschmechanismus kann – wie in Zentralverwaltungswirtschaften – zentralistisch und unter Ausübung von Zwang organisiert werden oder – wie in Marktwirtschaften – auf freiwilligen Vereinbarungen der Tauschpartner beruhen. Ein freiwilliger Tausch gewährleistet, dass alle Beteiligten vom Tauschvorgang profitieren. Wäre dies nicht der Fall, so käme kein freiwilliger Tausch zustande!

Märkte sind somit keine Nullsummenspiele, in denen der Eine nur das gewinnt, was der Andere verliert. Nein, in Märkten erhalten die Verkäufer für die von ihnen abgegebenen Leistungen oder Produkte einen Geldbetrag, von dem sie sich andere Güter kaufen können, die ihnen wichtiger sind als die

zuvor verkauften Produkte. Als Käufer zahlen sie einen Geldbetrag, dessen Erwerb mit geringeren Opfern verbunden ist als der Nutzen aus dem Konsum der erworbenen Produkte. Jeder Tausch beinhaltet somit einen Nutzengewinn auf Käufer- und auf Verkäuferseite.



#### Marktprozesse ermöglichen den freiwilligen Tausch zum Nutzen aller Marktteilnehmer

Im Gegensatz zu weit verbreiteten Vorurteilen ist die Vorteilhaftigkeit des Marktprozesses keineswegs darauf angewiesen, dass die Beteiligten eigennützige, perfekt rationale und umfassend informierte Personen sind. Im Gegenteil: Einer der wichtigsten Vorzüge des Marktprozesses besteht darin, dass gerade die nur begrenzt rationalen Menschen mit all ihren Wissenslücken zu Verhaltensweisen finden, die – in Gleichgewichtsnähe – mit perfekter Rationalität und vollkommenem Wissen vereinbar wären. Der Markt erweist sich als Such- und Entdeckungsverfahren,

- das aufdeckt, welche Produkte von Menschen begehrt werden,
- wie die Produkte möglichst kostengünstig zu erstellen sind und



#### Je intensiver der unternehmerische Wettbewerb, desto stärker nähert sich die Wirtschaft dem Ideal des Gleichgewichts

Preise in den Bereichen, aus denen die Ressourcen abgezogen wurden, hingegen steigen. Damit sinken die realisierbaren Arbitragegewinne, bis schließlich weitere Ressourcenverlagerungen keine Gewinne mehr ermöglichen und ein Gleichgewicht erreicht wird. Je in-

tensiver der Wettbewerb zwischen den Entrepreneuren ist, desto schneller bewegt sich die Wirtschaft in Richtung des Gleichgewichts. Im Gleichgewicht selbst – bei gegebenem technologischem Wissen – sinken die Gewinne der Unternehmen auf null. Mit anderen Worten: Der von ihnen realisierte Jahresüberschuss ist gerade noch dazu in der Lage, die Arbeitszeit des Unternehmers und das eingesetzte Kapital marktgerecht zu entlohnen. In diesem Zustand erreicht die Volkswirtschaft einen Zustand, in dem die Konsumentenwünsche bestmöglich befriedigt werden.

Dass ein Marktsystem dieses Gleichgewicht niemals ganz erreicht, liegt daran, dass sich die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens permanent ändern: Naturkatastrophen, demographische Prozesse, neue Gesetze, Modifikationen der Wirtschaftspolitik eines Landes, Änderungen der Konsumentenwünsche, technologische Innovationen usw. verlagern das gesellschaftliche Optimum immer wieder. Bevor das Gleichgewicht erreicht wird, hat es sich schon wieder verlagert und das Marktsystem muss sich in Richtung des neuen Optimums anpassen. Der permanente Anpassungsbedarf an ein neues und unbekanntes Gleichgewicht hat zur Folge, dass der Marktprozess als Verfahren zur Ermittlung des Gleichgewichts seine Aufgaben permanent aufs Neue erfüllen muss. Und da keine einzige Person und keine einzige Gruppe von Personen – inklusive aller Wirtschaftswissenschaftler – dieses Gleichgewicht unabhängig vom Marktprozess bestimmen kann, gibt es auch bislang keine Möglichkeit den wettbewerblichen Markt durch einen anderen Mechanismus zu ersetzen.

Das alles schließt keineswegs aus, dass das Marktsystem darauf angewiesen ist, dass auch der Staat unverzichtbare Aufgaben zu erfüllen hat. Hier sind insbesondere die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit sowie die Bereitstellung eines funktionsfähigen Rechtssystems,



**Der Staat sollte nur bei erheblichen und systematischen Fehlern in den Marktprozess eingreifen**

das die Eigentumsrechte der Individuen schützt, zu nennen. Darüber hinaus ist es durchaus sinnvoll, dass der Staat sogenannte öffentliche Güter bereitstellt und bestimmte Formen des Marktversagens durch geschickte Änderungen der Spielregeln des Marktes beseitigt. Wesentlich ist allerdings, dass die staatlichen Entscheidungsträger nur über einen Bruchteil der Informationen verfügen, die über die vielen Teilnehmer im Markt verarbeitet wer-

### *Der zeitliche Ablauf der Krisen*

Der Keim zu den aktuell diskutierten Krisen liegt natürlich in ihrer Vorgeschichte. Seit über zwanzig Jahren wurden die durchlebten Krisen – der Börsencrash von 1987, die Währungs- und Krisen 1992/1993, die Südostasienkrise 1997/1998, das Platzen der Dotcom-Blase 2000 – durch eine verstärkt expansive Geldpolitik bekämpft, was zu schubweise sinkenden Zinsniveaus führte.

Die zunehmend expansive Geldpolitik in Verbindung mit der US-amerikanischen Immobilienpolitik bildet die Grundlage für die erste Krise der vergangenen Jahre: die Subprime-Krise. Die Immobilienpolitik der USA hatte zum Ziel, Haushalten mit eigentlich zu geringen Einkommen Wege zum eigenen Immobilienbesitz zu öffnen. Die massive Förderung des Immobilienerwerbs bewirkte einen ausgeprägten Boom im amerikanischen Bausektor mit permanent und stark ansteigenden Immobilienpreisen. Die Erwartung steigender Immobilienpreise wurde oftmals Bestandteil der verwendeten Finanzierungsmodelle, die kurzfristig den Verzicht auf Zinszahlungen vorsahen und mittelfristig durch den Ver-

den. Folglich werden die Entscheidungen einer kleinen Elite wesentlich fehleranfälliger sein als ein an sich funktionsfähiger Marktprozess. Der Staat sollte dementsprechend nur dort aktiv werden, wo von erheblichen und systematischen Fehlern im Marktprozess ausgegangen werden kann.

Akzeptiert man die hier vertretene sehr positive Einschätzung der Wirkung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbsprozesses, drängt sich allerdings die Frage auf, wie es überhaupt zur Anhäufung von Krisen in den letzten vier bis fünf Jahren kommen konnte. Bevor die Ursachen dieser Krisen dargestellt werden, soll jedoch zunächst der Krisenverlauf skizziert werden.

kauf der dann teureren Immobilien abgewickelt werden konnten. Solange der Aufwärtstrend anhielt, konnten auf diese Weise immer neue Immobilienprojekte finanziert werden.

Mit dem jähen Fall der Immobilienpreise im Jahr 2007 platzten zugleich reihenweise Kredite, deren Finanzierung auf den Immobilienkursgewinnen basierte. Der gleichzeitige Ausfall vieler Kredite verursachte Liquiditätssengpässe im amerikanischen Bankensektor: Die Subprime-Krise, die sich zunächst vorrangig auf die USA auswirkte, hatte begonnen. Mit den Kreditausfällen und den gesunkenen Immobilienwerten sahen sich viele Nachfrager einem Vermögensverlust ausgesetzt, der ihre Konsumbereitschaft einschränkte. Mit dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers weitete sich die Subprime-Krise 2008 zu einer allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise aus. Im Herbst desselben Jahres brach schließlich auch die Konjunktur in den europäischen Ländern ein. Gegen Ende 2009 normalisierte sich die Lage in den meisten der betroffenen Länder weitgehend.

Dafür offenbarte Griechenland seine drohende Zahlungsunfähigkeit und die jahrelange Falschmeldung der nationalen Haushaltsdefizite. Es folgten Liquiditätsprobleme von Irland, das durch die Finanzkrise besonders be-

 Rettungspakete, Spardiktate, Schuldenerlasse können die Krise bisher nicht nachhaltig lösen

troffen war, und Portugal sowie – mit Abstrichen – Spanien und Italien. In der Folge kam es zur Einrichtung von

Rettungsfonds (EFSF und ESM) sowie einer mit der Inanspruchnahme von Hilfskrediten verbundenen Sparpolitik. Weder die Rettungspakete noch die Verpflichtung zur Sparpolitik der betroffenen Nationen konnten bislang die anstehenden Probleme endgültig lösen. Selbst ein teilweiser Schuldenerlass in 2012 brachte Griechenland nicht aus den Schlagzeilen.

Da die Probleme der Finanz- und Wirtschaftskrise zwischen 2008 und 2010 eine gänzlich andere Natur aufweisen als die Staatsschuldenkrise, sollen sie im Folgenden getrennt betrachtet werden.

## Ursachen für die Finanz- und Wirtschaftskrise

Wie oben erläutert orientieren sich die einzelnen Marktakteure an den aktuellen Marktpreisen, aus denen sie Informationen über mögliche Gewinnpotentiale ableiten. Auch Zinssätze gehören zur Gruppe dieser Preise, die das Verhalten der Marktteilnehmer lenken. Das Zinsniveau bestimmt sich aus der (näherungsweise) Übereinstimmung von Kapitalangebot KA und Kapitalnachfrage KN. Das Kapitalangebot besteht vorrangig aus dem nicht konsumierten

Einkommen der Haushalte, also aus ihrem Sparen. Die Kapitalnachfrage entspricht der Investitionsgüternachfrage I. In einem ökonomisch nachhaltigen Gleichgewichtszustand würde sich folgende Struktur des Kapitalmarktes einstellen:

Der Gleichgewichtszins  $i^*$  induziert ein Sparvolumen, das exakt den Investitionswünschen  $I^*$  der Unternehmen entspricht. Hierbei ist allerdings zu betonen, dass die mit den Investitio-

nen bezogenen Realkapitalgüter keine gleichförmige und beliebig umformbare Masse darstellen, wie es durch die Abbildung in Form eines Geldbetrags mitunter suggeriert wird. Im Gegenteil: Das Zinsniveau induziert die Schaffung konkreter Sachkapitalgüter, deren Rentabilität insbesondere auch vom Zinssatz abhängen. Ein hoher (niedriger) Zins regt die Schaffung von Realkapital an, dessen monetärer Rückfluss in Form von Einzahlungsüberschüssen in der näheren (ferneren) Zukunft liegt. Auf diese Weise erzeugt der Zins eine komplexe Wertschöpfungskette mit aufeinander spezialisierten Kapitalgütern. Höhere (niedrigere) Zinsen neigen zu kürzeren (längeren) Wertschöpfungsketten mit einer geringeren (größeren) Anzahl von unabhängigen Produktionsstufen und den dafür aufeinander abgestimmten Kapitalgütern. Der Zinssatz beeinflusst damit sowohl die Länge als auch die Struktur der volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsketten.

Eine expansive Geldpolitik, wie sie insbesondere seit 2002 durchgeführt wurde, besteht vor allem darin, das Zinsniveau künstlich zu manipulieren.<sup>1</sup> In diesem Fall wurde das Kreditvolumen durch vermehrte Geld- und Kredit-schöpfung ( $\Delta \Delta M$ ) ausgedehnt, sodass die Zinssätze historische Tiefstände erreichten. Abbildung 2 verdeutlicht diesen Vorgang in einem Kapitalmarktdiagramm.

Im neuen Kapitalmarktgleichgewicht stimmen das volkswirtschaftlich angestrebte Sparen und die Investitionen nicht mehr überein. Mehr noch: Die Investitionen haben zugenommen, während das Sparen rückläufig war. Den somit künstlich induzierten Investitionen steht kein (freiwilliges) volkswirtschaftliches Sparvolumen gegenüber.

Zunächst stößt die Zunahme der Investitionen einen volkswirtschaftlichen

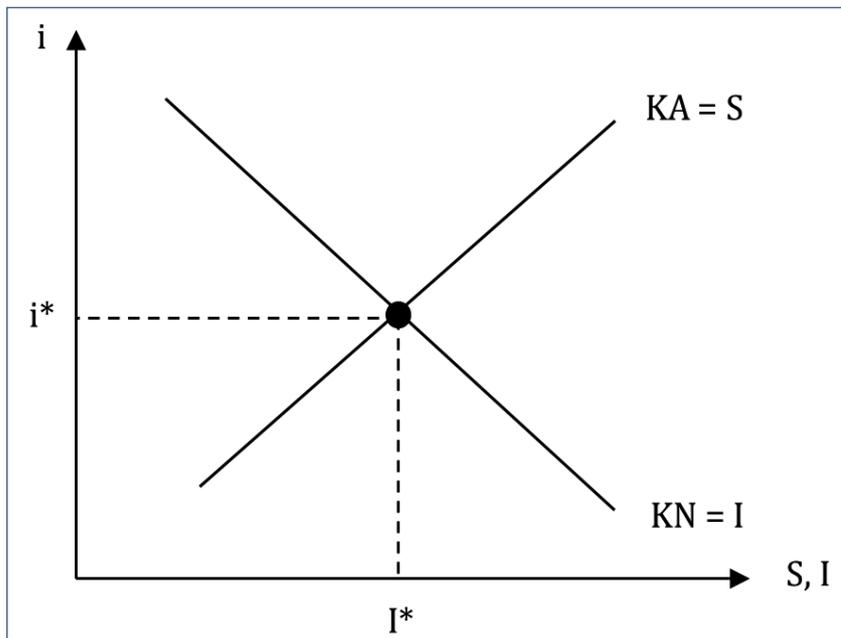


Abbildung 1: Der Kapitalmarkt im nachhaltigen Gleichgewicht

<sup>1</sup> Ausführlichere Darstellungen dieser Zusammenhänge finden sich in Erlei (2012) und Huerta de Soto (2011).

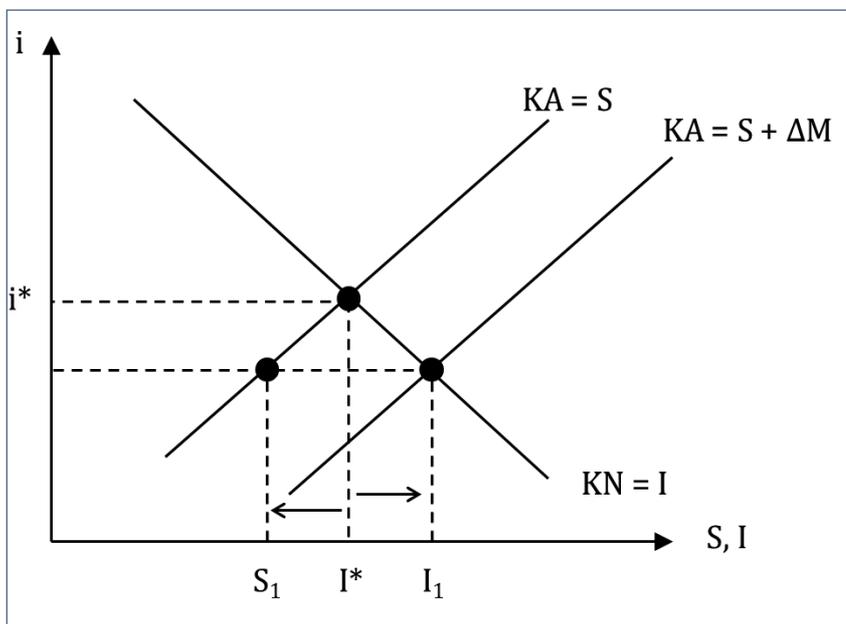


Abbildung 2: Der Kapitalmarkt bei expansiver Geldpolitik

Boom an. Die Mehrproduktion an Investitionsgütern erzeugt

- zusätzliche Einkommen,
- eine Erhöhung der Konsumnachfrage und
- eine Zunahme der Unternehmensgewinne.

Zusammen genommen führt das zu einer größeren Zuversicht bei den Unternehmen, sodass in allen Bereichen der Volkswirtschaft Euphorie und Wachstum vorherrschen.

Darüber hinaus beeinflusst der Prozess jedoch auch die Struktur des Sachkapitalbestands. Durch die geringeren Zinssätze werden Projekte bevorzugt, deren Rückflüsse erst in der fernen Zukunft liegen. Außerdem folgt eine Verlängerung der Wertschöpfungskette und die dafür erforderliche Produktion von spezifischen Kapitalgütern wird vorgenommen. Mit der gestiegenen Nachfrage nach diesen Gütern steigen auch ihre Preise, was es den Unternehmen ermöglicht, höhere Lohnsätze in der Produktion solcher Kapitalgüter zu zahlen.

Kurzfristig lässt sich dieser Prozess tatsächlich umsetzen. Die Mehrnachfrage nach Konsumgütern wird zumindest zum Teil über einen Lagerabbau

verwirklicht. Außerdem werden die Arbeitnehmer im Konjunkturohoch zumindest kurzfristig bereit sein, Überstunden zu leisten. Arbeitskräfte werden durch Lohnsteigerungen aus konsumnahen in konsumferne Produktionsstufen wechseln, sodass dort eine Ausdehnung der Produktion erfolgen kann. Schließlich werden auch Reserven aus der Sucharbeitslosigkeit aktiviert und einer neuen Beschäftigung zugeführt. Dieser Prozess dürfte näherungsweise in den Jahren 2006 bis 2008 durchlebt worden sein.

Auf Dauer lässt sich das Wachstum aufgrund expansiver Geldpolitik nicht durchhalten

Mittelfristig lässt sich diese Entwicklung jedoch nicht fortsetzen. Mit sinkenden Lagerbeständen und anhaltend hoher Nachfrage steigen die Preise für

## Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise

Aus dem zuvor Gesagten wird deutlich, dass der wirtschaftliche Abschwung Teil eines Anpassungsprozesses ist, der die zuvor verzerrte Kapital- und

Konsumgüter und die Arbeitnehmer erkennen, dass die vormaligen Lohnsteigerungen durch die ansteigende Inflation vernichtet werden. Dies wird ihre Bereitschaft zur Leistung von Überstunden mindern. Die anhaltend hohe und durch die Euphorie noch gestiegene Investitionsnachfrage wird noch immer über dem Sparvolumen liegen, sodass entweder erneut Geldmengenerhöhungen vorgenommen werden müssen, um diese Lücke zu schließen oder der Zins wieder ansteigen muss. Man mag über einen gewissen Zeitraum kontinuierlich Geldmengenausdehnungen vornehmen, doch wird die zunehmende Inflation die Zentralbank zwingen, diese Politik irgendwann zu beenden.

Die steigenden Zinsen signalisieren, dass die dann vorhandene Kapitalstruktur nicht mehr effizient ist. Eine Neubewertung der Vermögensobjekte wird Vermögensverluste beinhalten: Die Korrekturbedürftigkeit der Kapitalstruktur wird zumindest für die betroffenen Investoren offensichtlich. Am deutlichsten lässt sich dieses Stadium der Krisenentwicklung der letzten Jahre am Einbruch der Immobilienpreise in den USA und in Spanien ablesen. Hiervon betroffene Unternehmen und Haushalte werden in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten gelangen und nicht wenige von ihnen werden Insolvenz anmelden müssen. Dies ist der Zeitpunkt des Krisendurchbruchs. Mit der Schließung der Unternehmen steigt die Zunahme unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, die Gewinneinbrüche erzeugen eine pessimistische Grundhaltung der Investoren und der Boom wandelt sich zum Bust, zur Rezession. Konjunkturelle Selbstverstärkungseffekte werden diesen Abschwung noch beschleunigen.

Wirtschaftsstruktur korrigiert. Da der Abbau von Arbeitsplätzen deutlich schneller erfolgt als die Entstehung neuer, ökonomisch nachhaltiger Ar-



beitsplätze, wird im Abschwung Arbeitslosigkeit mit allen damit verbundenen gesellschaftlichen Problemen unvermeidbar sein. Dies übt Druck auf die Lohsätze aus, die im Allgemeinen sinken oder zumindest in so geringem Ausmaß steigen, dass die Einkommensverluste durch Inflation nicht vollständig kompensiert werden.

Für den Aufbau der gesunden Strukturen ist es erforderlich, dass Kapital, Boden und Arbeitskräfte für einen Wechsel in die neuen Beschäftigungen verfügbar sind. Deshalb ist der Niedergang einiger Bereiche Voraussetzung für den erforderlichen Wandel. Die hiervon negativ betroffenen Menschen und Interessengruppen werden versuchen, dieses Schicksal abzuwehren. Intervenierende wirtschaftspolitische Maßnahmen werden damit zu einem vermeintlichen Gebot der Gerechtigkeit.

Neben reinen Umverteilungsmaßnahmen, die nur in begrenztem Umfang politisch durchsetzbar sind, bietet sich dazu die Fortsetzung bzw. Verstärkung der expansiven Geld- und Fiskalpolitik an. Das Drucken von Geld, die Senkung der Zinssätze sowie die künstliche Erzeugung von Nachfrage durch den Staat ermöglicht es den gefährdeten Unternehmen, die Insolvenz (zumindest kurzfristig) zu verhindern und die Arbeitnehmer weiter zu beschäftigen. Wird diese Politik hinreichend aggressiv verfolgt, so kann u. U. ein neuer, künstlicher Boom angestoßen werden. Auf diese Weise hat die Politik zum Beispiel die Bekämpfung der Dotcom-Krise nach 2000 durchgeführt.

Eine solche Politik der Symptombekämpfung ist (zumindest kurzfristig) politisch erfolgreich, ändert aber nichts am zu Grunde liegenden Problem der verzerrten Kapital- und Wirtschaftsstruktur. Die Boom-Bust-Zyklen werden sich wiederholen, ihr Ausmaß wird zunehmen und irgendwann wird der Zinssatz seine Untergrenze (null Prozent) und der Staatshaushalt seine Obergrenze (Verlust der Kreditwürdigkeit) erreichen. Das Ausmaß der Struk-



### Bleiben notwendige Strukturanpassungen auf Dauer aus, wird aus der Wirtschaftskrise schließlich eine Systemkrise

turverzerrung ist dann viel größer als in den vorherigen Krisen. Aus der Wirtschaftskrise wird schließlich eine Systemkrise.

Die Gesellschaft hat also die Wahl zwischen zwei Wegen:

- Kurzfristig ausgerichtete Maßnahmen der Krisenvertagung, die in der Hoffnung ausgeführt werden, in der Zwischenzeit möge sich das Problem nach heute noch nicht vorhersehbaren Umständen von selbst lösen.

### Ursachen für die Staatsschuldenkrise

Man sollte diesen Abschnitt mit einer klaren Aussage beginnen: Die aktuelle Staatsschuldenkrise der Länder Griechenland, Portugal und Italien hat ihre Ursache nicht in der vorherigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine Schuldenstandsquote von 160 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die Griechenland in 2012 überschritten hatte, kann nicht innerhalb von zwei Jahren aufgebaut werden. Die Wirtschaftskrise war der Auslöser der Schuldenkrise, ihre Ursachen liegen jedoch in jahrzehntelanger Gewöhnung an Haushaltsdefizite.

Wie kommt es zu derartig hohen Staatsverschuldungen? Typische Gründe in der Geschichte der Staatsbankrotte sind Kriege, insbesondere verlorene Kriege. Das trifft für die aktuelle Krise jedoch nicht zu. Hier handelt es sich oftmals darum, dass die Staaten ihren Bürgern bestimmte Leistungen zukommen lassen wollten, deren Finanzierung über Steuern die Bürger abgelehnt hätten. Mit anderen Worten: Es wurden Güter bereitgestellt und Transfers an einzelne Gruppen – also Privilegien – ausgezahlt, deren Wert

- Wirkenlassen des zwischenzeitlich leidvollen Marktprozesses, an dessen Ende eine ökonomisch nachhaltige Wirtschaftsstruktur steht.

Wer den ersten Weg befürwortet gleicht einer Person mit Zahnschmerzen, die glaubt, mit Schmerzmitteln den Zahnarztbesuch vermeiden zu können. Am Ende steht der Verlust des Zahns, wenn nicht Schlimmeres. Ein solches Verschließen der Augen vor den Konsequenzen des Handelns lässt sich auch ethisch in keiner Weise rechtfertigen.

Zudem ist es moralisch keineswegs vorzuzugewürdigt, wenn die hinreichend lange Vertagung und Übertragung der dann viel schlimmeren Krise auf folgende Generationen angestrebt wird.

für die Bürger geringer ist als die private Verwendung der Mittel. Da hinter Geldströmen auch immer Ressourcenströme stehen, kann man auch sagen: Der Staat beansprucht für seine Leistungen Ressourcen, die aus Sicht der Bürger in anderer Verwendung einen größeren Nutzen erzielt hätten.



### Politiker lassen sich gegen besseres Wissen zur Schuldenpolitik verleiten durch mächtige Interessengruppen und eigene Vorteile

Warum aber führen die Politiker, die es besser wissen könnten, eine Verschuldungspolitik durch? Sie erkennen, dass die Kontrolle über bestimmte Ressourcenströme für sie persönlich nützlich sein kann. Werden etwa Partialinteressen bedient, indem man eine wirtschaftlich nicht überlebensfähige Branche, sagen wir die Steinkohleförderung in Deutschland, jahrzehntelang aufrecht erhält, dann sichert dies Wählerstimmen. Gleiches gilt für Rentenerhöhungen, deren Nichtfinanzier-

barkeit erst Jahrzehnte später offenkundig wird oder für sozialpolitische Maßnahmen, die ihre vollen finanziellen Auswirkungen erst mit großer zeitlicher Verzögerung entfalten. Schließlich bleibt noch der Aspekt, dass bestimmte Mittel auch zu direktem Nutzen bei den beteiligten Politikern oder Verwaltungsbeamten führen. Ein schönerer Dienstwagen, eine großzügigere Ausstattung einer Abteilung mit Mitarbeitern sowie auch eine großzügigere Besoldung der Staatsbediensteten sind eingängige Beispiele, die die unterschiedliche Wertschätzung durch Leistungsempfänger und Steuerzahler illustrieren.

Die Tendenz zur Ausdehnung der Staatstätigkeit und zur Erhöhung der Verschuldung ist kein historischer Ausnahmefall. Im Gegenteil: Seit 1800 haben Nationen in mehr als 250 Fällen ihre Schulden nicht mehr bedient (Konrad und Zschäpitz 2010, S. 106). Das Besondere in der gegenwärtigen Lage besteht darin, dass mit der Einführung der Europäischen Währungsunion Nationen systematisch darauf hoffen dürfen, dass ihre selbst verursachten Schulden durch andere Nationen getragen werden. Mit dem Beitritt zur Währungsunion hat z. B. Griechenland

seine Bemühungen zum Ausgleich des Staatshaushalts beendet, die Löhne ansteigen lassen, das Renteneintrittsalter gesenkt und weitere Wohltaten auf Kredit verteilt. Dies hat die griechische Wettbewerbsfähigkeit spürbar beeinträchtigt und das Land in eine heute beinahe aussichtslos erscheinende Lage gebracht.

In anderen Krisenländern liegen die Ursachen anders. Dennoch ist allgemein das Bemühen zu erkennen, die vorhandenen Schulden durch Eurobonds oder andere europäische Schuldenfonds auf Nachbarländer abzuwälzen: eine naheliegende Verhaltensweise, die in Deutschland im Rahmen des Länderfinanzausgleichs durchaus geübte Tradition ist. Auch das Argument der vermeintlich zu hohen Marktzinssätze kann nur sehr bedingt überzeugen. Schließlich mussten alle Krisenländer vor dem Eintritt in die Währungsunion gleich hohe oder gar höhere Zinssätze zahlen. Dies zeigt: Die Institutionen der Währungsunion führen die teilnehmenden Länder in Versuchung, sich – bewusst oder unbewusst – auf Kosten anderer Nationen zu bereichern. Leider gelingt es nicht allen Nationen, dieser Versuchung zu widerstehen.

## Wege aus der Staatsschuldenkrise

Dass kurzfristig wirkende, kreditfinanzierte *Konjunkturprogramme* das *strukturelle* Problem einer Überschuldung lösen könnten, ist Wunschdenken und auch durch keine etablierte ökonomische Theorie gedeckt. Natürlich sind solche Programme populär, insbesondere wenn sie von anderen, womöglich reicheren Nationen finanziert werden. Doch ändert dies nichts daran, dass die Wirkung definitionsgemäß kurzfristig ist und langfristig nur die Schuldenquote der Zahlerländer verschlechtert. Die von Reinhart und Rogoff (2010) genannte kritische Schuldenquote von 90 Prozent, ab der Nationen nur schwer aus der Schulden-

falle herausfinden, wird längst von einigen Ländern der Europäischen Währungsunion überschritten, und auch Deutschland ist ihr nicht mehr fern.

Insofern erscheint es fraglich, ob eine Nation wie Griechenland mit einer Schuldenquote von mehr als 120 Prozent (nach dem Schuldenerlass!) dazu in der Lage ist, ihre Probleme aus eigener Kraft zu lösen. Dies gilt umso mehr, als allgemein geschätzt wird, dass Griechenland, bedingt durch die Lohnerhöhungen vor der Krise, inzwischen einen Abwertungsbedarf von etwa 30 Prozent aufweist. Ohne eigene Währung hieße dies, die aktuellen Löhne und Preise müssten um 30 Prozent sinken, was

nur äußerst schwer vorstellbar ist. Griechenland benötigt somit weitere Hilfe.

Sollte diese aus Eurobonds oder anderen Formen der Vergemeinschaftung von Schulden bestehen? Es ist sicher richtig, dass solche Maßnahmen eine leichtere Schuldenlast für die Schuldenländer zur Folge hätten. Andererseits befinden sich auch viele der Kreditbürgen nahe bzw. bereits oberhalb der 90-Prozent-Schwelle, sodass die in diesen Nationen ansteigenden Kreditzinsen ihre eigene Kreditwürdigkeit gefährden. Noch problematischer ist allerdings, dass der Druck, die Schuldenprobleme durch eigene Anstrengungen zu lösen, sinkt. Damit dürfte es in Grie-



**Eurobonds würden den Willen, Strukturanpassungen vorzunehmen und die Staatsverschuldung zu senken, entscheidend schwächen**

chenland praktisch unmöglich werden, die erforderlichen Strukturmaßnahmen politisch durchzusetzen. Doch auch in anderen hoch verschuldeten Ländern wird die Aussicht auf sinkende Kreditzinsen – schließlich können Eurobonds nicht nur für Griechenland konzipiert werden – den politischen Willen zur Senkung der Neuverschuldung zerstören. Die Folge wären weiter anwachsende Schuldenberge in *allen* Nationen und letztlich eine dramatische Verschärfung des Problems. Erneut kann hier der deutsche Länderfinanzausgleich als Musterbeispiel dienen.

Für Griechenland liegt die einzig verbleibende Lösung auf der Hand. Es muss ein deutlich umfassender Schuldenerlass erfolgen; und damit dieser nicht den Sparwillen der anderen Krisenländer zerstört, muss Griechenland einen Preis dafür zahlen: den Austritt aus der Währungsunion. Dies ermöglicht es Griechenland außerdem, die eigene Währung abzuwerten, sodass die eigene Wirtschaft wieder konkurrenzfähig würde.



Für die restlichen Länder der Währungsunion wird entscheidend sein, dass eine *glaubhafte* Weichenstellung zur dauerhaften Konsolidierung der Staatshaushalte erfolgt. Eine solche Regelung kann explizit nicht auf modifizierten Verschuldungsregeln und Strafen durch die EU bestehen. Diese Mechanismen haben bereits in der Vergangenheit versagt. Stattdessen muss ein Insolvenzverfahren für Staaten der Währungsunion, die ihre Schulden nicht mehr bedienen können, eingerichtet werden. Dieses Verfahren muss ein unwiderrufliches Bailout-Verbot enthalten, dessen Verletzung *automatisch zum sofortigen Ausschluss* aus der Währungsunion führt. Für die verbleibenden hoch verschuldeten Länder der Währungsunion bedeutet dies, dass sie angekündigte Konsolidierungsziele werden einhalten müssen, um sich eine Reputation für zukünftige Glaubhaftigkeit erarbeiten zu können.

## Fazit

Abschließend mag man wieder fragen, ob das nicht alles ungerecht sei? Ja, es ist ungerecht, wenn Bürger durch die unseriöse Politik ihrer Eliten in Not geraten. Doch sind die Probleme einmal in der Welt, hilft es insbesondere den Ärmsten der Gesellschaft nicht, wenn man die Augen davor verschließt. Die Eliten werden ihr Vermögen immer rechtzeitig ins Ausland bringen, die Vermögenslosen werden später die Folgen zu tragen haben. Auch ist niemandem damit gedient, wenn der Kreis der betroffenen Opfer immer weiter ausge-

dehnt wird. Letztendlich führt kein Weg daran vorbei, dass die Bürger sensibel dafür werden, wenn Politiker ihnen unseriöse Wohltaten versprechen. Nur wenn die breite Öffentlichkeit selbst mit Argusaugen über ihre Politiker und den Staatshaushalt wacht, kann der Weg in den Schuldenstaat vermieden werden. Dort, wo dies nicht gelingt, helfen auch keine Rettungsschirme und Sonderfonds, denn sie schwächen oftmals nur den politischen Willen, eigenverantwortlich zu handeln.

Das Subsidiaritätsprinzip fordert, dass Probleme und Aufgaben so weit wie möglich eigenverantwortlich gelöst werden sollen, und erst, wenn dies nicht mehr möglich ist, mögen höhere Ebenen der Gesellschaft helfend eingreifen. In der gegenwärtigen Krise ist eine nachhaltige Krisenbewältigung durch Außenstehende nicht wirklich möglich. Höhere Ebenen sind gar *nicht dazu in der Lage*, die Probleme für einzelne Länder zu lösen, wenn diese sich nicht selbst strukturell anpassen. Selbständige, eigenverantwortliche Reformen sind vielmehr die unverzichtbare Voraussetzung für eine nachhaltige Wiederbelebung der gefährdeten Volkswirtschaften. Wo dies nicht erkannt wird, ist der wirtschaftliche Niedergang kaum aufzuhalten, was zu Arbeitslosigkeit, Armut und dem Scheitern der Idee eines europäischen Einigungsprozesses führt.

## KURZBIOGRAPHIE

**Dr. Mathias Erlei (\*1963)** ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Clausthal. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Institutionenökonomik, Wirtschafts- und Ordnungspolitik sowie die experimentelle Wirtschaftsforschung. Wichtige Publikationen: Erlei/Leschke/Sauerland (2007): *Neue Institutionenökonomik*, 2. Aufl., Stuttgart; Erlei (2008): *Heterogeneous Social Preferences*, *Journal of Economic Behavior and Organization*, Bd. 65, S. 436–457; Erlei (2012): *Die Wirtschaftskrise aus der Sicht der Österreichischen Konjunkturtheorie*, in: Held, M., G. Kubon-Gilke und R. Sturn (Hg., 2012): *Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik*, Jahrbuch 11: *Lehren aus der Krise für die Makroökonomik*, Metropolis-Verlag: Marburg, S. 183–213.

## LITERATUR

Anzenbacher, A. (1998): *Christliche Sozialethik. Einführung und Prinzipien*, Paderborn u. a.  
 Erlei, M. (2012): *Die Wirtschaftskrise aus der Sicht der Österreichischen Konjunkturtheorie*, in: Held, M., G. Kubon-Gilke und R. Sturn (Hg., 2012): *Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik*, Jahrbuch 11: *Lehren aus der Krise für die Makroökonomik*, Metropolis-Verlag: Marburg, S. 183–213.

Huerta de Soto, J. (2011): *Geld, Bankkredit und Konjunkturzyklen*, Stuttgart.  
 Konrad, K.A. und H. Zschäpitz (2010): *Schuld ohne Sühne? Warum der Absturz der Staatsfinanzen uns alle trifft*, München.  
 Reinhart, C.M. und K. Rogoff (2010): *Growth in a Time of Debt*, *American Economic Review*, Bd. 100, S. 573–578.

# Finanzmarkt und Schuldenkrise aus wirtschaftsethischer Sicht

Problemverständnis, Ziele und Handlungsspielräume  
der verschiedenen Akteure



Brigitta Herrmann

*Die Autorin stellt zunächst das von ihr gewählte wirtschaftsethische Konzept vor und zeichnet sodann die Ursachen und die dramatische Geschichte der Finanzmarktkrise nach. Dabei werden systematische Fehlanreize benannt, die zur Verschärfung der Krise beigetragen haben: vom umsatzabhängigen Einkommen der Banker und Börsenmakler über die irrigen Einschätzungen der Rating-Agenturen bis zum wachstumsreduzierenden Sparzwang gegenüber den am stärksten betroffenen europäischen Ländern. Sinnvolle Auswege aus der Krise lassen sich am besten finden, so die Autorin, wenn es ein Einvernehmen gibt zu den Werten und Zielen, die den Weg bestimmen. Ein gerechtes Finanzmarktsystem dürfe niemandem seine Menschenrechte nehmen und müsse der Fähigkeit der Menschen, ihren Lebensstandard selbst zu sichern, dienlich sein. Die Macht der Akteure dazu beizutragen, sei ganz unterschiedlich auf nationaler und internationaler Ebene, bei politischen Entscheidungsträgern, privatwirtschaftlichen Finanzinstituten und einzelnen Bürgern. Der Beitrag endet mit ganz konkreten, zum Teil kontrovers diskutierten Vorschlägen für jede dieser Ebenen.*

Schon am Beginn der Finanzkrise standen Verhaltensweisen, die aus ethischer Sicht zu kritisieren sind. Je länger die weltweite Krise mit ihren negativen Auswirkungen anhält und überzeugende Lösungen in der Diskussion um die richtigen politischen Entscheidungen für Europa ausbleiben, umso dringlicher wird es, zusätzlich zu den ökonomischen auch die ethischen Aspekte zu untersuchen. Anders lässt sich eine fundierte und gesellschaftlich akzeptable Lösung kaum finden und umsetzen. Daher liegt es nahe, sich aus wirtschaftsethischer Sicht mit der Krise zu befassen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

## Wirtschaftsethik

Da die Finanz- und Wirtschaftskrise ein globales Problem darstellt, bietet es sich an, zur Bearbeitung dieses Problems einen wirtschaftsethischen Ansatz heranzuziehen, der alle Ebenen wirtschaftlichen Entscheidens und

Handelns in Betracht zieht. Die handlungsorientierte Wirtschaftsethik von Georges Enderle erweist sich dazu als besonders geeignet. Denn Enderle untersucht nicht nur die verschiedenen relevanten Ebenen, sondern bezieht die unterschiedlichen Wertvorstellungen der Handelnden auf allen Ebenen mit ein.<sup>1</sup> Zudem ist sein Ansatz darauf ausgerichtet, praktische Lösungen zu erarbeiten und das erscheint zurzeit dringend geboten.

- Im Sinne Enderles muss zunächst durch die Beschreibung der relevanten Aspekte ein angemessenes Problemverständnis erreicht werden.
- Danach geht es in pluralen Gesellschaften darum, sich darüber zu verständigen, welche Ziele als gerecht angesehen werden und daher angestrebt werden sollen.

<sup>1</sup> Es wäre natürlich auch möglich, die Finanz- und Wirtschaftskrise aus Sicht der christlichen Sozialethik zu beleuchten, da aber nicht alle relevanten Akteure die christliche Sicht teilen, wird hier ein wirtschaftsethischer Ansatz verwendet, der sowohl christliche als auch andere Wertvorstellungen mit einbezieht.

- Im dritten Schritt ist auf allen Ebenen, also
  - der globalen Ebene,
  - der nationalen Ebene,
  - der Ebene von Unternehmen und Banken und
  - der individuellen Ebene
 zu untersuchen, welche Bedingungen das Handeln einschränken, und welche Handlungsspielräume die Akteure jeweils haben, um ethisch sinnvoll zu handeln und zu einer Lösung des Problems beizutragen. (vgl. Enderle 1993)

Für ein genügendes Problemverständnis ist es in diesem Fall wichtig, sich mit den Gründen zu befassen, die zur Finanz- und Wirtschaftskrise geführt haben. Das beginnt beim Ausgang der Krise in den USA und führt dann zu den Folgen, die sich heute in Europa zeigen.

## Entstehung der Finanzkrise in den USA

Durch den Börsencrash im Jahr 2000 und die Terroranschläge vom 11. September 2001 wurde die Wirtschaft in den USA tief erschüttert. Um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, senkte die amerikanische Zentralbank den Leitzins, also den Zinssatz, zu dem sich Banken Geld bei der Zentralbank ausleihen können. In der Folge war es auch für die Banken möglich Kredite zu besonders niedrigen Zinssätzen anzubieten. Dadurch konnte die Wirtschaft in den USA insgesamt angekurbelt werden. Auch für Konsumenten und potentielle Hausbesitzer wurde es einfacher, günstige Kredite aufzunehmen. Die Zahl der Eigenheimerwerber stieg rasant. Vielfach wurden variable Zinssätze vereinbart. Die Eigenheimerwerber rechneten nicht damit, dass die Zinsen steigen und sie selbst schnell an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit geraten könnten.

Andererseits konnte zu dieser Zeit nur noch ein geringer Zinsertrag mit Geldanlagen erzielt werden. Die Zinserträge staatlicher Wertpapiere lagen in den USA nur zwischen ein und zwei Prozent. Geldanleger sind jedoch in der Regel an möglichst hohen Renditen

interessiert. Meistens wurden die „Rechte auf die Häuserkreditrückzahlungen“ noch mit vielen anderen Kreditrechten gemischt und zusammen als ein „Wertpapier“ verkauft.

Die Käufer – und oft auch die Händler – wussten meist selbst nicht genau, welche Art von Kreditrückzahlungsrechten mit welchem Papier verbunden war. Man spekulierte ganz einfach auf den steigenden Wert dieser Papiere. Da die Nachfrage nach diesen durch Hypotheken besicherten Wertpapieren groß war, waren viele Banken interessiert, weitere Kredite an mögliche Hauswerber zu vergeben. Die Banken prüften die Kreditwürdigkeit der Kunden und Kundinnen nicht mehr, da sie auch nicht mehr das Ausfallrisiko zu tragen hatten. Es konnten daher viele Menschen einen Kredit für ein Haus aufnehmen, denen er unter normalen Umständen verweigert worden wäre. Dazu gehörten zum Beispiel Arbeitslose und Geringverdienende. Die Kreditnehmer aus diesen Risikogruppen konnten ihre Kredite vielfach nicht mehr zurückzahlen. Zahlreiche Hausbesitzer mussten folglich ihre Häuser wieder verkaufen oder an die Banken

abtreten. Die Banken versuchten dann, die Häuser weiterzuverkaufen. Das Angebot an Häusern überstieg jedoch bald die Zahl der Interessenten, daher sank der Preis weiter ab und die hypothekenbesicherten „Wertpapiere“ verloren erheblich an Wert. Diese Abwärtsentwicklung vollzog sich sehr schnell und der Wertverlust war sehr einschneidend. Zudem waren die wertlos gewordenen „Wertpapiere“ bereits weltweit in großem Umfang gehandelt worden. Das alles führte schließlich zur Finanzmarktkrise.

Da die hypothekenbesicherten Wertpapiere und andere mit diesen in Zusammenhang stehende Wertpapiere<sup>2</sup> auch in Europa in großem Umfang verkauft worden waren und viele Banken, Versicherungen und private Anleger hohe Bestände an solchen „Wertpapieren“ erworben hatten, wirkte sich die Finanzkrise 2007/2008 auch auf Europa aus.

Hier drängt sich die Frage auf, warum so viele Menschen, Banken und Versicherungen in derart unsichere Geldanlagen investiert haben. Um sie zu beantworten, muss man sich zunächst ansehen, unter welchen Bedingungen Bankmitarbeiter und Börsenmakler arbeiten.



Banken versteckten ihr Kreditrisiko in kaum durchschaubaren Wertpapieren und reichten es durch deren Verkauf weiter

ten interessiert. Sie suchten daher nach Möglichkeiten, mit ihrem Geld höhere Erträge zu erzielen. Vor diesem Hintergrund entstand die Idee, die Häuserkredite in Wertpapiere umzuwandeln und an den Börsen zu handeln. Wer ein solches Wertpapier kaufte, erwarb damit das Recht auf die Kreditrückzahlungen der Hausbesitzer. Für die Bank hatte das den Vorteil, dass sie das Risiko des Kreditausfalls auf diese Weise weitergeben konnte und keine Rücklagen für eventuelle Aus-

## Umsatzabhängiges Einkommen bei Bankern und Börsenmaklern

Bankmitarbeiter erhalten meist zusätzlich zu ihrem Gehalt Bonuszahlungen, wenn sie besonders viele ertragreiche Geschäfte für ihre Bank abwickeln, zum Beispiel viele Wertpapiere verkaufen. Daher besteht für sie ein hoher Anreiz, möglichst viele Wertpapiere zu verkaufen. Es besteht dagegen kein großer Anreiz, ihre Kunden und Kundinnen umfassend über alle Risiken zu informieren, die mit dem Kauf von Wertpapieren verbunden sind. Denn dadurch könnten diese veranlasst werden, von

einer beabsichtigten Kaufentscheidung abzusehen. Wenn Bankmitarbeiter stattdessen auf Gewinne hinweisen, die eintreten könnten, dann führt das zu einem steigenden Absatz dieser Papiere. Die Erfahrung zeigt, dass Bankmitarbeiter oft Wertpapiere empfehlen, die in der Vergangenheit stark steigende Renditen zu verzeichnen hatten, und sie stellen in Aussicht, dass die zukünftige Renditeentwicklung ähnlich sein könnte.

<sup>2</sup> zum Beispiel sogenannte Credit Default Swaps, die eigentlich zum Ausgleich des Ausfallrisikos hätten beitragen sollen, in Wirklichkeit dazu aber ungeeignet waren, da keine Werte dahinter standen und sie dementsprechend auch in starkem Maße an Wert verloren.



Börsenmakler wiederum verdienen an jedem Börsenumsatz, daher sind sie daran interessiert, dass an der Börse möglichst viel gehandelt wird.

Bankmitarbeitende und Börsenmakler sind nicht selbst betroffen, wenn ihre Kunden und Kundinnen Geld verlieren. Im Gegenteil ist es so-

### *Unzureichende und ungeeignete Regeln*

Angesichts der internationalen Fehlentwicklungen und der Anreize für Banker und Börsenmakler zu einem Verhalten, das gesellschaftlich unerwünschte Folgen hat, erhebt sich die Frage, wie die Regeln zum Schutz der Gesellschaft vor unerwünschten Folgen wirtschaftlicher Aktivitäten in diesem Fall aussahen.

Es gab und gibt auch weiterhin Regelungen, die riskante Geldanlagen beispielsweise von Banken und privaten Rentenversicherungen verhindern sollen. Sowohl in den USA als auch in Europa ist beispielsweise vorgeschrieben, dass Rentenversicherungen nur in Anlagen investieren dürfen, die als sicher gelten bzw. dass sichere Anlagen bei Banken auch zum Eigenkapital gezählt werden können. Als sicher galten bisher Staatsanleihen und Wertpapiere, die von Ratingagenturen als sicher (AAA)<sup>3</sup> bewertet wurden.

Die hypotheken-besicherten Wertpapiere, die im Laufe der Finanzkrise sehr stark an Wert verloren haben, waren von den Ratingagenturen als sicher (AAA) bewertet worden. Um festzustellen, warum diese Bewertungen so falsch waren, muss man sich Ratingagenturen genauer ansehen.

### *Ratingagenturen*

Es gibt drei große Ratingagenturen, die alle in den USA gegründet wurden. Sie bewerten Unternehmen und zunehmend auch Staaten im Hinblick auf ihre finanzielle Stabilität. Sie machen damit auch Aussagen über die Wahr-

gar vorteilhaft für sie, wenn diejenigen, die Geld in Wertpapieren oder Aktien angelegt haben, Verluste zum Anlass nehmen, die betroffenen Papiere zu verkaufen, um stattdessen andere zu kaufen. Denn sie verdienen an jedem Umsatz.

scheinlichkeit, dass man das Geld, das man in Aktien eines bestimmten Unternehmens oder in Anleihen eines bestimmten Staates anlegt, wieder zurück bekommt. Die Zinsen sind als Risikoprämie zu verstehen. Je höher das Risiko ist, das angelegte Geld nicht zurück zu bekommen, desto höher sind die Zinsen bzw. Renditen. Die Ratingagenturen hatten auch die hypotheken-besicherten Wertpapiere bewertet. Da sie wussten, dass gewisse Risiken mit den Wertpapieren verbunden waren, wurden diese in verschiedene Tranchen unterteilt, denen man unterschiedliche Risiken zusprach. Die erste Tranche umfasste den Anteil der Wertpapiere, mit denen man das Recht auf die ersten Kreditrückzahlungen der Hausbesitzer erwarb. Diese wurden als sicher AAA eingestuft. Die weiteren Tranchen, mit denen erst spätere Rückzahlungsrech-

### *Gründe für die Ausweitung der Finanzkrise zu einer Wirtschafts- und Schuldenkrise in Europa*

Europa wurde von der Finanzkrise betroffen, weil viele Banken, Versicherungen und private Geldanleger Wertpapiere oder Fondsanteile gekauft hatten, die hypotheken-besicherte Anleihen aus den USA beinhalteten (z. B. so genannte Collateralized Debt Ob-

te verbunden waren, bekamen schlechtere Noten.

Wie sich in der Finanzkrise herausgestellt hat, wurden auch die mit AAA bewerteten hypotheken-besicherten Wertpapiere nahezu wertlos.

Um die Frage zu ergründen, wie es zu solchen Fehleinschätzungen kommen kann, ist es hilfreich, sich mit der Finanzierung von Ratingagenturen zu befassen. Ratingagenturen werden von den Unternehmen, die sie bewerten und von den Banken, die Forderungen verbriefen, das heißt in Wertpapiere umwandeln wollen, bezahlt. Da Unternehmen und Banken an möglichst guten Bewertungen interessiert sind und Ratingagenturen an möglichst hohen Einnahmen, bestand ein Anreiz für Ratingagenturen, die Bewertung von der Bezahlung abhängig zu machen. Dies wurde vielfach praktiziert. So bekamen Banken und Unternehmen, die mehr zahlten, bessere Bewertungen. Dies war und ist auch dadurch möglich, dass Ratingagenturen für ihre Bewertungen bisher nicht haftbar gemacht werden. Als nach Ausbruch der Finanzkrise versucht wurde, Ratingagenturen haftbar zu machen, sagten deren Vertreter, sie hätten selbstverständlich keine objektiven Bewertungen abgegeben, sondern lediglich ihre „Meinung“ geäußert.

ligations<sup>4</sup>). Bereits unmittelbar nach Ausbruch der Krise im Jahr 2007 war Europa betroffen. Mit dem Zusammenbruch der Bank *Lehman Brothers* im September 2008 sank das Vertrauen der Geldanleger in Europa in die Banken sehr stark ab. Viele Sparer woll-

<sup>3</sup> Das beste Rating wird bei den Agenturen Standard & Poors und bei Fitch mit AAA bezeichnet, bei Moody's ist die Bezeichnung Aaa. Der Einfachheit halber wird hier für das beste Rating immer die Bezeichnung AAA verwendet.

<sup>4</sup> In den Collateralized Debt Obligations (CDOs) waren sogar oft doppelt verbrieft Wertpapiere. Das bedeutet, dass bereits die schlechtesten Tranchen von Wertpapieren erneut in Tranchen unterteilt wurden und dann die beste Tranche von ursprünglich schlecht bewerteten Papieren wieder mit AAA bewertet wurde.



ten ihr angelegtes Geld abheben. Um das Vertrauen in die Banken wiederherzustellen, erklärte die Bundesregierung, sie werde die Geldanlagen auch über den Betrag hinaus, der durch den Einlagensicherungsfonds garantiert ist, absichern.

Der Verlust des Vertrauens betraf auch den Handel der Banken untereinander. Zusätzlich herrschte große Unsicherheit darüber, wie sich die Wirtschaft weiter entwickeln würde, daher waren die Banken sehr zurückhaltend bei der Kreditvergabe an private Unternehmen. Wenn Unternehmen keine Kredite bekommen, können sie ihre Aktivitäten nicht ausweiten und es besteht die Gefahr, dass sie Mitarbeitende entlassen müssen. Auch in diesem Fall hat die Bundesregierung für eine zusätzliche Bereitstellung von Krediten für Banken gesorgt. Zusätzlich wurde die Autoindustrie durch die „Abwrackprämie“ unterstützt. Denn Autokäufer, die ihr altes Auto verschrotteten, bekamen eine Prämie beim Kauf eines neuen Autos. Damit wurde die Nachfrage nach Neuwagen gesteigert und die Autoindustrie, einer der wichtigsten Industriezweige in Deutschland, unterstützt. Dadurch stieg die Staatsverschuldung stark an.

Nach den Kriterien für die europäische Währungsunion darf die Verschuldung eines Mitgliedsstaates jedoch nicht höher als 60% des eigenen Bruttoinlandsproduktes sein. In Deutschland lag die Staatsverschuldung bereits zwischen 2002 und 2008 über 60%, sie steigerte sich dann 2009 auf fast 75% und 2010 und 2011 auf über 80%. In Frankreich war es ähnlich. Denn wie der deutsche Staat unterstützte auch Frankreich die Banken und die inländische Industrie. Viele andere Länder in Europa hatten jedoch nicht die finanziellen Mittel, um ihre Wirtschaft so stark zu unterstützen. Denn sie hatten

- entweder vorher schon sehr hohe Staatsausgaben, gemessen als Anteil an ihrem Volkseinkommen, wie Griechenland, das trotz zu positiver Darstellung seiner Staatsausgaben seit dem Jahr 2000 immer einen

Schuldenstand von mehr als 100% des Bruttoinlandsproduktes hatte,

- oder sie litten unter anderen interner Problemen, so z. B. Spanien, das eine eigene Immobilienkrise hatte.

Hätten Spanien und Griechenland noch eine eigene Währung gehabt, dann wä-

ren die Währungen abgewertet worden und die Wirtschaft hätte sich dadurch eventuell wieder erholen können. Als Mitglieder der europäischen Währungsunion war dies nicht möglich, denn es gibt nur eine einheitliche Währung und eine einheitliche Geldpolitik im Euroraum.

### *Die Europäische Zentralbank ist für die Geldpolitik im Euroraum zuständig*

Seit 1999 wird die Geldpolitik in Europa für die Mitglieder der europäischen Währungsunion von der europäischen Zentralbank im Zusammenwirken mit den Zentralbanken der Mitgliedsländer gemacht. Für alle europäischen Staaten, die den Euro eingeführt haben, bedeutet das, dass sie nicht mehr selbst über die Geldmenge entscheiden können, sondern es gibt nur noch eine gemeinsame Geldpolitik. Da es mit dem Euro nur noch eine Währung gibt, wirkt sich eine schlechte Wirtschaftslage in einem Land auf alle Euro-Länder aus. Lösungen können nur noch gemeinsam gefunden werden. Zudem sind alle Länder wirtschaftlich sehr stark verflochten. So haben zum Beispiel deutsche und französische Banken hohe Anteile an griechischen Staats-

anleihen in ihren Beständen. Dies war ein wichtiger Grund für Deutschland und Frankreich, sich für die Unterstützung Griechenlands einzusetzen. Denn es bestand die Gefahr, dass bei einem Austritt Griechenlands aus der Währungsunion, deutsche und französische Banken sehr große Probleme bekommen könnten, die sich voraussichtlich auf die gesamte Wirtschaft in Deutschland und Frankreich ausgewirkt hätten.

Die Europäische Zentralbank legt außerdem die Regeln für die Banken im Euroraum fest. Dies betrifft insbesondere deren Mindestreservepflichten und die Bereitstellung von Krediten für Banken. Zusätzlich ist sie für die Überwachung der finanziellen Stabilität im Euroraum zuständig.

### *Internationale Zuständigkeiten*

Auf internationaler Ebene gibt es insbesondere den Internationalen Zahlungsfonds, der die Mitgliedsländer bei Zahlungsbilanzproblemen mit Krediten unterstützt und ihnen wirtschaftspolitische Empfehlungen gibt. Die Weltbank vergibt ebenfalls Kredite, um die wirtschaftliche Situation der Mitgliedsländer zu verbessern. Oft wird die Auszahlung eines Kredites seitens dieser beiden Institutionen von der Erfüllung wirtschaftspolitischer Auflagen abhän-

gig gemacht.<sup>5</sup> Zusätzlich unterstützt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die Zentralbanken bei ihren Bemühungen um finanzielle Stabilität. In ihren Gremien sind die Präsidenten der Zentralbanken der Mitgliedsländer vertreten, darunter auch die Europäische Zentralbank, die US Notenbank und die Zentralbanken vieler weiterer wirtschaftlich starker Länder, auch aus Asien und Lateinamerika. Im Zusammenhang mit der Finanzkrise ist

<sup>5</sup> In der Vergangenheit wurden die Auflagen oft mit bestimmten ökonomischen Theorien begründet, die den realen Verhältnissen nicht genügend Rechnung trugen und daher vielfach zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation führten. Dies war zum Beispiel die Erfahrung vieler Entwicklungsländer.

insbesondere das „Basel Komitee für Bankenaufsicht“ von besonderer Bedeutung. In diesem Komitee wurden die Vereinbarungen „Basel I“, „Basel II“ und „Basel III“ über Standards für Banken getroffen. „Basel III“ tritt 2013 in Kraft. Es verschärft die Mindestkapitalanforderungen für Banken, um ihre Krisenanfälligkeit zu reduzieren. Denn wie sich in der Finanzkrise gezeigt hat, war das Kapital, das die Banken selbst hielten, zu gering, um die Auswirkungen der Krise auszugleichen. Vor allem war es falsch, Wertpapiere, die mit einem AAA Rating ausgezeichnet wurden, als fast so sicher wie Eigenkapital einzustufen. Die Vereinbarungen bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sind jedoch freiwillig und sie treten nur in Kraft, wenn die Mitgliedsländer dies auf der nationalen Ebene

selbst beschließen. Während die Mitgliedsländer früher die Beschlüsse oft nur zögerlich umsetzten, hat die Europäische Zentralbank nun beschlossen, dass alle Mitglieder der Europäischen Währungsunion die „Basel III“-Vereinbarungen umsetzen müssen.

Auf internationaler Ebene handelt zusätzlich die Internationale Vereinigung der Wertpapieraufsichtsbehörden, die 115 ordentliche Mitglieder hat. Deutschland wird dort durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vertreten. Diese Vereinigung erarbeitet internationale Regulierungsstandards und will damit das Funktionieren der Wertpapiermärkte unterstützen sowie Investoren informieren und schützen. Auch diese Standards müssen jeweils von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

## *Wirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Entwicklungsländer*

Noch stärker als auf Europa hat sich die Finanzkrise auf viele Entwicklungsländer ausgewirkt, obwohl diese nicht oder kaum an dem Handel mit hypotheken-besicherten Wertpapieren beteiligt waren. Es gab vier Gründe für negative Auswirkungen der Finanzkrise auf Entwicklungsländer:

- Zum einen sind die Überweisungen von Familienmitgliedern, die in den USA oder in Europa arbeiten, stark zurückgegangen. Denn in der Wirtschaftskrise haben zuerst diejenigen, die ungesicherte Arbeitsplätze hatten, und das waren häufig Migranten und Migrantinnen, ihre Stelle verloren.
- Zudem haben Unternehmen aus Europa oder den USA weniger bei Zulieferbetrieben in Entwicklungs-

ländern bestellt, da sie selbst unter zurückgehenden Aufträgen litten und daher weniger Zulieferungen brauchten.

- Investitionen ausländischer Unternehmen in Entwicklungsländern gingen ebenfalls zurück.
- Nicht zuletzt wurde die Entwicklungshilfe vieler Industrieländer reduziert.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Probleme der Entwicklungsländer, wie Hungerkrisen, seit Beginn der Finanzkrise kaum noch im Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit stehen, da sich die Medienberichterstattung vornehmlich auf die eigenen Probleme in den Industrieländern konzentriert.

## *Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa*

In Deutschland und Frankreich hat sich die Wirtschaft relativ schnell von der Rezession 2008/2009 erholt. Die staat-

lichen Unterstützungsmaßnahmen milderten die negativen Auswirkungen der Krise ab und führten zu erneut steigen-

den privaten Investitionen und damit zu einem Ansteigen des Wirtschaftswachstums in den Jahren 2010 und 2011. In Griechenland und Spanien war der Verlauf anders. Griechenland hatte bereits bei Ausbruch der Finanzkrise eine sehr hohe Staatsverschuldung und relativ geringe Staatseinnahmen. Es konnte die eigene Wirtschaft folglich kaum unterstützen. Griechenland verhandelte mit dem Internationalen Währungsfonds und mit den anderen Mitgliedsländern der europäischen Währungsunion über Unterstützungskredite. Kredite wurden unter der Bedingung zugesagt, dass Griechenland die Staatsausgaben senkt. Folglich reduzierte der griechische Staat die öffentlichen Ausgaben. Das führte jedoch zu steigender Arbeitslosigkeit und einer sich verstärkenden wirtschaftlichen Rezession. Daher sanken die Staatseinnahmen noch weiter. Durch die wirtschaftliche Rezession verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt. Daher stieg die Staatsverschuldung gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt erheblich an, obwohl der Staat Kürzungen bei den Ausgaben vorgenommen hatte.

Spanien hatte zu Beginn der Finanzkrise im europäischen Vergleich eine relativ geringe Staatsverschuldung. Sie lag immer unter den erlaubten 60%. Und Spanien war auch weniger in die Finanzkrise einbezogen, da in Spanien der Handel mit hypotheken-besicherten Wertpapieren verboten war. Dann setzte in Spanien aber eine eigene Immobilienkrise ein, in deren Folge der Bausektor, einer der wichtigsten spanischen Wirtschaftszweige, weitgehend zusammenbrach. Der spanische Staat steigerte in der Folge seine Ausgaben erheblich, um die Wirtschaft zu unterstützen, konnte aber die wirtschaftliche Rezession nicht aufhalten. Die Arbeitslosenquote lag in Spanien Ende 2011 mit fast 22% sogar 4% höher als in Griechenland, die Jugendarbeitslosenquote lag in Spanien bei knapp 50% und war damit fast so hoch wie in Griechenland.

# Arts & ethics

Ihr bringt den Unschuldigen in Not,  
ihr lasst euch bestechen  
und weist den Armen ab bei Gericht.

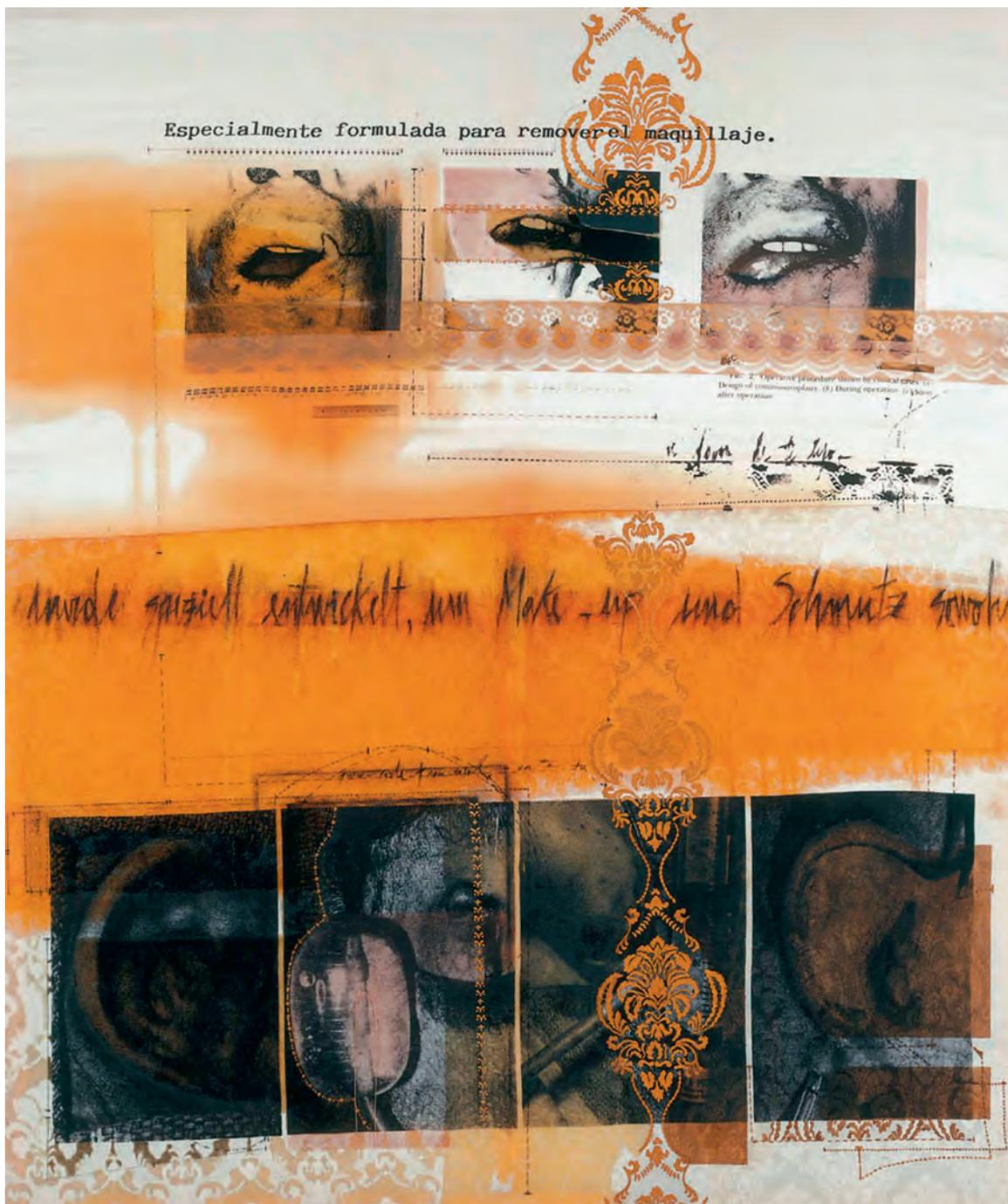
*Amos 5, 12*

„Texte aus Büchern wie aus Packungsbeilagen kosmetischer Produkte, die als kompositorische Elemente behandelt werden wie die Bordüren, Spitzen, hineincollagiert, hineingestickt. Die Stoffe, gebrauchte, gefunden und gesammelt, später neue teure Stoffe, erworben, mit abstrakten Ornamenten und floralen Mustern. [...] Ist das schockierend gemeint, provokant, sozialkritisch oder gar ironisierend?“

*aus: Petra Giloy-Hirtz: Die Ästhetisierung des Leidens.  
Zu den Bilderzyklen von Lilian Moreno Sánchez  
(vollständiger Essay unter: [morenosanchez.com](http://morenosanchez.com))*



*Lilian Moreno Sánchez,  
geb. 1968 in Buin, Chile,  
Studium an der Kunstfakultät der Universidad de Chile  
sowie an der Akademie der Bildenden Künste, München;  
lebt als frei schaffende Künstlerin in Augsburg;  
weiteres unter: <http://morenosanchez.com>*



Lilian Moreno Sánchez  
Serie Correcturas Simulativas  
Bild 3 (von 4) 1996  
Mischtechnik auf Stoff  
165 × 135 cm

## Zielbestimmung und Werte

Nachdem die Problemlage ausführlich dargestellt wurde, gilt es herauszuarbeiten, welche Ziele als gerecht angesehen werden und angestrebt werden sollten. Angesichts der vorliegenden Problemlage erscheint es sinnvoll,

- die globale Ebene,
- die EU-Ebene,
- die nationale Ebene,
- die Ebene von Unternehmen, Banken und Versicherungen sowie
- die Individualebene

zu unterscheiden. Auf jeder dieser Ebenen sind zunächst die richtungsweisenden Werte zu erfassen. Gemäß dem wirtschaftsethischen Ansatz von Enderle sollte sodann eine Einigung über eine politische Gerechtigkeitskonzeption erzielt werden. Darauf hin ist auf jeder Ebene zu überprüfen, wie die Handlungsbedingungen aussehen und welche Handlungsspielräume die Akteure haben, um zu mehr Gerechtigkeit beizutragen.

Da eine umfassende Analyse aller auf den unterschiedlichen Ebenen vorhandenen Wertvorstellungen den Rahmen dieses Artikels sprengen würde, werden hier die Menschenrechte als weltweit geltende Werte<sup>6</sup> herangezogen. Sie beinhalten die grundlegenden Rechte, die jedem Menschen zukommen allein aufgrund der Tatsache, dass er oder sie ein Mensch ist. Die Menschenrechte sollen jeder Person ein Leben in Würde und die freie Entfaltung gemäß den eigenen Fähigkeiten ermöglichen. Zur Erfüllung der Menschenrechte haben sich die Staaten sowohl einzeln als auch gemeinsam verpflichtet. Als gerecht können solche wirtschaftlichen und politischen Regelungen angesehen werden, die die Umsetzung der Menschenrechte fördern und die zumindest keine Einschränkung von Menschenrechten zur Folge haben.

Diese Regel stimmt auch mit der Sicht der christlichen Sozialethik überein. In christlich-theologischer Sicht sind alle Menschen nach dem Bild Got-

tes geschaffen; damit haben alle die gleiche Würde und es stehen ihnen die gleichen unveräußerlichen Rechte zu. Darauf nimmt auch die kirchliche Sozialverkündigung immer wieder Bezug, zum Beispiel die Enzyklika *Pacem in terris*. In ihr betont Papst Johannes



**Ein gerechtes Finanzmarktsystem muss dem Wohl aller Menschen dienen, es darf zumindest niemanden seiner Menschenrechte berauben**

XXIII., dass es darum geht, dass alle Menschen diese Rechte auch tatsächlich genießen können und ihnen tatsächlich das zur Verfügung steht, was sie zum Leben brauchen (Nr. 32). Da Gott die Erde für alle Menschen schuf, hat jeder Mensch das Recht „auf einen ausreichenden Anteil an den Erdengütern“, heißt es sowohl in der Konzilskonstitution *Gaudium et spes* (Nr. 69), als auch in der Enzyklika *Populorum progressio* Pauls VI. (Nr. 22) sowie in der Enzyklika *Centesimus annus* Johannes Pauls II. (Nr. 31). In der Enzyklika *Caritas in veritate* geht Benedikt XVI. eigens auf die Finanzkrise ein und hebt hervor, dass die internationale Wirtschafts- und Finanzordnung allen Menschen dienen sollte.

Ein grundlegendes Menschenrecht ist in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben: „Jedermann hat das Recht auf einen für die Gesundheit und das Wohlergehen von sich und seiner Familie angemessenen Lebensstandard, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung, Wohnung, ärztlicher Versorgung und notwendiger sozialer Leistungen.“ Wie das zuständige Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen festgestellt hat, ergeben sich aus den Menschenrechten insbesondere die Verpflichtungen für Staaten, die Rechte zu beachten, sie zu schützen und sie zu er-

füllen. Konkret bedeutet das, dass jeder Mensch zunächst selbst dafür verantwortlich ist, für seine Gesundheit und sein Wohlergehen zu sorgen, indem er seine Fähigkeiten einsetzt und seine Möglichkeiten nutzt. Staaten müssen darauf achten, dass alle Bürger auch die Möglichkeiten haben, für ihren eigenen Lebensunterhalt zu sorgen und dass sie von niemandem daran gehindert werden. Ergänzend müssen die Staaten eine Gesundheitsversorgung und soziale Leistungen zur Verfügung stellen, damit im Notfall, wenn jemand selbst nicht dazu in der Lage ist, zum Beispiel weil er arbeitslos oder krank ist, eine staatliche Unterstützung einsetzt. Wenn ein Staat nicht in der Lage ist, die Menschenrechte für alle seine Bürger und Bürgerinnen zu garantieren, weil ihm die Mittel fehlen, dann ist die Staatengemeinschaft gefordert, unterstützend tätig zu werden. Unternehmen müssen dafür sorgen, dass durch ihre Tätigkeiten niemand in seinen bisherigen Möglichkeiten, für die Erfüllung seiner Menschenrechte zu sorgen, eingeschränkt wird.



**Finanzmarktaktivitäten dürfen die Fähigkeit der Menschen, ihren Lebensstandard zu sichern, nicht gefährden**

Angewendet auf die vorliegende Problemstellung könnte die Zielbestimmung lauten: Aktivitäten im Finanzbereich dürfen keine negativen Auswirkungen auf andere Menschen haben hinsichtlich ihrer Möglichkeiten, den eigenen Lebensstandard zu sichern. Auf Grundlage der Menschenrechte könnten sich alle Akteure einig, dieses Ziel sicherzustellen.

Wie sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt hat, können wirtschaftliche Aktivitäten in einem Land weltweit negative Auswirkungen zur Folge haben, die die Möglichkeiten vie-

<sup>6</sup> Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wird heute als verbindliches Völkerrecht anerkannt.



ler Menschen, ihren eigenen Lebensstandard zu sichern, einschränken. Daher ist nun auf den unterschiedlichen Ebenen zu untersuchen, wie die

Handlungsbedingungen sind und welche Handlungsspielräume die Akteure haben, um solche negativen Auswirkungen in Zukunft zu verhindern.

## Handlungsbedingungen und Handlungsspielräume auf der internationalen Ebene

Wichtige internationale Akteure im Finanzbereich sind die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Zusätzlich können Politiker Vereinbarungen für die internationale Ebene treffen. Diese Vereinbarungen müssen allerdings jeweils von den Nationalstaaten in geltendes Recht umgesetzt werden. Eine Ausnahme bilden die EU und die Eurozone; hier können beschlossene Maßnahmen auch sofort für alle Mitglieder bindend sein. Es gibt jedoch unterschiedliche Entscheidungen, manche sind verbindlich für alle Mitglieder, andere haben nur Empfehlungscharakter und die Mitgliedsländer entscheiden selbst, ob sie die Maßnahme in nationales Recht umsetzen oder nicht. Zu den Handlungsbedingungen auf der internationalen Ebene gehört, dass an den Zuständigkeiten kurzfristig nichts verändert werden kann, und dass sich alle Länder einigen müssen, um global geltende Entscheidungen zu erreichen.

Innerhalb dieser Handlungsbedingungen gibt es Handlungsspielräume, die aus wirtschaftsethischer Sicht genutzt werden sollten.

Um das Ziel zu erreichen, negative Auswirkungen im Finanzbereich auf andere Menschen zu vermeiden, kann zunächst bei den Regeln angesetzt werden.

Es gibt zum Beispiel den Vorschlag, eine internationale Finanztransaktionssteuer einzuführen. Damit würde bei jedem Umsatz an der Börse eine kleine Steuer fällig. Dies würde voraussichtlich zur Verringerung der Börsengeschäfte führen und die Finanzmärkte dadurch etwas stabilisieren, zusätzlich würden mit einer solchen Steuer hohe Einnah-

 Eine Finanztransaktionssteuer würde die Finanzmärkte stabilisieren, die Erträge könnten zugunsten der armen Länder des Südens genutzt werden

men erzielt. Auf Weltebene gibt es bisher keine Einigkeit, eine solche Steuer einzuführen. In der EU wurde die Einführung bereits für Ende 2012 anvisiert, jedoch können die Mitgliedsstaaten selbst entscheiden, ob sie die Finanztransaktionssteuer einführen möchten oder nicht. Deutschland setzt sich stark für die Einführung der Steuer ein, und zwar auch dann, wenn einige EU-Mitgliedsstaaten sie nicht einführen wollen. Dies stellt eine sinnvolle Nutzung eines Handlungsspielraums im Hinblick auf das angestrebte Ziel dar. Aus ethischer Sicht besonders gut wäre die Nutzung der Einnahmen aus dieser Steuer, um die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des Südens zu unterstützen. Dadurch könnten die Nachteile, die Entwicklungsländern durch die Finanzkrise entstanden sind, zumindest teilweise ausgeglichen werden. Wenn die Einnahmen aus dieser Steuer anders verwendet werden sollten, dann müssten andere geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die negativen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Entwicklungsländer abzumildern. Zusätzlich sollten wirksame Regeln eingeführt werden, die zukünftige Finanzkrisen verhindern.

Weitere Regeln auf der internationalen Ebene betreffen zum Beispiel die Zulassung und Regulierung von Wertpapieren. Das „Basel Komitee für Bankenaufsicht“ der Internationalen Bank

für Zahlungsausgleich erarbeitet zurzeit gemeinsam mit der Internationalen Wertpapieraufsichtsbehörde neue Standards in Bezug auf Wertpapiere. Diese sind zunächst nicht weltweit verbindlich, sondern sie müssen in nationales Recht umgesetzt werden. Hier gibt es für alle Länder den Handlungsspielraum, an der Erarbeitung von geeigneten Regeln mitzuwirken und diese in nationales Recht umzusetzen und dadurch an ihren Finanzplätzen verbindlich zu machen.

Die Gruppe von 20 wichtigen Industrie- und Schwellenländern (G20) hat im Jahr 2009 das schon bestehende Finanzstabilitätsforum in Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board) umbenannt und mit weiterreichenden Aufgaben bezüglich der Überwachung des globalen Finanzsystems beauftragt. Dies stellt eine sinnvolle Nutzung eines

 Die Finanzmärkte brauchen klare Regeln und starke Aufsichtsbehörden

Handlungsspielraumes dar, wenn es zur Stabilität des Finanzsystems beiträgt und auch die Interessen der nicht vertretenen Staaten berücksichtigt werden. Es sollte aus wirtschaftsethischer Sicht überprüft werden,

- ob auch weitere Mitglieder zugelassen werden können, damit es tatsächlich eine globale Institution wird und
- auf welche Weise die Wirksamkeit der Arbeit erhöht werden kann.

In Europa wurden 2011 drei neue Aufsichtsbehörden eingerichtet:

- die Europäische Bankenaufsichtsbehörde, die beispielsweise die Eigenkapitalausstattung der Banken überprüft,
- die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde, die für Transparenz bei Wertpapieren sorgen soll, und
- die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersvorsorge.



Zusätzlich wurde der Europäische Ausschuss für Systemrisiken eingesetzt, der bei der Europäischen Zentralbank angesiedelt ist. Er soll die finanzielle Stabilität in Europa überwachen und sicherstellen, dass der Finanzsektor zum Wirtschaftswachstum beiträgt. Damit wurden schon einige Spielräume auf der europäischen Ebene genutzt, um zu einer besseren Funktionsweise des Finanzsektors beizutragen. Zu prüfen ist, ob diese Institutionen geeignet und ausreichend sind, um negative Auswirkungen des Finanzsektors zu verhindern, oder ob beispielsweise noch eine unabhängige Institution verbindlich über die Zulassung von sogenannten Finanzinnovationen, also neuen Wertpapieren, entscheiden sollte. Falls sich keine Einigung auf globaler Ebene erzielen lässt, dann sollte dies auf europäischer oder nationaler Ebene überlegt werden.

Die Europäische Zentralbank hat Handlungsspielräume genutzt, indem sie

- die Höhe des Leitzinses angepasst hat,
- die Mindestreserve- und Eigenkapitalanforderungen für Banken verschärft hat und
- Staatsanleihen von hoch verschuldeten Mitgliedsländern des Euro-raumes aufgekauft hat.

Aus wirtschaftsethischer Sicht sollten die tatsächlichen Auswirkungen dieser Maßnahmen genau überprüft werden, denn solche Maßnahmen können sowohl positive als auch negative Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Diese Maßnahmen sollten nur in dem Maße und solange durchgeführt werden, wie positive Effekte eintreten bzw. zu erwarten sind.



Im Sinne des politisch und sozialetisch begründeten Solidaritätsprinzips ist die Einführung von Eurobonds zu befürworten

Eine weitere Möglichkeit, die hoch verschuldeten Staaten zu entlasten und damit zur Verbesserung der Menschenrechtslage in diesen Ländern beizutragen, wäre die Einführung von Eurobonds. Sie ist von der Zustimmung der wirtschaftlich stärkeren Länder abhängig. Im Sinne des Solidaritätsprinzips, das sowohl ein Prinzip der Europäischen Union als auch der katholischen Soziallehre ist, wäre die Einführung von Eurobonds zu befürworten, wenn dadurch die erwünschten positiven Effekte auf die Stabilität des Euro und die wirtschaftliche Erholung der wirtschaftlich schwächeren Staaten erzielt

würden und größere negative Effekte ausgeschlossen werden könnten.

Weitere Regeln möglichst auf der internationalen oder der EU-Ebene und zumindest auf der nationalen Ebene sollten für Banker, Börsenmakler und Ratingagenturen eingeführt werden, um die bisherigen Anreize für diese Personengruppen zu einem Verhalten, das den Ausbruch der Finanzkrise mit verursacht hat, zu ändern. Auf europäischer Ebene wurden bereits Reduzierungen von Bonuszahlungen beschlossen. Es ist aus wirtschaftsethischer Sicht zu überprüfen, ob diese Neuregelungen ausreichen.

Es bestehen bisher ungenutzte Handlungsspielräume, die bestehenden Anreize für Banker und Ratingagenturen zu gesellschaftlich unerwünschtem Verhalten zu ändern. Eine Möglichkeit ist es, Bankmitarbeiter und Ratingagenturen für ihre Empfehlungen bzw. Bewertungen haftbar zu machen. Dann würden starke Anreize für diese Personengruppen geschaffen, die Risiken von Investitionsmöglichkeiten klarer aufzuzeigen und vorsichtiger Bewertungen abzugeben. Da sich herausgestellt hat, dass die Beratungen und Bewertungen von Bankern und Ratingagenturen in der Regel nicht aufgrund objektiver sachlicher Kriterien,

## LITERATUR UND LINKS

Crotty, James: Structural causes of the global financial crisis: a critical assessment of the 'new financial architecture', in: Cambridge Journal of Economics 2009, 33, 563–580.

Emunds, Bernhard: Die Finanzwirtschaft – kein Selbstbedienungsladen! Die Finanzwirtschaft wirft grundlegende Fragen an die Wirtschaftsordnung auf. Frankfurt 2011.

Enderle, Georges: Handlungsorientierte Wirtschaftsethik. Grundlagen und Anwendungen. Bern u. a. 1993.

Global Policy Forum u. a. (Hg.): Freiwillig in die Krise – reguliert wieder heraus. Die globale Finanzkrise und die Verantwortung von Unternehmen und Banken. Bonn u. a. 2009.

Global Policy Forum/terre des hommes (Hg.): Die globale Entwicklungskrise. Bonn u. a. 2009.

Herrmann, Brigitta: Die Finanzkrise. Gründe – ethische Beurteilung – Auswirkungen – Forderungen an die Politik – Was kann ich tun?, in: Missio Konkret 1/2012, 3–6

Südwind Institut (Hg.): Im Schatten der Krise. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise in Indonesien, Paraguay, Tansania und Ungarn. Siegburg 2011.

[www.bafin.de](http://www.bafin.de) (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht)

[www.bis.org](http://www.bis.org) (Bank für internationalen Zahlungsausgleich)

[www.oikocredit.org](http://www.oikocredit.org)

[www.imf.org](http://www.imf.org) (Internationaler Währungsfonds)

[www.steuer-gegen-armut.org](http://www.steuer-gegen-armut.org)

Handreichung zum ethischen Investment z. B. für die Überprüfung der eigenen Anlagekriterien: <http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklarungen/detail/Ethisches-Investment-Mit-Geldanlagen-Verantwortung-wahrnehmen--162T/>

Film auf Englisch mit leicht verständlichen Erklärungen zu den Ursachen der Finanzkrise: [http://www.youtube.com/watch?v=bx\\_LWm6\\_6tA&NR=1](http://www.youtube.com/watch?v=bx_LWm6_6tA&NR=1)

sondern wegen persönlicher oder auf die Institution bezogener finanzieller Anreize erfolgt, sollten aus wirtschaftsethischer Sicht unverzüglich alle Vorschriften geändert werden, die sich auf die Bewertungen von Ratingagenturen hinsichtlich der Sicherheit von Geldanlagen beziehen.

Auch deren Bewertungen von Staaten sollten realistisch als Einschätzungen privatwirtschaftlicher gewinnmaximierender Organisationen eingestuft werden. Wenn unabhängige Einschätzungen gewünscht sind, dann müssen

 Wenn Staaten, Banken oder einzelne Anlageformen unabhängig bewertet werden sollen, kann das nicht von gewinnmaximierenden privatwirtschaftlichen Ratingagenturen geleistet werden

unabhängige Einrichtungen damit beauftragt werden. Idealerweise würde eine solche unabhängige Institution auf der internationalen Ebene eingerichtet. Wenn es jedoch nicht möglich ist, auf der internationalen Ebene eine Einigung darüber zu erzielen, dann könnte sie zumindest auf europäischer oder auf nationalstaatlicher Ebene eingerichtet werden.

Bei der Frage nach der geeigneten Unterstützung einzelner Länder, die in finanzielle Schieflage geraten sind, sollten das Subsidiaritätsprinzip und das Solidaritätsprinzip leitend sein. Zunächst muss jedes Land alle eigenen Möglichkeiten nutzen. Erweist es sich als unmöglich, die Schwierigkeiten alleine zu überwinden, dann sollten die anderen Länder Unterstützung

## *Handlungsspielräume von Banken, Versicherungen und Ratingagenturen*

Banken, Versicherungen und Ratingagenturen agieren unter Wettbewerbsbedingungen. Trotzdem haben

**KURZBIOGRAPHIE**

**Dr. Brigitta Herrmann (\*1962)**, Professorin für Globalisierung, Entwicklungspolitik und Ethik an der Cologne Business School (CBS), Diplom-Volkswirtin und Diplom-Theologin; Lehrbeauftragte für Ethik in den Wirtschaftswissenschaften (Universität Frankfurt), zuvor: Geschäftsführerin für Deutschland bei der ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit, Referentin für Entwicklungspolitik bei Misereor, Leiterin der Abteilung Welthandel und Welternährung bei der Nord-Süd politischen Lobbyorganisation Germanwatch und Leiterin des Projektes „Politische Steuerung der ökonomischen Globalisierung“ bei der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*; war Mitglied der Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik der Deutschen Bischofskonferenz und des Sachbereichs Wirtschaft im Zentralkomitee der deutschen Katholiken; wichtige Veröffentlichungen: *Das Recht auf Ernährung am Beispiel Malis. Wirtschaftsethische Ansätze auf dem Prüfstand*, Münster 2003; *Das Recht auf Ernährung in der Verantwortung der Staaten. Implikationen für internationale Wirtschaftsabkommen*, in: Ibeh, Martin Joe/Wiemeyer, Joachim (Hg.), *Entwicklungszusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung*. Paderborn 2006, 191–209; *Ethische Begründung von Investitionen in Mikrofinanzierung als Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung*, in: *Exposure und Dialogprogramme* (Hg.), *Mit Mikrofinanz Verantwortung wahrnehmen*, Bonn 2009, 33–37; *Internationale Marktwirtschaft und Menschenrechte. Das Abkommen über geistige Eigentumsrechte der WTO versus die Menschenrechte auf Ernährung und Gesundheit*, in: Schumann, Olaf (Hg.), *Marktwirtschaft und Menschenrechte*. Frankfurt 2010; *Die Finanzkrise als sozialethische Herausforderung*, in: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften*. Münster 2012, 351–355; *Das Menschenrecht auf Ernährung: seine Begründung sowie Hindernisse und Wege zu seiner Verwirklichung*, in: *Amosinternational* 4/2010, 10–18. *Die Finanzkrise. Gründe – ethische Beurteilung – Auswirkungen – Forderungen an die Politik – Was kann ich tun?*, in: *Missio Konkret* 1/2012, 3–6.

leisten. Bei der Art und Weise der Hilfeleistung ist darauf zu achten, dass die Empfänger-Länder langfristig ihre Entwicklung wieder eigenständig gewährleisten können.

Wie sich im Falle Griechenlands herausgestellt hat, ist es in einer wirtschaftlichen Rezession offensichtlich so, dass erhöhte staatliche Sparmaßnahmen zu einer Verschlimmerung der Rezession führen. Daher sind die Auflagen, die mit den Krediten verbunden sind, in der Weise zu ändern, dass ein Wachsen der Wirtschaft ermöglicht und nicht verhindert wird.

sie Handlungsspielräume. Sie können diese Handlungsspielräume nutzen zur Verbesserung ihres Verhaltens im Hin-

blick auf die Verhinderung negativer Auswirkungen auf andere Menschen und ganze Länder. Durch die Übernahme von mehr Verantwortung und ehrlichere Beratungen und Bewertungen könnten sie nicht nur ethischen Erfordernissen Rechnung tragen, sondern auch ihr eigenes Image verbessern. Das könnte auch zur Erhöhung des eigenen wirtschaftlichen Erfolges beitragen. Darüber hinaus könnten sie ihre Handlungsspielräume nutzen, um sich in ihren jeweiligen Branchen für verbindliche ethische Standards einzusetzen. Dadurch würden sie gleichzeitig Verbesserungen

- für die Allgemeinheit,
- für das eigene Image und
- für gleiche Wettbewerbsbedingungen mit ihren Konkurrenten und damit
- zu allgemein geltenden höheren Standards beitragen.

## *Handlungsspielräume jeder einzelnen Person*

Auf der Individualebene kann jeder Politiker, jeder Mitarbeitende von Banken, Versicherungen und Ratingagenturen und jeder Börsenmakler überprüfen, ob das eigene Verhalten zu mehr Gerechtigkeit führt bzw. zumindest keine negativen Auswirkungen auf andere hat. Darüber hinaus hat jeder und jede Einzelne die Möglichkeit, sich mehr Gedanken über das eigene Verhalten zu machen und zu überprüfen, ob das eigene Geldanlageverhalten negative Effekte auf andere hat oder ob es andere unterstützt. Jede und jeder hat den Handlungsspielraum, sich möglichst genau über beabsichtigte Geldanlagen zu informieren und die bestehen-

den eigenen Geldanlagen zu überprüfen (z. B. durch eine Nachfrage bei der eigenen Bank oder eine Recherche im Internet). Sollte man feststellen, dass unter den eigenen Geldanlagen auch solche mit negativem oder zweifelhaftem Effekt auf andere sind, dann sollte man aus ethischen Gründen Veränderungen vornehmen. Gemäß der wirtschaftsethischen Zielsetzung, die Umsetzung der Menschenrechte zu fördern, sind beispielsweise Geldanlagen in soziale Projekte möglich. Aus ethischer Sicht besonders unterstützenswert sind Projekte, die besonders Benachteiligte fördern, dazu gehören Arme in Entwicklungsländern. Jeder kann

sich über solche Möglichkeiten informieren, zum Beispiel bei den Orden, bei Misereor, Missio und Adveniat. Es gibt u. a. auch die Möglichkeit, mit einem Teil der eigenen Geldanlage die Vergabe von Mikrokrediten zu unterstützen, beispielsweise bei Oikocredit. Es handelt sich dabei um eine ökumenische Entwicklungsgenossenschaft, die Mikrofinanzorganisationen mit Krediten unterstützt. Diese geben sie weiter an Arme in Entwicklungsländern, die damit eine kleine Geschäftsidee verwirklichen und dadurch ihre grundlegenden Menschenrechte umsetzen können, indem sie mit dem erwirtschafteten Geld in die Lage versetzt werden, für Ernährung, Wohnung und Kleidung ihrer Familien sorgen zu können.





# „Eurobonds und Bankenunion sind unverzichtbar“

Gespräch mit Brigitte Unger über Finanzmärkte und Realwirtschaft, über Staatsschulden und Umverteilung

Wer sind die Gewinner, wer zahlt in der Finanzmarktkrise und bei der Eurorettung? Was hat es auf sich mit der ganz unterschiedlichen Verzinsung von Staatsschulden? Was würde sich ändern durch Eurobonds und Bankenunion? Warum gibt es gegen beide Instrumente noch immer so starke Widerstände? Was haben die Reallohnverluste der vergangenen Jahre mit dem weltweit florierenden Finanzmarkt zu tun? Anhand dieser und weiterer Fragen geht Brigitte Unger, Finanzwissenschaftlerin in Utrecht und zudem Direktorin des WSI in Düsseldorf, den Ursachen der Euro-Krise auf den Grund. Sie zeigt Webfehler auf im System der europäischen Stabilitätsmechanismen und Demokratiedefizite beim aktuellen Krisenmanagement. Bei ihren Lösungsvorschlägen kommen zusätzlich Kriterien der gerechten Verteilung, einer menschlichen Gesellschaft, der Rücksicht auf die junge Generation in den Blick.

Brigitte Unger



**Amosinternational** Frau Prof. Unger, aus dem Euro-Rettungsfonds ESM sowie aus dem Vorläufer-Fonds EFSF erhalten Not leidende Euroländer Kredite, um sie vor der Zahlungsunfähigkeit zu bewahren. Die Empfängerländer reichen diese „Geldspritzen“ zum Teil weiter an Banken, die in Schieflage geraten sind, die aber unbedingt gerettet werden sollen. In Zukunft sollen die Banken gar direkte und umfangreiche Hilfen aus dem ESM bekommen können. Warum ist diese teure Bankenrettung so wichtig? Es gibt doch auch eine breite Koalition gewichtiger Stimmen, von der Linken Sarah Wagenknecht bis zum neoliberalen Hans-Werner Sinn, die sich gegen die Rettung von Banken mithilfe von Staatsgeldern aussprechen. Wird es nicht tatsächlich Zeit da einen Schlussstrich zu ziehen?

**Brigitte Unger** Die Banken sollen ja nicht um ihrer selbst willen gerettet werden. Da sind weitläufige Verkettungen mit zu bedenken, Kettenreaktionen, die kaum absehbar sind, die

auch nicht nur Großanleger treffen würden, sondern auch viele kleine Sparer, Rentenfonds, andere Finanzinstitute usw. Eine spanische Bank, die in die Pleite geht, hält vielleicht griechische Staatsanleihen oder kann Kredite in Deutschland nicht mehr zurückzahlen. Jedenfalls haben wir gesehen, dass die Probleme sich beim Zusammenbruch einer großen international agierenden Bank potenzieren und eine Art Domino-Effekt auslösen können. Folgeeffekte können das Ausgangsproblem schließlich um das hundert- und tausendfache übertreffen. Deshalb sind alle darauf bedacht, diese sogenannten systemrelevanten Geldinstitute in jedem Fall zu retten, zur Not auch mit unvorstellbaren Summen an staatlichen Geldern. Die Frage ist daher zurzeit nicht in erster Linie das „ob“ der Bankenrettung. Die Frage ist das „wie“ und: „Wer zahlt?“ Bei diesen Fragen gehen die Auffassungen stark auseinander.

**Amosinternational** Können Sie bitte noch etwas genauer erläutern, wie Bankenkrise und Staatsschulden, Bankenrettung und Rettungsfonds für die Euro-Krisenstaaten zusammenhängen?

**Unger** Das Hauptproblem, das sich in den letzten Jahren entwickelt hat, besteht darin, dass auf den Finanzmärkten, also nicht nur seitens der Banken, sondern von ganz verschiedenen Finanzmarktakteuren gezielt mit Staatsschulden spekuliert wird. Dadurch besteht das Existenz bedrohende Problem mancher Banken heute ganz einfach darin, dass sie sich verzockt haben bei den Wetten auf die Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit einzelner Staaten. Zu diesen Spekulationsgeschäften gehört vor allem der Handel mit „Credit Default Swaps“. Bei diesen Zahlungsunfähigkeitspapieren handelt es sich um Derivat-Papiere, die es erlauben, mit Ausfallrisiken von Krediten oder Anleihen gewinn-



bringend Handel zu betreiben. Es werden z.B. Staatsanleihen gekauft und gleichzeitig wird eine Versicherung auf die Zahlungsunfähigkeit des betreffenden Staates abgeschlossen, eine Versicherung die unabhängig davon, ob man einen tatsächlichen Schaden hat oder nicht, zahlt. Mit dieser Spekulation auf Staatsschuldensanleihen und auf die Bewertung ganzer Staaten durch die Ratingagenturen wird bei der ohnehin extrem schwierigen Finanzlage einzelner Länder noch Öl ins Feuer ge-



## Bankenkrise und Staatsverschuldung müssen dringend gegeneinander abgeschottet werden

gossen. Das hat dann z.B. zur Folge, dass hoch verschuldete Staaten auch noch untragbar hohe Zinsen für ihre Staatsanleihen zahlen müssen. Gleichzeitig macht dies die Versicherungen auf die Zahlungsunfähigkeit eines solchen Staates lukrativer. Deshalb trete ich dafür ein, beides wieder strikt voneinander zu trennen. Denn Finanzmarktkrise und Staatsschulden müssen nicht notwendigerweise verbunden sein. Es gibt durchaus Alternativen.

**Amosinternational** Die aktuellen finanzpolitischen Konzepte und Entscheidungen der Euro-Länder gehen allerdings nicht in diese Richtung. Neben den Überlegungen, wie die nötigen Summen für die Rettungsfonds aufgebracht werden sollen, ist als Absicherung für die Zukunft lediglich eine neue europäische Bankenaufsicht geplant, die, salopp gesagt, allzu windige Geschäfte künftig unterbinden soll. Oder habe ich da etwas Wichtiges übersehen?

**Unger** In der Tat begnügen sich die europäischen Entscheidungsträger immer noch damit, mit riesigen Summen die schlimmsten Löcher zu stopfen. Die Vorsorge gegen weitere Derivat-Spekulationen bleibt dagegen marginal: Banken sollen besser beaufsichtigt werden, Banken sollen ihre Eigenkapital-

quote aufstocken. Das ist alles richtig und wichtig. Es bringt aber zusammen mit den vielen zur Verfügung gestellten Milliarden allenfalls etwas Zeitgewinn. Denn der große Webfehler des Systems wird nicht angegangen: Banken können sich weiterhin auf die staatliche Absicherung verlassen. Letztlich zahlen die Steuerzahler der Geberländer in den Rettungsschirm ein, und dieses Geld geht im Zweifel an die maroden Banken der Empfängerländer. Gleichzeitig werden die Empfängerländer durch den Fiskalpakt gezwungen, bei allem, was sie an Sozialleistungen zugunsten ihrer Bürger und an Möglichkeiten zur Förderung der Realwirtschaft zu bieten haben, rigorose Einschnitte vorzunehmen. Es werden zwar riesige Summen für die Empfängerländer zur Verfügung gestellt, doch deren Bürgern kommt nichts davon zugute, im Gegenteil. Auf beiden Seiten, in den Geberländern wie in den Empfängerländern sehen sich die Bürger als die Geschröpften. Das ist im Augenblick das Hauptproblem bei der Verknüpfung von Staatsschulden mit Bankenproblemen.

**Amosinternational** Irgendwo werden aber doch die bereit gestellten Milliarden auch ankommen? Wenn nicht bei der Bevölkerung Griechenlands oder Spaniens, wo dann?

**Unger** Direkt bei den Banken, die Gelder aus dem Rettungsschirm erhalten. Auch in der Staatskasse der betroffenen Länder, damit diese die überhöhten Zinsen für ihre Staatsanleihen bedienen können. Auch dieses Geld landet zum großen Teil wieder in den Händen der Finanzmarktakteure. Gleichzeitig steigen die Schulden der betroffenen Länder weiter. Lohnverzichte und Kürzung der Staatsleistungen verschlimmern das Problem nur. In Griechenland gibt es bereits Lohnneinbußen von 40%, 50%. Da gibt es kein weiteres Einsparungspotential mehr.

**Amosinternational** Das klingt alles sehr ausweglos. Worin liegt denn der Grundfehler dieses Systems?

**Unger** Die Finanzkrise ist in der Tat eine systemische Krise. Sie kommt m.E. vor allem dadurch zustande, dass große Teile der Bevölkerung, sei es in Europa, sei es viel schlimmer noch in der sog. Dritten Welt, ein zu geringes Einkommen haben, um sich lebensnotwendige und lebensverbessernde Güter und Dienstleistungen kaufen zu können. Was aber nicht mit der nötigen finanziellen Kaufkraft nachgefragt wird, das wird auch nicht mehr, jedenfalls nicht mehr im eigentlich möglichen Umfang von den Unternehmen hergestellt und angeboten. Zwar sind unübersehbar große Finanzmittel vorhanden, doch sie ballen sich immer weiter zusammen in den Händen relativ weniger Reicher, die aber ihre Rendite-Hoffnungen und ihre Anlagen inzwischen zum großen Teil in Finanzmarktgeschäfte setzen. Denn im Sektor der Realwirtschaft gibt es nichts mehr zu verdienen, jedenfalls nicht durch Wachstum und Innovationen, allenfalls (speziell für deutsche Unternehmen) im Verdrängungswettbewerb der Exportwirtschaft, der davon lebt, die Absatzmärkte zu besetzen, die den schwächeren Euro-Ländern fehlen, um überleben zu können. Im Finanzsektor sind die Gewinnmargen weit höher, gerade in Zeiten der Krise. Der Erfindungsreichtum bei den Finanzinnovationen ist ungebrochen. In diesem Bereich werden immense Geschäfte gemacht mit nichts anderem als mit heißer Luft. Immer neue Produkte, neue Namen, neue Labels – da wird eine lukrative Finanzmarktwelt aufgebaut, die den ohnehin reichen Investoren Gewinne verschafft, für deren Verluste auf der Kehrseite aber letztlich die Länder und ihre Steuerzahler gerade stehen müssen. Das ist das Schauspiel, bei dem wir nun schon viel zu lange zusehen und immer weiter drauf zahlen.

**Amosinternational** Was ist aber die Alternative? Und vor allem: Welche Politik

könnte einen Richtungswechsel bewerkstelligen?

**Unger** Ziel muss es sein, den realen Wirtschaftssektor wieder zu stärken. Dazu bedarf es der entsprechenden Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Es gibt genügend unbefriedigten realen Bedarf, von der Bildung bis zu materiellen Gütern. Es fehlt freilich die Kaufkraft, um entsprechend dem Bedarf nachfragen zu können, sowohl bei den Bürgern, als auch bei den öffentlichen steuerfinanzierten Institutionen. Unternehmen würden lieber ein neues Auto entwickeln (z.B.), sich um Produktion und Entwicklung kümmern, als immer nur nach der eigenen Finanzabteilung zu schielen, auf Finanzanlagen und –transaktionen. Manche Firmen aus dem klassischen produzierenden Gewerbe sind inzwischen quasi zu Finanzinstituten geworden mit angeschlossener Produktionsabteilung. Das wird als Entfremdung erlebt vom eigenen Metier. Denn Unternehmen und Arbeitnehmern geht es eigentlich um die reale Welt, in der produziert und konsumiert wird, in der das Wirtschaften dem Leben der Menschen dient. Da gibt es viele Wachstumsmöglichkeiten, die Wohlstand schaffen und vermehren können.

**Amosinternational** Aus ökologischer Sicht klingt ein Konzept, das vornehmlich auf Wachstum setzt, mit der zu erwartenden Steigerung von Energie- und Rohstoffverbrauch, mit der weiteren Schadstoffbelastung für die natürliche Umwelt, nicht besonders attraktiv.

**Unger** Selbstverständlich ist blindes Wirtschaftswachstum nicht sinnvoll. Es muss nachhaltig sein, natur- und menschenverträglich. Es geht in unseren Breiten nicht primär um Warenproduktion. Wir haben vielmehr einen unübersehbaren Bedarf, den arbeitsintensiven Dienstleistungsbereich auszubauen und zu verbessern: Gesundheitspflege, Krankenpflege, Altenpflege, Bildung, Erziehung, Forschung. Es

gibt einen großen Bedarf an menschen-nahen Dienstleistungen, die kaum Umweltressourcen verbrauchen. Selbst in der katholischen Kirche scheint es immer weniger Menschen zu geben, die Zeit für andere haben, wenn ein Pfarrer gleich drei oder fünf Gemeinden zu versorgen hat. Der künstlichen Welt von Finanzdienstleistungen müssen die Mittel entzogen werden, um sie in der realen Welt einzusetzen, in der es um die Grundbedürfnisse der Menschen geht.

**Amosinternational** Das klingt gut. Doch welche realistischen Möglichkeiten können Sie als Finanzwissenschaftlerin nennen, um für entsprechende Umschichtungen zu sorgen, ohne dass das derzeitige fragile Gefüge von Marktwirtschaft und „marktkonformer Demokratie“, wie Angela Merkel das treffend nennt, zum Schaden aller zusammenbricht?

**Unger** Die Finanzmärkte sind heute unglaublich aufgebläht. Sie umfassen etwa das fünffache Volumen des realen Wirtschaftssektors. Vernünftig und über lange Zeit üblich war ein Verhältnis von etwa ein zu eins. Der Finanzsektor bedarf daher einer drastischen Verschlankung. Das wäre möglich, knapp gesagt, einerseits über eine massive Besteuerung von Finanzmarktgewinnen und andererseits über klare gesetzliche Verbote bestimmter Finanzmarkt-



**Reine Spekulationsgeschäfte sollten verboten und Finanzmarktgewinne insgesamt massiv besteuert werden**

produkte und dazu eine entsprechend scharfe Kontrolle. Funktionierende Finanzmärkte sind unverzichtbar für eine moderne Volkswirtschaft. Das heißt aber längst nicht, dass man allen halbseidenen Produkten und Produkthändlern auf diesem Markt ihren freien Lauf lassen muss. So wie das Verbot von Glykolwein seriösen Weinhändlern nur zugute kommt, so würde das Verbot

von spekulativen Derivatgeschäften auch den seriösen Finanzmarktakteuren zugute kommen.

**Amosinternational** Was die Einkommensverteilung und die mangelnde Binnennachfrage speziell in Deutschland anbelangt, muss man da nicht auch den Gewerkschaften Vorwürfe machen wegen ihrer übertriebenen Lohnzurückhaltung in den vergangenen Jahren?

**Unger** Die Stagnation und die Reallohnverluste der vergangenen Jahre sind sicherlich ein großes Problem. Dabei hätten die Gewerkschaften zweifellos gerne höhere Löhne ausgehandelt. Dazu braucht man allerdings immer eine Gegenseite, die diese höheren Löhne zahlen kann und auch zu zahlen bereit ist. Das war aber bei vielen Tarifverhandlungen nicht der Fall, aus ganz unterschiedlichen Gründen: die Drohung, mit ganzen Unternehmen in Billiglohnländer abzuwandern, die mangelnde Tarifbindung und teilweise Auflösung der Branchentarife, der Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, der wachsende Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse außerhalb der Tarife. Hinzu kommt, dass in vielen Bereichen die Profite eben nicht nach oben geschossen sind, nur weil die Löhne niedrig gehalten wurden. Die Unternehmerrenditen leiden wie die Arbeitnehmereinkommen darunter, dass die dritte Mitspieler-Gruppe, nämlich die Finanzmarktakteure ein weit größeres Stück vom Kuchen für sich beanspruchen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Das Verteilungsproblem hat sich verschoben. Vom lautstarken Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einem eher lautlosen und im Ergebnis einseitigen Kampf zwischen dem realen Wirtschaftssektor und dem Finanzsektor.

**Amosinternational** Wie kommt es, dass die Kräfte und der Erfolg bei diesem Verteilungskampf so ungleich verteilt zu sein scheinen?

**Unger** Unternehmer, die Waren oder Dienstleistungen herstellen, sind zahlreichen Regulierungsvorschriften unterworfen, bezüglich der Produkte und



ihre Qualität, aber auch was die Herstellungs- und Bereitstellungsverfahren betrifft. Niemand darf produzieren, was und wie er will. Bei den Finanzmärkten ist das bisher anders. Daher muss dieser Sektor weit stärker reguliert werden, die Deregulierung der vergangenen zwanzig Jahre muss rückgängig gemacht werden. Ein Problem ist in diesem Bereich aber die fortgeschrittene Globalisierung. Da muss einiges auf EU-Ebene oder auch von den sog. G 20, den weltweit stärksten Wirtschaftsnationen, gemeinsam in Angriff genommen werden.

**Amosinternational** Welche Bedeutung kann dabei die von den Euro-Ländern geplante Bankenaufsicht haben?

**Unger** Nur eine begrenzte. Denn ein großer Teil des schädlichen Derivatemarktes vollzieht sich inzwischen außerhalb des Bankenbereichs. Banken lassen sich stärker regulieren. Doch was sich inzwischen rundherum aufgebaut hat an Fonds und allerlei anderen Finanzsammelstellen, das ist weit schwerer zu greifen. Zumindest sollte aber sichergestellt werden, dass bei all den Aktivitäten von Finanzjongleuren die Staatskassen konsequent abgeschottet werden gegen die Banken. Die können die Haftung für mögliche Risiken und Verluste im Verbund sehr gut selbst organisieren. Wer sich bei dieser Art spekulativer Finanzwetten verzoockt, sollte sicher sein, in keinem Fall Zugang zu öffentlichen Geldern zu erhalten.

**Amosinternational** Wird es nicht immer so sein, dass Staaten im Notfall einspringen müssen, um die bereits angesprochenen unabsehbaren Kettenreaktionen zu vermeiden?

**Unger** Um das auszuschließen, brauchen wir zunächst dringend eine Bankenunion. In einer solchen Union zahlen die Banken in entsprechend großem Umfang in einen Sicherungsfonds ein, um im Notfall für eine einzelne gefährdete Bank einspringen zu können. Diese Art der gegenseitigen Ver-

sicherung hat unweigerlich den Nebeneffekt, dass die Einzahler in den gemeinsamen Sicherungstopf sich gegenseitig entsprechend kontrollieren und disziplinieren, um nicht für ein



**Wir brauchen dringend eine Bankenunion, die die gegenseitige Absicherung organisiert ohne Rückgriffsmöglichkeiten auf staatliche Gelder**

allzu risikofreudiges einzelnes Institut einspringen zu müssen. Das wäre ein großer Schritt hin zu dem Ziel, den Finanzmarkt weitgehend von öffentlichen Geldern abzukoppeln. Dort, wo diese Abkoppelung nicht möglich ist, sollte eine stärkere Regulierung greifen. So könnte man z. B. gesetzlich festlegen, wer überhaupt Staatsanleihen halten oder mit ihnen handeln darf. Die Europäische Zentralbank könnte dabei eine wichtige Rolle spielen, um zu garantieren, dass diese Papiere nicht in Spekulationshände geraten.

**Amosinternational** Die Spekulationsgeschäfte mit der Zahlungsunfähigkeit einzelner Länder beruhen doch offenbar darauf, dass die Staaten und ihre Kreditwürdigkeit immer wieder neu bewertet werden durch Finanzmarktakteure, die anschließend ihre Geschäfte machen mit den auf und ab gehenden Zinssätzen für Staatsanleihen. Was lässt sich dagegen tun?

**Unger** Ein Lösungsansatz sind die so heftig umstrittenen Eurobonds. Es geht darum, dass es nur eine Staatsanleihe in Europa gibt, mit einem Zinssatz, der bei der Erstaussgabe einheitlich festgesetzt wird. Auf Dauer würde sich der Zinssatz dann selbstverständlich entsprechend der Marktlage ändern. Für Länder wie Deutschland und die Niederlande, die zurzeit maßlos bevorzugt sind, würde das bedeuten, dass sie etwas höhere Zinsen auf Staatsanleihen zu zahlen hätten. Im Augenblick gibt es teilweise ja sogar einen Negativ-Zins, es wird also noch dafür bezahlt, diese

Staatsanleihen kaufen zu dürfen. Für die jetzigen Krisenländer, denen zurzeit exorbitante Zinsen von bis zu 30% abverlangt werden, brächte der einheitliche Zinssatz eine ganz entscheidende Erleichterung. Unter den jetzigen Zinsbedingungen ist es für diese Länder jedenfalls völlig ausgeschlossen, aus der Schuldenfalle herauszukommen, ganz gleich wie sparsam sie sind. Auch wenn Griechenland noch so sehr sparen würde, wenn es keine Korruption, keine Steuerflucht gäbe, das Land hätte trotzdem keine Chance.

**Amosinternational** Warum gibt es dann so starke Widerstände gegen Eurobonds? Solange sie lebe, werde es keine Eurobonds als gemeinsame Haftung aller Euroländer geben, soll die Bundeskanzlerin gesagt haben. Was ist so bedrohlich an Eurobonds?

**Unger** Das ist die Angst der starken Geberländer, vor allem der Niederlande und Deutschlands, denen lukrative Gewinne entgehen würden, wenn sie das Geld, das sie z. B. Griechenland oder Spanien borgen, nicht mehr zu so unwahrscheinlich günstigen Bedingungen aufnehmen könnten, um es anschließend teuer an andere herzuborgen. Die Finanzmarktakteure, die an den Krisenländern so enorm verdienen sind ja in den Niederlanden und in Deutschland sehr stark vertreten. Da geht es um riesige Profite.

**Amosinternational** Das hört sich doch sehr danach an, als wollten Sie die Krisenländer von jeder Verantwortung für ihre Lage freisprechen, als hätte es deren überhöhten Staatshaushalte nicht bereits vor der Krise gegeben, als seien Korruption, Steuergeschenke und Steuerhinterziehung keine realen Probleme.

**Unger** Der Süden Europas wirtschaftet anders als der Norden. Es gibt im Süden noch Aufholbedarf, was die Ausbildung von Institutionen und regelgerechtem Verhalten anbelangt. Andererseits sollte man bedenken, dass manches was in unseren Ländern, in Brüssel oder den USA Lobbying ge-

nannt wird, häufig nicht weit entfernt ist von dem, was wir bezogen auf die südlichen Länder gerne Korruption nennen. Es ist ungerecht, mit dem Finger auf Länder zu zeigen, die offenbar einen Nachholbedarf haben und die zurzeit durch die hohen Zinsen einerseits und den auferlegten Sparzwang andererseits regelrecht in die Zange genommen sind. Das alles führt nicht zu einem akzeptablen Ergebnis. Griechenland braucht Zeit, sich zu entwickeln und nicht den Entzug aller Mittel, mit denen diese Entwicklung voran gebracht werden könnte.

**Amosinternational** Die Lage scheint sich aber, nicht nur für Griechenland, eher weiter zuzuspitzen. Kommt in dieser Situation nicht auch die Möglichkeit eines totalen Schuldenschnitts in Betracht? Was wären die voraussichtlichen Folgen?

**Unger** Bei einem Schuldenschnitt sind viele rechtliche Fragen mit zu bedenken. Ein völliger Schuldenschnitt würde auf jeden Fall die Zahlungsunfähigkeitsversicherungen auf den Plan rufen, weil sie verpflichtet wären, zu zahlen. Die Frage ist zudem, wer in diesem Fall die wichtigsten Gläubiger sind, die leer ausgehen würden. Dazu zählen neben verschiedenen Banken auch wieder die starken Euro-Länder. Da ist kaum zu erwarten, dass ein kollektiver Verzicht auf Seiten der Gläubiger zusammen kommt.

**Amosinternational** Nochmals zurück zur Funktionsweise der Finanzmärkte. Ihre Unberechenbarkeit könne durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gebändigt werden, heißt es immer wieder. Ein Erfolg versprechender Vorschlag? Oder würde das eine auf bewegliche Finanzmittel angewiesene moderne Volkswirtschaft eher lähmen?

**Unger** Ich halte es für eine hervorragende Idee, die von James Tobin bereits vor Jahrzehnten vorgeschlagene Steuer endlich einzuführen. Die zu erwartenden positiven Effekte sind

auch kaum noch strittig. Ich bin daher überrascht, welche Schwierigkeiten es macht, diese Idee umzusetzen. Es ist keine revolutionäre Sache, es geht lediglich darum, Spekulationsgeschäfte zu verteuern und so, wie Tobin sagt, etwas Sand ins Getriebe zu streuen, das Tempo zu verlangsamen. Für Unternehmen, die auf Kredite angewiesen sind, ist das völlig problemlos. Sie brauchen meiner Meinung nach die Wendigkeit der Finanzmärkte überhaupt nicht. Die Unternehmen der Realwirtschaft brauchen das Hedging, d.h. die Absicherung eines mit Risiken verbundenen Geschäfts durch ein „Gegengeschäft“. Alle anderen oft sehr komplexen und kaum durchschaubaren Finanzkonstruktionen braucht ein Unternehmen nicht. Für die Realwirtschaft ist der gesamte aufgeblähte Finanzdienstleistungsapparat eine Belas-



Die positiven Effekte einer Steuer auf alle Finanztransaktionen sind weitgehend unstrittig, Deutschland sollte voran gehen

tung. Dem entsprechend sollten Banken gezwungen werden, sich wieder auf ihre Kernfunktionen zu konzentrieren anstatt zu spekulieren. Da hätte die Transaktionssteuer nur positive Auswirkungen.

**Amosinternational** Scheitert die Finanztransaktionssteuer nicht vor allem daran, das zu wenige Länder mitmachen wollen? Finanztransaktionen würden doch vermutlich in die steuerfreien Länder abwandern?

**Unger** England hat signalisiert, dass es nicht mitmachen möchte. Die Niederlande zieren sich ebenfalls. Wenn aber schon mal Deutschland vorprescht und zunächst einige kleinere Länder wie Österreich mitmachen, wäre das ein erster Schritt, dem andere vermutlich bald folgen würden. Es muss nicht die ganze Welt mitmachen, um die Finanztransaktionssteuer wirksam werden zu

lassen. Bei einem Steuersatz von nur 0,5% würden auf der Einnahmeseite beträchtliche Summen zusammenkommen, die z.B. in den Bildungsbereich investiert werden könnten. Wichtiger aber noch wäre der Effekt, dass sehr viele kurzfristige Verschiebungen großer Geldmengen unterbleiben könnten, da der erwartete Gewinn oft geringer ist als die dann gegebene Steuerbelastung.

**Amosinternational** Kürzlich haben rund 200 Wirtschaftswissenschaftler, Hans Werner Sinn an der Spitze, ihre ganze Autorität eingebracht und umgekehrt auch ihr Renommee aufs Spiel gesetzt, um den für Deutschland sehr teuren Rettungsschirm ESM zu verhindern. Was steckt dahinter? Was ist der Unterschied zu Ihrer Kritik am bloßen Löcherstopfen?

**Unger** Dieser massive Vorstoß hat mich überrascht. Er zeigt, dass die meisten Ökonomen nicht gerne teilen wollen. Umverteilung wird als etwas Bedrohliches angesehen. Man orientiert sich ausschließlich an der Wettbewerbsfähigkeit und übersieht häufig, das Wettbewerb immer so konstruiert ist, dass es einen Sieger nur geben kann, weil auf der anderen Seite jemand im gleichen Maß verliert. Die Gruppe um Hans Werner Sinn orientiert sich kurzfristig und kurzfristig am vermeintlichen Vorteil für die deutsche Volkswirtschaft. Dabei übersehen sie anscheinend, das dieser Vorteil schnell weg brechen kann, wenn der Süden verarmt und seine Kaufkraft verliert, nicht zuletzt gegenüber dem Exportweltmeister Deutschland. Wenn im Wettbewerb immer nur einer gewinnt, ist das Spiel schnell zu Ende.

**Amosinternational** Sicherlich ist das nicht das Ziel der Expertengruppe. Sie wollen ausdrücklich eine stärkere Eigenverantwortung Griechenlands und der übrigen Krisenländer. Diese sollen aus sich heraus wettbewerbsfähiger werden.

**Unger** Das geht aber sicher nicht über massive Lohnkürzungen und eine Ver-



schärfung der sozialen Misere. Es ist zum Fürchten, wenn man sich das Land, die Verarmung der Menschen heute ansieht. Da ist es zynisch zu sagen: Ihr müsst wettbewerbsfähiger werden.

**Amosinternational** Die andere Befürchtung bezieht sich auf die wachsende Staatsverschuldung, auch der Geberländer. Wir leben auf Kosten unserer Kinder und Enkel, die die Schulden zurückzahlen müssen, heißt es häufig. Sehen Sie das auch so? Wo liegt die Grenze einer noch vertretbaren Verschuldung?

**Unger** Das hat etwas Geheimnisvolles und Bedrohliches, die Schuldenuhr ticken zu lassen, mit exakten Angaben für jede Sekunde, jeden Bürger, vom Neugeborenen bis zum Greis. Das ist ähnlich wie mit der unaufhörlich tickenden Sterblichkeitsuhr: Wie viele Kinder sterben in jeder Minute in der Dritten Welt? Diese tickende Schuldenuhr beeindruckt mich nicht sehr. Jede Grenzsetzung ist willkürlich oder an ganz bestimmte Rahmenbedingungen gebunden. In den ursprünglichen Maastricht-Kriterien war festgelegt, dass die Staatsschulden insgesamt

 Entscheidend ist nicht die Höhe der Staatsschulden, sondern die Höhe der Zinszahlungen, die dem jeweiligen Land abverlangt werden

60% des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten dürfen. Diese Zahl ist ein historischer Zufall. Im Durchschnitt lag die Verschuldung der am Euro interessierten Länder damals bei dieser Marke. Heute käme man wohl eher auf 85%. Diese Zahl hat für sich genommen keine Bedeutung. Entscheidend ist, dass die Zinszahlungen auf die Staatsschuld nicht höher sind als die Wachstumsrate des BIP. Andernfalls steigt der Anteil des BIP, der für die Staatsschulden aufgewendet werden muss automatisch an. Das hängt

aber nicht in erster Linie von der Höhe der Staatsschulden ab, sondern von der Höhe der Zinsen. Deutschland steht heute nicht so gut da wegen einer besonders niedrigen Staatsschuld, sondern wegen relativ hoher Wachstumsraten und einem sehr niedrigen Zinssatz. Bei Griechenland oder Spanien ist es umgekehrt.

**Amosinternational** Allerdings kann niemand garantieren, dass das so bleibt.

**Unger** Das ist richtig. Da hat es immer ein auf und ab gegeben. Zurzeit ist aber das Zurückzahlen von Staatsschulden nicht das vorrangige Problem in Europa. Vorrangige Herausforderungen bestehen darin, Arbeitslosigkeit, vor allem Jugendarbeitslosigkeit zu verringern, den Bildungssektor wieder auf die Höhe der Zeit zu bringen. Die Jugend braucht Zukunftsperspektiven, Jobs, eine gute Ausbildung. Wie hoch die Staatsschulden sind, die sie in die nächste und übernächste Generation weiter tragen, ist zweitrangig.

**Amosinternational** Was halten Sie denn von dem Vorschlag, einen Teil der Schuldenlast abzutragen durch eine Zwangsanleihe bei den Reichen, wie es das DIW vorgeschlagen hat?

**Unger** Ich unterstütze das. Besser noch wäre eine entsprechende nicht rückzahlbare Besteuerung derer, die durch ihre Spekulationsgewinne die Krise erst verursacht haben. Das ist an sich ein Grundprinzip der Marktwirtschaft: Die Verursacher eines Schadens müssen, wo immer das möglich ist, in vollem Umfang zur Kasse gebeten werden. Ein wichtiger Nebeneffekt dabei: Der Finanzsektor würde dadurch massiv belastet und letztlich gezwungen, zu schrumpfen.

**Amosinternational** Es gibt offenbar ein beträchtliches Demokratiedefizit bei allen Entscheidungen zu Rettungsschirmen und Fiskalpakt. Wie muss man das bewerten, wenn in kleinen Zirkeln europäischer Spitzenpolitiker und Finanzexperten entschei-

den wird, statt in den Parlamenten oder in demokratisch gewählten Gremien?

**Unger** Es geht nicht nur um sachlich neutrale Entscheidungen, sondern um erstaunliche Absprachen zur gegenseitigen Bereicherung unter dem Deckmantel der Expertise. Über den Rettungsfonds, darüber, ob Staatsanleihen zu kaufen oder zu halten sind, über die Vergabe von Geldern an die griechischen Banken, all das entscheidet die Europäische Zentralbank (EZB). Das Max-Planck-Institut spricht bereits von einer Postdemokratie, in der Expertengruppen das Sagen haben. Unreflektiert stehen dabei ganz bestimmte Interessen im Vordergrund, weil die Entscheidungsgremien nicht ausgewogen besetzt sind. Mein Vorschlag: Bei

 In den entscheidenden Gremien fehlt die Beteiligung der gesellschaftlich wichtigen Gruppen, auch Frauen sind völlig unterrepräsentiert

Entscheidungen der EZB sollten Vertreter aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppen beteiligt sein. Dort wird über diese unvorstellbar hohen Milliardenbeträge entschieden und es ist z. B. keine einzige Frau beteiligt. Dabei fordern europäische Richtlinien eine Frauenquote von 50% in den Unternehmen und Gremien. Die Fotos von der EZB-Führung zeigen eine Riege von Männern, die alle einer einzigen gesellschaftlichen Schicht anzugehören scheinen. Das hat nichts mehr mit Demokratie zu tun.

**Amosinternational** Gehört zum Demokratiedefizit nicht auch der Umstand, das mit dem Fiskalpakt in die Empfängerländer hinein regiert wird in Sachen Staatshaushalt, Sozialausgaben usw.?

**Unger** Dass sich die Europäische Union so massiv einmischt in die nationalstaatlichen Bereiche, war ursprünglich nicht beabsichtigt. Die Haushaltsauto-

nomie und die Steuerautonomie sollten bei den Ländern verbleiben. Insofern ist es schon beängstigend zu sehen, wie Eingriffe in alle politischen Bereiche der Länder voran schreiten. Auch der europäische Gerichtshof beschneidet mit seinen Urteilen zunehmend die nationale Autonomie. Leider dienen diese Eingriffe in der Regel einem rückschrittlichen Wirtschaftsliberalismus, dem es vor allem auf die Wettbewerbsfreiheit und Niederlassungsfreiheit ankommt, weniger auf Sozial- und Tarifstandards, wie wir sie z.B. in Deutschland in den Vergabe-Richtlinien einzelner Bundesländer verankert haben. Unter dem Vorwand der „Freiheit“ wird da massiv eingegriffen in deutsches Recht.

**Amosinternational** Freiheit des Marktes oder staatliches Eingreifen: Wo liegt das Hauptverschulden für die derzeitige Finanzkrise? Handelt es sich eher um Marktversagen oder ein Staatsversagen?

**Unger** Kein Markt kann ohne staatliche Rahmenbedingungen existieren. Einen Markt an sich gibt es nicht. Kein Ökonom kann, mit welcher mathematischen Anstrengung auch immer, die Existenz eines Marktes nachweisen. Es gibt weder die Allmächtigkeit noch die unsichtbare Hand des Marktes. Erst die Definition von Marktregeln, die Abgrenzung von dem, was nicht zum Markt gehört, schaffen Konturen, die es überhaupt erlauben, von einem Markt zu sprechen. Auch den Finanzmarkt gibt es nicht unabhängig von seinen selbst geschaffenen Gepflogenheiten und von seinen Akteuren, von den politisch gesetzten Rahmenbedingungen. Und genau da gibt es Defizite. Wir brauchen keine marktkonforme Demokratie, sondern demokratisch zu entscheidende Regel- und Grenzsetzungen für den Markt.

**Amosinternational** Falls es nun, was zu erwarten ist, die von Ihnen angemahnte Umverteilung von den Finanzmarktprofiten hin zur Bevölkerung und zu den Unter-

**KURZBIOGRAPHIE**

**Dr. Brigitte Unger (\*1955 in Österreich)**, Universitätsprofessorin für Finanzwissenschaften an der Utrecht University School of Economics in den Niederlanden sowie Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans Böckler Stiftung. Sie hat zunächst Musik und dann Volkswirtschaftslehre in Wien studiert, war Fulbright und Joseph Schumpeter Stipendiatin an der Harvard Universität sowie Maria Schaumayer Stipendiatin an der Stanford Universität. Weitere Forschungsaufenthalte verbrachte sie in Berkeley, an der Europauniversität Florenz und am niederländischen Institute for the Advanced Social Sciences NIAS in Wassenaar. Ihre Schwerpunkte sind interdisziplinäres Forschen in den Bereichen Makroökonomie, Staatsschulden, Sozialpartnerschaft, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik, Steuerhinterziehung und Geldwäsche. Sie ist Beraterin niederländischer Ministerien, der UNO und Mitglied von Arbeitsgruppen und Task Force Gruppen in der EU und bei EUROSTAT.

Auswahl aktueller Veröffentlichungen: B. Unger/J. Den Hartog (2012): Water always finds its way: Identifying new forms of money laundering (pdf) in: Crime, Law, and Social Change, Vol. 57(1), 2012; B. Unger/J. Ferwerda (2011): Money Laundering in the Real Estate Sector: Suspicious Properties, Edward Elgar, Cheltenham UK; J. Koetsier/B. Unger (2011): De grens van de Nederlandse staatschuld (pdf). Economische Statistische Berichten 96, 21 Januar 2011, Niederlande (Die Grenzen der niederländischen Staatsschuld); H. Gnutzmann/K. J. McCarthy/B. Unger (2010): Dancing with the devil: Country size and the incentive to tolerate money laundering (pdf), International Review of Law and Economics, 30, pp. 244–252; B. Unger (2010): Wer ist schuld an der Finanzkrise? (pdf) Kurswechsel, Heft 1/2010. Weitere Publikationen und Links zu den Pdf-Dateien unter: [http://www.boeckler.de/5867\\_6228.htm](http://www.boeckler.de/5867_6228.htm).

nehmen in absehbarer Zukunft nicht gibt, falls es keine Eurobonds geben wird, falls es nicht zu einer untereinander haftenden Bankenunion kommt, was wird dann passieren? Was ist ihre Prognose?

**Unger** Der Druck in der Bevölkerung wird steigen. Entweder wird die Vernunft der guten ökonomischen Vorschläge sich durchsetzen, oder es drohen Unruhen in Europa und wirklich gefährliche Entwicklungen. Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus wachsen ohnehin bereits. Wenn der Druck auf die Bevölkerung einiger Länder immer weiter erhöht wird zugunsten einer kleinen Finanzelite, kann das auf Dauer nicht gut gehen. Die Französische Revolution ist deshalb ausgebrochen, weil der Druck in der Bevölkerung irgendwann so groß war, dass sie sich gewehrt hat. Wenn man die Ungleichheit noch weiter anwachsen lässt und die demokratische Legitimation der entscheidenden Gremien täg-

lich schwächer wird, dann kommt irgendwann der Bruch. Noch beschränkt die Politik sich darauf, zu flicken und zu stopfen. Doch die krisenhafte Entwicklung scheint immer dramatischer zu werden. Da hilft nur das Herumreißen des Ruders, ein Systemwechsel, wie ich ihn angedeutet habe.

**Amosinternational** Das ist freilich schon deshalb nicht so bald zu erwarten, weil in den starken Euroländern wie in Deutschland und den Niederlanden noch wenig von einer Krise zu spüren ist. Oder gehen Sie davon aus, dass die mit dem Rettungsfonds ESM verbundenen Belastungen auch in den Geberländern bald unübersehbar sein werden?

**Unger** Ich bin sicher, dass es auch in Deutschland weitere Kürzungen im sozialen Bereich geben wird, und dass auch die Arbeitslosigkeit in Deutschland wieder steigen wird. Nach dem vorübergehenden Boom der Autoin-

dustrie und der Zeit großer Exportüberschüsse wird es auch in Deutschland wieder krisenartige Entwicklungen geben. Die Rückkoppelungen aus den Krisenländern können ja nicht ausbleiben. Zu hoffen, dass man ewig im Überfluss lebt, während es allen anderen rundherum immer schlechter geht, ist naiv. Das lässt sich systemisch nicht lange aufrechterhalten. Noch hoffe ich auf einen Politikwechsel in Europa, auf



Man kann auf Dauer nicht im Wohlstand leben, wenn es allen rundherum schlechter geht

massive Umbau- und Umverteilungsmaßnahmen. Wenn wir weiter aufbauen und verkaufen wollen, brauchen wir starke und kaufkräftige Nachbarn. Und wir brauchen Umverteilung im eige-

nen Land, eine gehörige Finanzausstattung der lohnabhängigen Bevölkerung, damit ein Nachfrageschub entstehen kann, der den vorhandenen Bedürfnissen entspricht. Nur das führt dazu, dass es sich lohnt, wieder in Unternehmen zur Herstellung realer Güter und Dienstleistungen zu investieren.

*Das Gespräch führte Richard Geisen*

## Buchbesprechungen

### Klimaethik

Gesang, Bernward: *Klimaethik*, Berlin: Suhrkamp, 2011, 234 S., ISBN 978-3518-2959-84.

Mit *Klimaethik* legt Bernward Gesang eine Studie vor, die den aktuellen Stand der naturwissenschaftlichen, politischen und ethischen Debatten um den Klimawandel und die Bewältigung seiner Folgen verständlich und differenziert resümiert und zugleich Vorschläge liefert, die die Diskussionen weiter anregen können.

Im 1. Kapitel gibt Gesang einen Überblick über „Fakten und Bewertungen“ zum Klimawandel, der mit persönlichen Einschätzungen, die auch ausdrücklich als solche gekennzeichnet sind, abgerundet wird. Insbesondere die so genannten „Klimaskeptiker“ kommen ausführlich zu Wort, um dann grundlegend widerlegt zu werden. Dabei deutet Gesang auch an, dass die ideologiekritische Frage gestellt werden müsse, „ob diese skeptischen Diskussionsbeiträge nicht absichtsvoll von gesellschaftlichen Gruppen lanciert werden, die ihre Profitinteressen schützen wollen“ (18). Den für die ethische Refle-



xion bedeutendsten Aspekt sieht Gesang in „Worst-Case-Szenarien“ (Kap. 1.7), die „positive Feedback-Schleifen“ im Klimageschehen in ihre Modellbildung integrieren. Bei einer Erwärmung über zwei Grad hinaus würden so genannte Kippunkte überschritten (z.B. Freisetzung großer Methanmengen beim Auftauen

der Permafrostböden), was in einer sich selbst verstärkenden Eigendynamik zu einem Temperaturanstieg von über sechs Grad führen könnte. Daher sei die Einhaltung der Zwei-Grad-Grenze ein ganz wichtiges Ziel, faktisch jedoch sehr unwahrscheinlich. Davon müsse die ethische Überlegung ausgehen.

Im Folgenden präsentiert Gesang den „State of the Art“ der Klimaethik“ (Kap. 2), in deren Mittelpunkt bislang die Klimagerechtigkeit stehe (47). Dies sei, wie er im 3. Kapitel, „Gerechtigkeit auf dem Prüfstand“, ausführt, nicht zielführend.

Stattdessen spricht sich Gesang für eine utilitaristische Argumentationsweise aus. Knapp und verständlich erläutert er zu Beginn des 3. Kapitels die Grundlagen und führt sie im 4. Kapitel mit Blick auf das Klimaproblem detailliert aus. Das 2. und 3. Kapitel bieten einen lesenswerten systematischen Überblick über ethische Argumentationsmuster und Interpretationen von Gerechtigkeit. Diese sind zwar auf das Thema des Klimawandels bezogen, stellen aber letztlich eine allgemei-



ne Methodenreflexion dar. Gesang unterscheidet und diskutiert insbesondere das Gleichheits-, das Schwellenwert- und das Vorrangsprinzip als Interpretationen von Klimagerechtigkeit im Sinne einer „Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Generationen“ (47). Diese drei grundlegenden ethischen Ausdeutungen von Gerechtigkeit ergänzt er um weitere ethisch-politische Konzepte, die spezifisch auf das Klimaproblem bezogen sind: die „wirtschaftliche Fähigkeiten der Staaten“, „das Recht auf Subsistenzemissionen“, „Verursacherprinzip und Nutznießerprinzip“, „das Gleiche-pro-Kopf-Rechte-Prinzip“ sowie „das Grandfathering-Prinzip“. Damit fasst Gesang die wichtigsten Argumente im Klimadiskurs systematisch zusammen und arbeitet ihre positiven Anknüpfungspunkte heraus. Gleichwohl überwiegt die Kritik. Grundsätzlich sei aus der von Gesang favorisierten utilitaristischen Sicht ein intrinsischer Wert von Gerechtigkeit abzulehnen. Gerechtigkeit sei vielmehr ein extrinsischer Wert, dessen Relevanz aus dem Nutzenprinzip hergeleitet werden müsse (133).

Darüber hinaus formuliert er weitere Einwände gegen die genannten Konzepte, die allerdings nicht immer überzeugen oder die an der Fragestellung vorbeigehen. Insbesondere in seiner Kritik am Egalitarismus bringt Gesang als Beispiele einzelne Handlungen von Individuen und unterläuft damit die strukturethische Dimension der Klimaethik.

Ein wichtiges Ergebnis für Gesangs weitere Diskussion ist die sich in den utilitaristischen Gesamtduktus gut einfügende Feststellung, dass es „keine unverrechenbaren Rechte für zukünftige Generationen“ (86–90) gebe. Alle Abwägungen seien vielmehr an der Nutzen- oder Wohlfahrtsfunktion für die Betroffenen auszurichten. Dabei gelte als Grundsatz, dass die Zukunft einen gleichen Wert wie die Gegenwart besitze. Denn zeitliche Distanz sei moralisch nicht anders zu bewerten als räumliche. Daher dürfe im Unterschied zu einer in den Wirtschaftswissenschaften üblichen Praxis ein zukünftiger Nutzen nicht diskon-

tiert werden. Darüber hinaus widerlegt Gesang verschiedene skeptische Einwände, die zu zeigen versuchen, dass engagierte Klimaschutzmaßnahmen der westlichen Länder nicht notwendig oder nicht gefordert seien. Dazu zählen in gleicher Weise Plädoyers für großtechnische Lösungen (im Englischen geo-engineering), Annahmen der Überforderung der reichen Nationen oder, für konsequenzialistische Ansätze eine besondere Herausforderung, der Verweis auf die Ungewissheit des Klimawandels.

Im konstruktiven politischen Teil der Studie (Kap. 4.4 und Kap. 5) erläutert Gesang die drei seines Erachtens wichtigsten politischen Maßnahmen, die nötig seien, um einen gefährlichen Klimawandel zu verhindern. Er diskutiert verschiedene Umsetzungsstrategien und weist Einwände zurück.

- Unbedingt erforderlich sei erstens ein globaler, lückenloser Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten. Als besonders vorzüglich beurteilt er das Modell eines „gewichteten Mikrozertifikatehandels“. Ansatzpunkt sei der einzelne Bürger (daher das Beiwort „mikro“), dem eine weltweit gleiche Zertifikatmenge zugeteilt werde, die er entweder nutzen oder an einer Börse selbst verkaufen könne. Auf diese Weise entfalle die Verteilung der Gelder über staatliche Organisationen, und damit werde die Gefahr von Bereicherung, Korruption und Misswirtschaft weitgehend ausgeschlossen. „Gewichtet“ heißt dieses Modell, weil Menschen aus Entwicklungs- und Schwellenländern die doppelte Zertifikatmenge zugeteilt bekommen sollten, was sich, wie Gesang zeigt, auf der Basis ganz unterschiedlicher ethischer und pragmatischer Ansätze begründen lässt. Utilitaristisch betrachtet zeige sich bei diesem Konzept der besondere Vorzug, dass Klimaschutz und Entwicklung für die Ärmere eine produktive Einheit bildeten, was ohnehin die Voraussetzung für eine realistische und wirksame Klimaschutzpolitik sei.

- Zweitens sei zusätzlich eine aktive Klimapolitik erforderlich. Damit widerspricht Gesang ausdrücklich und ausführlich der These des „grünen Paradoxons“ des Ökonomen H.-W. Sinn (und anderen ähnlichen Positionen), wobei der methodische Hauptunterschied in der Ablehnung einer rein ökonomischen Sichtweise als reduktionistisch liegt.
- Drittens spricht sich Gesang für eine Bevölkerungspolitik aus. Ein globaler Rückgang der Bevölkerung sei nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, sondern wirke sich auch hinsichtlich anderer ökologischer und sozialer Probleme positiv aus. Die Maßnahmen sollten freilich freiwillig und anreizbasiert ausfallen. Dabei präsentiert Gesang eine kreative, auch auf den zweiten Blick eher unrealistisch wirkende Strategie: „Win-Win-Partnerschaften“ zwischen je einem reichen und armen Land. Durch intensiven kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Austausch und enge politische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten könnten die durch den demographischen Wandel in zahlreichen westlichen Ländern entstehenden Probleme und die Entwicklungsdefizite der Schwellen- bzw. Entwicklungsländer zugleich bewältigt werden könnten.

Wer Gesangs Studie zur Klimaethik liest, erhält

- erstens einen guten Überblick über den aktuellen Stand der Klima(folgen)forschung und die entsprechenden politischen und ökonomischen Debatten,
- zweitens eine Zusammenschau der gängigen ethischen Argumente pro Klimaschutz,
- drittens eine ethische Grundlagenreflexion über Geltung und Reichweite dieser Positionen und
- viertens wird deutlich, dass sich ein anspruchsvoller Klimaschutz auf der Basis unterschiedlicher ethischer Theorien begründen lässt.

*Jochen Ostheimer, München*

## Friedensethik

*Stümke, Volker/Gillner, Matthias (Hrsg.): Friedensethik im 20. Jahrhundert (Theologie und Frieden Bd. 42), Stuttgart: Kohlhammer 2011, 279 S., ISBN 978-3-17-021837-6.*

Im Frühjahr 2010 wurde an der Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg ein „Internationales Forum Berufsethik für militärische Führungskräfte“ eingerichtet, das nicht nur der ethischen Bildung von Offizieren im Stabs- oder Generalstabsdienst dienen soll, sondern auch der Begegnung zwischen Wissenschaftlern und Soldaten. Mit einem dreitägigen Symposium zur „Friedensethik im 20. Jahrhundert“ trat das „Ethikforum“ erstmals an die Öffentlichkeit. Der vorliegende Sammelband – herausgegeben von Volker Stümke (Dozent für evangelische Sozialethik an der Führungsakademie der Bundeswehr) und Matthias Gillner (wissenschaftlicher Direktor für katholische Theologie an der Führungsakademie der Bundeswehr) – ist das Ergebnis dieses Symposiums und vereinigt die dort gehaltenen Vorträge. Der Tagungsband umfasst insgesamt 16 Beiträge von evangelischen bzw. katholischen Theologinnen und Theologen sowie Angehörigen der Streitkräfte und gliedert sich in drei große Kapitel.

Zunächst werden – unter der Kapitelüberschrift „Historische Impulse“ – im ersten Teil die theologischen und kirchlichen Positionen zur Friedensethik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nachgezeichnet. Johannes von Lüpke stellt die Friedensethik Dietrich Bonhoeffers (1906–1945) vor. Der Beitrag von Dirk Ackermann widmet sich dem Streit um die deutsche Wiederbewaffnung nach 1949 und fragt vor dem Hintergrund der innerkirchlich geführten Debatte der späten 1940er und der 1950er Jahre nach den Impulsen für eine christliche Friedensethik im 20. Jahrhundert. Bereits in der Frühphase des friedensethischen Diskurses in der EKD werden Prinzipien thematisiert, die dann später unter dem „Leitbild vom Gerechten Frieden und ei-



ner Ethik rechtserhaltender Gewalt reflektiert und ausgeführt werden“ (S. 46). Volker Stümke stellt die Kontroverse um die Atombewaffnung im deutschen Protestantismus anhand der zentralen Positionen vor und legt dar, welche Impulse in der Atomdebatte für die gegenwärtige Friedensethik enthalten sind. Der Streit um den NATO-Doppelbeschluss wird mit Hilfe von drei Voten bzw. Erfahrungsberichten zur Sprache gebracht (Robert Bergmann, Angelika Dörfler-Dierken, Ludwig Jacob). Hans Langendörfer beschließt den historischen Teil, indem er die Entwicklungen in der christlichen Friedensethik nach dem Ende des Kalten Krieges anhand katholischer und evangelischer Positionen beschreibt.

Der zweite Teil beinhaltet neuere Anregungen zur friedensethischen Diskussion. Axel Bohmeyer stellt das Konzept des lateinamerikanischen Philosophen, Historikers und Theologen Enrique Dussel vor, der den diskursethischen Ansatz kritisiert und in seiner „Philosophie bzw. Ethik der Befreiung“ eine Position entwickelt, bei der der Begriff der „Anerkennung“ (unter Zuhilfenahme von Axel Honneths Typologie) eine zentrale Rolle einnimmt. Die Anerkennungstheorie wird dann am Beispiel des Kampfes

„um die Anerkennung bzw. Ausweitung der Rechte der indigenen Bevölkerung Mexikos und deren Anrecht auf eine autonome Selbstverwaltung“ (S. 127) konkretisiert. Vor diesem Hintergrund lassen sich friedensethische Impulse benennen, etwa die ethische Rechtfertigung humanitärer Interventionen. Michael Haspel plädiert für eine Weiterentwicklung der Friedensethik als „Ethik des Politischen“, „die eine Rechtsethik gerade ein- und nicht ausschließt, aber über sie hinausgeht“ (S. 148/149). Der theologisch-ethische Ansatz des US-amerikanischen Friedensethikers Stanley Hauerwas wird von Martin Leiner detailliert vorgestellt. Hauerwas hat eine theologische Argumentation für die Legitimität des Pazifismus entwickelt und mit seinem Buch „The Peaceable Kingdom“ eine grundlegende Einführung in die christliche Ethik zu konzipieren versucht. Veronika Bock setzt sich in ihrem Beitrag mit dem von Hans Küng entwickelten „Projekt Weltethos“ vor allem kritisch auseinander.

Der letzte Teil des Sammelbandes widmet sich aktuellen Debatten. Zunächst stellt Matthias Gillner die Kritik von Jürgen Habermas an Michael Walzers Revitalisierung der „Lehre vom gerechten Krieg“ vor. Dabei kommen u. a. die Beurteilungen des Kosovo-Krieges, des Krieges gegen den Terror in Afghanistan und des Irak-Krieges aus den jeweils unterschiedlichen philosophischen Positionen zur Sprache. Habermas bietet mit seinem Konzept der „Konstitutionalisierung des Völkerrechts“ eine „vernünftige Alternative“ zu Walzers „Remoralisierung der internationalen Politik auf Kosten bestehender Restriktionen des Völkerrechts“ (S. 214). Dieter Baumann stellt die Grundzüge seines vielbeachteten Konzepts einer „Integrativen Militäretik“ vor. Militäretik wird verstanden als die kritische Reflexion über (1) das richtige/gute Handeln von Soldatinnen und Soldaten, (2) das friedensfördernde Verhältnis zwischen Armeen, Staaten und der internationalen Gemeinschaft sowie (3) das Selbstverständnis einer Armee mit ihrer



jeweiligen militärischen Kultur. Hartwig von Schubert beschreibt in seinem Beitrag eine Welt nuklearer Ordnung als Aufgabe politischer Ethik. Zwei persönliche Erfahrungsberichte zur Ethik des Offiziersberufs (Hannes Wendroth, Martin Lammert) schließen den Band ab.

Vor dem Hintergrund des veränderten Aufgabenprofils der deutschen Streitkräfte ist eine Thematisierung und Berücksichtigung fundamentaler friedens-

sethischer Positionen hilfreich, die sowohl vergangene Diskussionen als auch gegenwärtige Herausforderungen in den Blick nehmen. Dieses Grundanliegen erfüllt der Sammelband mit seinen instruktiven Beiträgen vortrefflich. Dabei wird verdeutlicht, dass die Reflexion über militärische Einsätze immer an eine übergeordnete Friedensethik rückgebunden sein sollte. Gerade von einer christlichen Friedensethik, die den „Soldaten als Diener

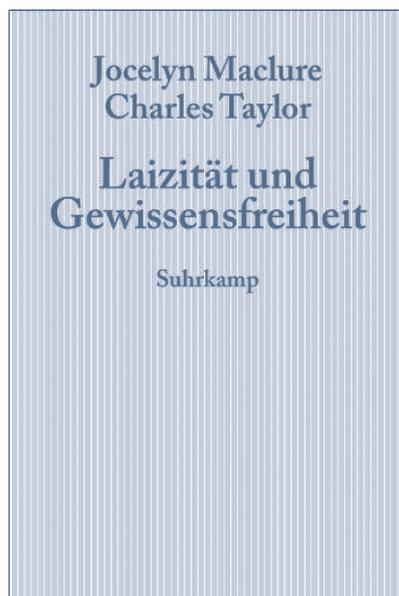
des Friedens“ (Die deutschen Bischöfe, Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr, 2005) versteht, gehen für den politischen Diskurs um militärische Gewalt wertvolle Überlegungen aus, die in dem Band entdeckt werden können. Das Werk sei allen Interessierten empfohlen, die die Positionen der Friedensethik aus der Perspektive der christlichen Ethik und der politischen Ethik kennen lernen bzw. weiter vertiefen möchten.

Thomas Bohrmann, München

## Laizität und Gewissensfreiheit

Jocelyn Maclure/Charles Taylor, *Laizität und Gewissensfreiheit*, Berlin: Suhrkamp 2011, 146 S., ISBN 978-3-518-58570-2.

Die jüngste öffentliche Diskussion um die Beschneidung als Element einer religiösen Tradition im Judentum ebenso wie im Islam führt geradewegs zu den Grundlagenfragen, die Charles Taylor und Jocelyn Maclure in ihrer Schrift *Laizität und Gewissensfreiheit* erörtern. Ausgangspunkt für ihre Studie war die in den zurückliegenden Jahren vielfach diskutierte Frage nach dem Ort der Religion in der Öffentlichkeit und insbesondere die Frage nach vernünftig begründeten Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften in einer modernen Gesellschaft. Wenngleich ein wesentlicher Impuls aus der konkreten Situation Kanadas und vor allem Quebecs für die Überlegungen hervorgeht, so sind die zentralen Aspekte der Schrift auch für den europäischen Kontext von höchster Relevanz. Charles Taylor hat sich bekanntermaßen vor allem in den zurückliegenden Jahren intensiv mit den Entstehungsbedingungen und Wesensmerkmalen einer säkularen Gesellschaft befasst und dazu vielfach und mitunter umfangreich publiziert. Säkularisierung, Säkularismus und vor allem Säkularität sind Begriffe, mit denen er sich analytisch und differenzierend auseinandersetzt. Nicht zuletzt sein drittes Monumentalwerk *Ein säkulares Zeitalter* (2007) hat ihm gerade auch im deutschsprachigen Raum eine hohe Auf-



merksamkeit und eine bemerkenswerte Rezeption verschafft. Sein Mitautor *Jocelyn Maclure* ist hierzulande (noch) wenig bekannt; er lehrt Philosophie an der Universität Laval (Quebec) in Kanada.

Programmatisch formulieren Taylor und Maclure am Ende ihrer Einleitung, worum es ihnen in besonderer Weise geht: Sie nehmen in ihrer Studie Grundprinzipien reflektierend in den Blick, mit denen eine gesellschaftliche Kooperation unter den Voraussetzungen der Pluralität erreicht wird und sie suchen Klärung in der Frage, in welcher Weise die institutionellen Implikationen, die sich aus diesen Prinzipien ergeben, sowie ein bürgerschaftliches Ethos wiederum dazu beitragen, gerade die Grundprinzipien

selbst und die mit diesen einhergehenden Normen zu stärken und zu stabilisieren.

Im ersten Kapitel (17 ff) geht es um die grundlegenden Begriffe: Pluralismus, Neutralität und Laizität. Eingangswort wird konstatiert, dass in modernen Gesellschaften, „die Beziehungen zwischen der politischen Macht und den Religionen komplex und vielfältig“ sind. Das „Regime der Laizität“ führt nun mitunter dazu, dass Staat und Kirchen getrennt voneinander sind und dass die politische Macht sich neutral gegenüber den Religionen zu verhalten hat. Im Rekurs – wie kann es anders sein – auf John Rawls und dessen Konzeptionen eines vernünftigen Pluralismus sowie eines übergreifenden Konsenses wird die Herausforderung moralischer und weltanschaulicher Vielfalt thematisiert und verdeutlicht, dass der Staat die Aufgabe habe, dem Individuum – sprich seinen Bürgerinnen und Bürgern – eine weit reichende Autonomie zu ermöglichen und diese auch zu schützen. Dabei findet diese Autonomie gerade in der Inanspruchnahme der persönlichen Gewissensfreiheit ihren wesentlichen Ausdruck. Wenn einerseits die Frage der Laizität im „Rahmen der notwendigen Neutralität des Staates gegenüber den verschiedenen Werten, Glaubensüberzeugungen und Lebensplänen der Bürger in modernen Gesellschaften“ (19) zu diskutieren ist, so ist andererseits die Neutralitätsforderung zu präzisieren. Denn: „Ein liberaler und demokratischer Staat wird gegenüber bestimm-



ten Grundprinzipien wie der Menschenwürde, den Rechten der Person oder der Volkssouveränität nicht einfach gleichgültig sein können. Sie bilden die konstitutiven Werte demokratischer und liberaler Regime. Diese Werte sind auch dann legitim, wenn sie nicht neutral sind, denn sie ermöglichen es den Bürgern, trotz ihrer sehr unterschiedlichen Weltbilder und Auffassungen des Guten in friedlicher Weise zusammenzuleben" (19 f). Dass Grundprinzipien, wie sie in den genannten Werten Kontur annehmen, als legitim vom jeweiligen Standpunkt der unterschiedlichen Mitgliedern einer Gesellschaft angesehen und akzeptiert werden, ist eine der zentralen Herausforderungen für plural geprägte Gegenwartsgesellschaften. Wohlgermerkt: Zu dieser Frage ist seit Jahren der Diskurs im Gange, intensiviert wurde er durch die gesteigerte Aufmerksamkeit für Religion(en) in den Gegenwartsgesellschaften und nicht zuletzt auch durch die von Jürgen Habermas eingebrachten Überlegungen, die zum einen an John Rawls anschließen, doch inzwischen deutlich darüber hinaus gehen.

Zu den einzelnen Begrifflichkeiten: Was verstehen Taylor und Maclure nun unter dem bereits zitierten „Regime der Laizität“? Im Anschluss an Micheline Milot wird *Laizität* definiert als „eine progressive Einrichtung des Politischen, aufgrund derer die Religions- und Gewissensfreiheit durch einen neutralen Staat im Hinblick auf die verschiedenen in einer Gesellschaft koexistierenden Vorstellungen des guten Lebens zugesichert werden“ (33). Zwei Prinzipien: gleiche Achtung und Gewissensfreiheit, und zwei Verfahrensmodi: Trennung von Kirche und Staat sowie Neutralität des Staates gegenüber den Religionen und säkularen Strömungen sind die wesentlichen Komponenten in Maclures und Taylors Begriff der Laizität. Zu betonen ist zum einen, die zu beachtende begriffliche Unterscheidung zwischen Neutralität, Laizität und Säkularität, zum andern, dass Zwecksetzung und Verfahrensmodi nicht immer in Einklang gebracht werden können. Diesem Konfliktpotenzial zwischen

den Komponenten der „Regime der Laizität“ gehen Taylor und Maclure in ihren weiteren Ausführungen nach. Dies führt etwa zu einer Unterscheidung zwischen einem *rigiden* bzw. *strengen* und einem *offenen* bzw. *weichen* Verständnis von Laizität (39 ff). Emanzipation, Integration, Identität sind Begrifflichkeiten, die in dieser Erörterung eine wesentliche Rolle spielen. Zum Teil der grundlegenden Gesichtspunkte der Ausführungen zur Laizität gehören die Unterscheidung zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre (49 ff) sowie die Frage nach religiösen Symbolen und Ritualen in der Öffentlichkeit (55 ff); gerade hier begegnen Streitthemen, wie sie uns seit Jahren begleiten: z. B. das sichtbare Tragen religiöser Symbole bei Staatsbediensteten oder der Umgang mit religiösen Feiertagen.

Ein eigenes Kapitel zeichnet die Entwicklung in Quebec (69 ff) nach. Die Debatte zu Laizität wird in diesem Erfahrungskontext als vielfältig und dynamisch beschrieben. Auch hier begegnen Klassiker der Auseinandersetzung: das Tragen des Kopftuches oder die Rolle der Religion an der Schule. Für die Situation in Quebec identifizieren Taylor und Maclure den Konsens über ein ‚liberal-pluralistisches‘ Modell in Gestalt einer „offenen Laizität“: Diese „erkennt an, dass der Staat neutral zu sein hat – Gesetz und öffentliche Einrichtungen dürfen weder eine Religion noch eine säkulare Vorstellung begünstigen –, gleichwohl erkennt sie ebenso die Bedeutung an, die die spirituelle Dimension der Existenz für einige Bürger hat, und die daraus folgende zentrale Aufgabe, die individuelle Gewissens- und Religionsfreiheit zu schützen“ (75).

Der zweite Teil der Schrift (79 ff) ist ausführlich der Gewissensfreiheit gewidmet. Im Mittelpunkt steht die Frage nach Ausnahmeregelungen, eine Frage über die Uneinigkeit herrscht. Nicht zuletzt lässt sich eine argwöhnische öffentliche Meinung beobachten, wenn es Forderungen nach Ausnahmen gibt, die motiviert sind durch religiöse Überzeugungen (z. B. in den Bereichen Kleidung, Ernährung, Gottesdienst). Der Streit um die Beschneidung führt dies eindrück-

lich vor Augen. Theoretisch ist in diesem Zusammenhang zu klären, welchen Status Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit im Rahmen rechtlicher Regelungen haben, und ob es normative Kollisionen zwischen Forderungen der Gerechtigkeit und dem Anspruch auf Gewissensfreiheit gibt. Um indirekte Diskriminierungen zu vermeiden, zeigt die Rechtsprechung in unterschiedlichen Staaten offenbar die Tendenz, dass „das Prinzip vernünftiger Ausnahmeregelungen als rechtliche Verpflichtung zu verstehen ist, die sich aus den allgemeinsten Rechten der Erklärungen der Rechte und Freiheiten ergibt, nämlich aus dem Recht auf Gleichheit und Nichtdiskriminierung bzw. aus der Gewissens- und Religionsfreiheit“ (87 f). Kurzum es geht politisch-philosophisch gesprochen um die Rechtfertigung vernünftiger Ausnahmeregelungen im öffentlichen Diskurs. Taylor und Maclure setzen sich mit dem Vorwurf auseinander, bei der Praxis der Ausnahmeregelungen würden religiöse Auffassungen des guten Lebens gegenüber säkularen Überzeugungen eine Bevorzugung erfahren. Daher sei jedem, der eine Ausnahmeregelung für sich beanspruche, eine grundsätzliche Rechtfertigungspflicht unter Einbeziehung des Kriteriums der moralischen Integrität aufzuerlegen. Abschließend heben Taylor und Maclure hervor, dass Sinn und Zweck der Laizität neu zu bestimmen seien. Auch wenn sich in modernen pluralen Gesellschaften Menschen mit unterschiedlichen Weltbildern und Grundüberzeugungen begegnen, so bedarf es gerade um des friedlichen und kooperativen Zusammenlebens willen der Solidarität, des Dialogs und eines Lernprozesses – so gewissermaßen der Schlussappell der beiden Autoren.

Ihre Schrift lässt sich, neben der Bedeutung als kompakte und instruktive Grundlagenreflexion, gewiss auch als wertvoller Beitrag zum Dialog und als Teil des genannten Lernprozesses verstehen – und zwar zum richtigen Zeitpunkt zu einer wichtigen Frage gesellschaftsethischer Herausforderung.

Johannes J. Frühbauer, Luzern

## Christliche Spiritualität und Ökonomie

Gehra, Wolfgang: *Christliche Spiritualität und Ökonomie. Organisationskultur und Personalführung in Benediktinerklöstern (Studien zur Monastischen Kultur, Band 3)*, St. Ottilien: EOS Verlag 2009, 355 S., ISBN 978-3-8306-7398-9.

Bei der vorliegenden Studie, die einen umfangreichen empirischen Teil beinhaltet, handelt es sich um eine Promotionsarbeit, die am Lehrstuhl für Sozialpädagogik und Gesundheitspädagogik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt verfasst wurde.

Der Autor möchte in dieser Arbeit die Zusammenhänge zwischen ökonomischem Handeln und christlicher Spiritualität aufzeigen und wählt dazu Benediktinerklöster und ihr unternehmerisches Handeln als Untersuchungsobjekt. Sein Hauptanliegen ist hierbei zu untersuchen, inwieweit die christliche Spiritualität der Benediktiner im ökonomischen Alltag der von ihnen betriebenen klösterlichen Unternehmen spürbar ist, und wie diese benediktinische Spiritualität dazu beitragen kann, die Arbeitswelt insgesamt humaner zu gestalten.

Die Studie ist in zwei Teile gegliedert: In einen Theorieteil, in dem Begriffe und Sachverhalte definiert werden und einen praktischen Teil, in dem die Ergebnisse der durchgeführten qualitativen Erhebung dargestellt werden.

Nach einer kurzen Begründung der Themenwahl und Benennung der Leitfragen folgt in einem umfangreichen zweiten Kapitel (S. 29–75) die Definition und Klärung wichtiger Begriffe wie z. B. der Terminus Ökonomie. Bei diesem ist der Autor bemüht, ihn bereits über die Begrifflichkeit mit der Spiritualität in Beziehung zu setzen. So erweitert er über die griechische Wortbedeutung von „Ökonomie“ das Verständnis im Sinne einer Lehre vom rechten Haushalten, das eine Vielzahl von Aspekten integrieren kann, wie die Partizipation aller Mitglieder und das Wohl künftiger Generationen. Er betont, dass das Verständnis von Ökonomie, Ziele möglichst effizient zu erreichen, auch



im christlichen Denken seine Berechtigung habe, solange die Ziele nicht auf eine Gewinnmaximierung beschränkt bleiben, sondern auch andere am Wohl der Menschen orientierten Sachziele mit einschließe. Diesen Blickwinkel untermauert der Autor durch biblische Aussagen, Aspekte aus der monastischen Spiritualität und den Leitprinzipien der katholischen Soziallehre.

Im dritten Kapitel (S. 76–117) werden der Benediktinerorden, seine Entwicklung, seine Struktur, seine Spiritualität und sein unternehmerisches Handeln dargestellt.

Anknüpfend an das zweite Kapitel führt der Autor im vierten Kapitel (S. 118–140) ein Konzept von Organisationskultur ein, anhand dessen er seine empirische Erhebung durchführt. Dieses dreigliedrige Schema, bestehend aus „Artefakte“, „bekundete Werte“ und „Grundprämissen“, wird von ihm durch Aspekte benediktinischer Spiritualität erweitert.

In den anschließenden Kapiteln fünf und sechs geht es um die empirische Befragung, wobei im fünften Kapitel (S. 141–151) Auswahlkriterien und Methodik der Studie geschildert werden, deren Ergebnisse dann im sechsten Kapitel (S. 152–289) dargestellt sind. Diese schildert der Autor sehr detailliert, bis

hin zur wörtlichen Wiedergabe der freien Antworten auf einzelne Fragen. Besonders betont er hier, dass die Wahrung der Menschenwürde in benediktinischen Unternehmen von hoher Bedeutung ist und als Erfolgskriterien neben der Sicherung des Lebensunterhaltes des Klosters auch die Mitarbeiterzufriedenheit und die Arbeitsplatzsicherheit wichtig sind.

Abschließend folgt in einem sehr kurzen siebten Kapitel (S. 290–301) das Fazit: In diesem betont der Autor die Verbindung von christlicher Spiritualität und Ökonomie in benediktinischen Unternehmen, da zum einen der Grund für das unternehmerische Handeln in der benediktinischen Spiritualität liegt (Selbstversorgung, „Ora et labora“) und zum anderen zahlreiche Werte daraus in die Personalführung einfließen.

Mit der vorliegenden Arbeit ist Wolfgang Gehra eine interessante Verbindung von christlicher Spiritualität und Unternehmensethik gelungen.

Die Gliederung wirkt auf den ersten Blick etwas unübersichtlich. Doch bei näherer Lektüre wird die Logik der Arbeit deutlich, zumal der Autor seine Quellen, seine Methodenwahl, die Auswahl der befragten Personen, usw. sehr genau darlegt und begründet.

Ein stärkerer Vergleich mit „säkularen“ Unternehmen – ein solcher wurde nur bei der Frage nach Fluktuation und Kündigungen angeschnitten – hätte die Frage nach einer möglichen Übertragbarkeit bestimmter Aspekte aus der benediktinischen Spiritualität noch weitergeführt.

Allerdings ist es dem Autor sehr gut gelungen herauszuarbeiten, in welchen Bereichen und in welchem Umfang die christlich benediktinische Spiritualität im Arbeitsalltag Spuren hinterlässt und auch die weltlichen Mitarbeiter überzeugt.

Das im zweiten Kapitel erweiterte Verständnis von Ökonomie stellt einen gelungenen Ansatz dar, um die beiden Bereiche – Ökonomie und christliche Spiritualität – miteinander in Beziehung zu setzen und füreinander zu öffnen.

Marion Bayerl, Eichstätt

## Wohlstand anders denken

Alt, Jörg/Drempetic, Samuel (Hg.): *Wohlstand anders denken – Lehren aus den aktuellen Weltkrisen* (Bd. 7 der Reihe „Anregungen und Antworten“, Jahrbuch der Akademie CPH), Würzburg: Echter Verlag, 2012, ISBN 978-3-429-03473-3, 159 S.

Mit dem neuen Jahrbuch der katholischen Akademie „Caritas Prickheimer-Haus“ reiht sich nur scheinbar ein weiteres Buch in die Fülle der in der letzten Zeit erschienen Krisen-Literatur ein. Unter dem Titel „Wohlstand anders denken – Lehren aus den aktuellen Weltkrisen“ wird nicht so sehr über die Neuordnung der Finanzmärkte und Wirtschaftspolitik diskutiert, sondern es geht vielmehr um die Veränderung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells und der ihm zugrundeliegenden Wertmaßstäbe an sich.

Den Ursprung hat der Band in der Fachtagung des Centrums für Globales Lernen des Jesuitenordens und der Akademie CPH „Jetzt aber richtig! Lehren aus den aktuellen Weltkrisen“ im November 2011. Zwölf Essays der hochkarätigen Referenten aus unterschiedlichsten Lebensbereichen sind im Buch in vier Teilbereiche gegliedert.

Der erste Teil dient der Analyse aktueller Krisen aus einer sozial- und naturwissenschaftlichen Perspektive. Behandelt werden in drei Essays die aktuelle Finanzkrise im Zusammenhang mit der Globalisierungsproblematik sowie der Klimawandel und Armut.

Der zweite Teil des Buches stellt alternative Indikatoren für „Wohlstand“ vor und fordert eine Abkehr vom quantitativen Wirtschaftswachstum. Von der Konzeptionierung des BIP in den 20er Jahren bis zu den Auswirkungen der französischen „Stiglitz-Sen-Fitoussi“-Kommission, die seit 2008 die Ergebnisse der „Glücksforschung“ zusammenträgt und verbreitet, wird ein umfassendes Bild gezeichnet.

Im dritten Teil des Buches geht es schließlich um Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Politik. Mitglie-



der der Enquete-Kommission des Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ führen unterschiedliche Sichtweisen und Lösungsansätze auf die Problematiken an. Ob nun Wachstum und Wohlstand zwingend zusammenhängen, wie die aktuellen Wachstums-Maßstäbe angepasst werden und ob die Zivilgesellschaft sowie ehrenamtliches Engagement das Problem lösen können – die Beiträge lassen die Differenzen der Parteien erahnen, die einem Ergebnis noch im Wege stehen.

Der vierte und letzte Teil der Sammlung beschäftigt sich mit „dem Bürger“

und seiner Rolle im Wandel. Während das aktuelle Meinungsbild eine breite Bereitschaft zum Wandel wiedergibt, scheitert es an individuellen und politischen Blockaden. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Menschen, die ungeachtet des „Mainstream“ ihr Leben nach eigenen Wertekriterien gestalten.

Die unterschiedlichen Autoren bringen alle ihre eigene Sichtweise, ihren Hintergrund und Schreibstil mit. Zusammen mit den kurzen Essays ist das Buch dadurch sehr kurzweilig zu lesen. Auch findet man häufig ein latentes Streitgespräch in einigen Punkten wieder, eine kritische Diskussion in der beide Extrempositionen gegenübergestellt sind, gibt es jedoch an keiner Stelle des Buches. Vielmehr wird ein durch weite Teile sehr stringentes Bild der Problematik und der möglichen Lösungen gezeichnet. Wenn man die vielschichtigen Beiträge bedenkt, ist es umso bemerkenswerter, wie wenig Überschneidungen sich im Buch wiederfinden. Die separaten Essays bauen thematisch aufeinander auf und führen den roten Faden fort. Trotzdem kann das Buch durch sein Format keine vollständige Abhandlung sein und es bleiben unvermeidbar einige Fragen offen. Dies motiviert allerdings auch zum selbst Weiterdenken und Weiterlesen an anderen Orten.

*David Scheer, Castrop-Rauxel*





## Ethik in Wirtschaft und Unternehmen

Johannes Wallacher/Christian Au/Kar-cher Tobias (Hg.): *Ethik in Wirtschaft und Unternehmen in Zeiten der Krise (Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur, 21)*, Stuttgart: Kohlhammer 2011, ISBN 978-3-17-021649-5.

Seit dem Jahr 2007 stellt die so genannte Finanz- und Wirtschaftskrise eine der zentralen politischen Herausforderungen dar. Die Wirtschafts- und Unternehmensethik sah und sieht sich dadurch ebenfalls vielfältig herausgefordert. Da gegenwärtig häufig bezweifelt wird, dass Politik und Wirtschaft die wichtigsten Konsequenzen aus der Krise gezogen haben, ist es nahe liegend, die ethisch relevanten Erfordernisse im Gesamten zur Sprache zu bringen: Welche Implikationen hat diese Krise für die Wirtschafts- und Unternehmensethik? Das Buch „Ethik in Wirtschaft und Unternehmen in Zeiten der Krise“ stellt sich dieser Frage.

Der Sammelband ist die Publikation zu einer Tagung des Lasalle-Ethik-Forums aus dem Jahr 2010 in der Schweiz. Das Inhaltsverzeichnis verrät, dass die Beiträge in vier inhaltlichen Blöcken gruppiert wurden.

*Der erste Teil* widmet sich der „Bestandsaufnahme der Wirtschaftsethik und Politik“.

Peter Ulrich, renommierter Wirtschaftsethiker in St. Gallen, stellt Überlegungen zur „Wirtschaftsethik nach der Krise“ auf der Basis seines Ansatzes der Integrativen Wirtschaftsethik an. Es zeige sich deutlich, dass grundlegende Lösungen und der Gestaltungswille in weiten Kreisen der Wirtschaft und Politik nicht (mehr) besteht. „In dieser Situation kommt der Wirtschaftsethik die bedeutsame Aufgabe zu, die der systemischen Krise möglicherweise zugrunde liegende *normative Orientierungskrise* auszuleuchten und zu reflektieren.“ (1) Der Autor legt plausibel dar, dass es ohne Analyse der normativen Grundlagen der vorherrschenden ökonomischen Modelle und Sachzwangargumente – wenn



überhaupt – nur um Symptomlinderung gehen könne.

George G. Brenkert von der Georgetown University in Washington stellt die Veränderungen in der business ethics der USA infolge der Krise dar. Er diagnostiziert, dass es keine merklichen Veränderungen der unternehmensethischen Praxis gebe, die auf neue moralische Werte oder Ansprüche hinweisen würden. So seien die bisherigen, ideologisch vertretenen Grundannahmen und Maximen, wie etwa die Gewinnmaximierung, nach wie vor fest in der Ausbildung künftiger Führungskräfte verankert.

Der Politiker Peter Hess stellt einige Folgen der Krise für die Schweiz dar. Seine Frage, welche Regulierungspflicht die Politik im Hinblick auf die Wirtschaft habe, ist gewichtig und würde eine systematische Analyse verdienen.

*Der zweite Teil* sammelt Beiträge zur Theorie und Praxis der Unternehmensethik.

Andreas Georg Scherer und Andreas Butz, Institut für Organisation und Unternehmenstheorien an der Universität Zürich, widmen sich den Bedingungen für die Gestaltung der Wirtschaft, die durch die Globalisierung grundlegend verändert sind. Die Autoren fordern einen Paradigmenwechsel, wonach in der Debatte um die gesellschaftliche Verant-

wortung von Unternehmen (*Corporate Social Responsibility – CSR*) die Annahme einer stabilen Rahmenordnung aufgegeben werde. Gefordert wird ein deliberatives Demokratieverständnis, in dem die Unternehmen zu expliziten politischen Akteuren würden, die sozio-ökonomische Verantwortung tragen, an politischen Problemlösungsprozessen mitarbeiten und sich selbst den demokratischen Kontrollen unterwerfen.

Pierin Vincenz von der Geschäftsleitung der Raiffeisenbank Schweiz bietet eine Darstellung des CSR-Engagements bei der schweizerischen Raiffeisen-Gruppe. Walter Grüebler präsentiert Ähnliches für den Chemie-Konzern Sika AG, in dem er Verwaltungsratspräsident ist.

*Der dritte Teil* stellt „religions- und kulturspezifische Zugänge zur Wirtschaftsethik“ in den Mittelpunkt.

Stephan Rothlin, Center for International Business Ethics in Peking, zeigt aufschlussreiche Einsichten zur Relevanz von Wirtschaftsethik in China auf. Als zentrale Voraussetzung für die allgemeine Anerkennung der Wirtschaftsethik nennt der Autor die Bedeutung der Ethik für die Wirtschaftsfähigkeit: Es müsse für Wirtschaft und Politik deutlich werden, dass die Beachtung moralischer Aspekte in allen ökonomischen Bereichen eine unverzichtbare Grundlage für die erfolgreiche Verfolgung international ausgerichteter Strategien sei.

Johannes Wallacher und Karoline Scharpenseel, Institut für Gesellschaftspolitik in München, setzen sich mit den unternehmensethischen Grundorientierungen der katholischen Soziallehre auseinander. Sie erkennen in der Anforderung, religiöse Sozialethik vernünftig zu begründen, den Impuls für die Unternehmensethik, sich stärker dem Desiderat interkulturell vermittelbarer Begründungen zu widmen.

Herbert Winter, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds, informiert knapp über Leitnormen der Wirtschafts- und Unternehmensethik aus jüdischer Perspektive und Tradition. Khal-

doun Dia-Eddine, School of Management and Law in Winterthur, präsentiert Überlegungen aus islamischer Perspektive.

Christoph Stükelberger, systematischer Theologe und Ethiker in Basel sowie Direktor von Globethics.net, bietet Ergebnisse einer globalen Studie zur Entwicklung der Wirtschaftsethik weltweit. Insgesamt zeige sich, „dass die Bedeutung der Religionen im aktuellen wirtschafts- und unternehmensethischen Diskurs auf allen Kontinenten zunimmt.“ (113)

*Den letzten Teil* des Buches bildet der Beitrag des anerkannten Wirtschaftsethikers Georges Enderle. Aus der Krise ergäben sich drei Lehren:

- Die vorherrschende individualistische Wirtschaftsauffassung habe versagt und im Grunde ihre Legitimation verloren;
- die Annahme einer wertfreien Wirtschaft sei als Illusion entlarvt;
- die ausschließliche Ausrichtung an kurzfristigen Zielen habe sich (mit fatalen Folgen) als unfähig erwiesen, längerfristige Ziele ins Auge zu fassen.

Notwendige Schwerpunkte für die Wirtschafts- und Unternehmensethik sieht Enderle in der Arbeit

- an einem neuen Reichtumsbegriff,
- an der globalen Gewährleistung der Menschenrechte und
- am Beitrag der Religionen.

Die Beiträge des Buches lassen den ursprünglichen Referatscharakter erkennen. Der Ertrag für LeserInnen ist je nach Artikel unterschiedlich gegeben. Einige inhaltliche Schwerpunkte lohnt es aber jedenfalls festzuhalten:

- a) Den *Religionen* wird in der Struktur des Buches ein bedeutendes Motivationspotenzial zugetraut. Insbesondere die Beiträge zur jüdischen und islamischen Wirtschaftsethik zeigen, dass hier Forschungsbedarf besteht und dass die Diskussionen mit den Religionen beträchtliches Potenzial haben dürften.
- b) Angesichts der politischen Krisen ist es für die Wirtschafts- und Unternehmensethik entscheidend, die Diskussion über die Ausrichtung der *Wirtschaftspolitik* an der Ethik als deren Basis anzumahnen und anscheinende Handlungszwänge in diesem Bereich kritisch zu thematisieren. Aus der globalen Dimension der Wirtschaft ergibt sich die Forderung, die ethische

Legitimation von wirtschaftspolitischen Entscheidungen insbesondere auch im Hinblick auf andere Länder und Völker auszuweisen.

- c) Die Bedeutung der Wirtschafts- und Unternehmensethik ist mittlerweile für viele ÖkonomInnen ebenso einsichtig wie für zahlreiche UnternehmerInnen und die Öffentlichkeit insgesamt. Allerdings ist es ein Problem, wenn eine breitere Akzeptanz dieser Ethikdisziplin das *einseitige* Interesse am unternehmerischen Handeln begünstigt. Gerade das Bestreben, trotz der Rufe nach grundlegenden Umgestaltungen des Wirtschaftssystems zu Beginn der „Krise“ nun wieder „business as usual“ zu verfolgen, lässt die kritische Auseinandersetzung mit den *sittlichen Fundamenten* der Wirtschaft vordringlich erscheinen.

*Edeltraud Koller, Linz*





# Von der Euro-Krise zur Krise Europas?

Bericht über die Sozialethischen Gespräche 2012 in Mönchengladbach

Am 15. und 16. Juni 2012 fanden die jährlich von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) ausgerichteten Mönchengladbacher Gespräche statt, die die KSZ nunmehr zum zweiten Mal gemeinsam mit der Kommission der Bischofskonferenzen in der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) gestaltete. Im Ratssaal der Stadt Mönchengladbach trafen sich ca. 100 Vertreter des Faches Christliche Sozialethik, kirchlich und gesellschaftlich Engagierte sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger zum Tagungsthema „Von der Euro-Krise zur Krise Europas?“.

Mit diesem Thema griff die Tagung eine der wohl drängendsten Herausforderungen auf, vor denen die Europäische Union und insbesondere die Euro-Länder stehen. Zugleich war die Thematik auch Ausdruck für das Bestreben der KSZ, den Sozialethischen Gesprächen, die in der Tradition der bisherigen Sozialethiker-Tagungen stehen, eine dezidiert europäische Perspektive zu geben. Durch die Kooperation mit der COMECE soll die Mönchengladbacher Tagung dauerhaft als ein Diskussionsforum für sozialethische Fragen in Europa etabliert werden.

Nach den Begrüßungsworten des Oberbürgermeisters der Stadt Mön-

chengladbach, Norbert Bude, und der thematischen Einleitung durch den Direktor der KSZ, Msgr. Prof. Dr. Peter Schallenberg, nahm die Tagung ihre Arbeit auf. Dabei erwies es sich als sehr wohlthuend, dass nicht nur Einzelreferate gehalten wurden, sondern einzelnen Vorträgen Podiumsdiskussionen folgten. Dadurch wurde der Tagungsablauf aufgelockert und einer ermüdenden Starre vorgebeugt, die sich meist dann einstellt, wenn ein Referat dem anderen folgt.

Zum Auftakt der Referate beschrieb der Erzbischof von Luxemburg, Exzellenz Jean-Claude Hollerich, die historische Dimension und die Verdienste des europäischen Einigungsprozesses und wandte sich dann der heutigen Krise zu. Er zeigte sich sehr besorgt über das Aufleben des nationalstaatlichen Denkens, das er als „Katastrophe nicht nur für Europa, sondern wahrscheinlich für die ganze Welt“ bezeichnete. Die Ursache für die heutigen Probleme liegt nach Auffassung des Erzbischofs darin, dass die europäische Einigung lediglich materiell und wirtschaftlich gedacht sei. Darum müsse besonders die Kirche spirituelle Dimensionen und Werte vermitteln. Erzbischof Hollerich plädierte für ein weiteres Zusammenwachsen der europäischen Staaten und

Völker und befürwortete ein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Die Länder, die bereit seien, Souveränität und Geld nach Europa zu transferieren, sollten quasi eine Union in der Union bilden, die für andere Staaten offen sei.

In dem dann folgenden Vortrag erläuterte Dr. Richard Böger, Vorstandsvorsitzender der Bank für Kirche und Caritas Paderborn, die volkswirtschaftlichen Ursachen der Krise. Er begrüßte die Rettung Griechenlands und der anderen Euro-Länder, da eine Zahlungsunfähigkeit dieser Staaten eine tiefe Rezession in Deutschland und Europa zur Folge gehabt hätte. Dr. Böger warb in diesem Zusammenhang für das Konzept der Eurobonds und sprach sich für weitere gemeinschaftliche Instrumente zur Lösung der Schulden- und Eurokrise aus. Damit traf er den Grundtenor der folgenden Podiumsdiskussion, die die europapolitischen Herausforderungen der Krise thematisierte und die von Dr. Matthias Belafi, Geschäftsführer der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, geleitet wurde. Auch die Teilnehmer des international besetzten Podiums votierten aus jeweils unterschiedlichen Perspektiven für europäische Solidarität bei der Bewältigung der Finanzkrise. So forderte der Vi-



zepräsident der Robert Schuman Stiftung, Jacques Rigaud, eine Erneuerung des europäischen Denkens und verwies auf die Gründungsidee der Europäischen Gemeinschaft, die bis in die Gegenwart hinein eine lange Epoche des Friedens und der Völkerverständigung begründete. Luca Jahier, Präsident der dritten Gruppe des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, sowie Elmar Brok, MdEP und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, nahmen die politische Dimension der Krise in den Blick. Vor allem Elmar Brok kritisierte das Verhalten der Finanzmarktakteure, die die Politik vor sich her trieben, indem sie die Pleite selbst verursacht hätten, sich dann für „systemrelevant“ erklärten und die Staaten zum Handeln drängten. Angesichts dessen forderte der Europaabgeordnete, die gemeinsame Währung stärker als bisher in eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik einzubetten. Dabei ist für ihn die europäische Integration Ausdruck einer zeitgemäßen Organisationsform von Politik, da sich in der Gegenwart keine der großen Herausforderungen von einem Nationalstaat allein lösen lasse. Eine ähnliche Position vertrat auch der emeritierte Professor für Internationale Politik und „Public Policy“ an der Universität von Limerick, Peadar Kirby. Viele EU-Länder hätten bisher – so Kirby – von der Gemeinschaft profitiert und sollten nunmehr den ihnen möglichen Beitrag zur Konsolidierung der Union erbringen. Prof. Kirby forderte u. a. eine tiefere Integration des Wirtschafts- und Finanzsektors, die hierfür notwendige Gewinnung der Menschen sowie die Schaffung von Wirtschaftswachstum, um insbesondere die weit verbreitete Jugendarbeitslosigkeit zu verringern.

So interessant die Referate und Stellungnahmen des ersten Tages waren, so aufschlussreich erwies sich die Diskussion mit den Tagungsteilnehmern. Viele Zuhörer hatten Nachfragen oder Anmerkungen zu einzelnen Thesen der Referenten und sprachen auch die Pro-

blematik an, die mit der Übertragung von Souveränitätsrechten und der Vergemeinschaftung von Schulden verbunden ist. Dem Postulat der europäischen Solidarität, das von den Rednern vielfach bekräftigt wurde, ist teilweise entschieden widersprochen worden. Viele Wortmeldungen gaben zu bedenken, dass die Schuldenstaaten eine Eigenverantwortung hätten und es fragwürdig sei, wenn Deutschland oder andere auf Konsolidierungskurs befindliche Länder für fremde Defizite einstehen müssten. Hierbei gehe es – so hieß es – nicht nur um abstrakte finanztechnische Verschiebungen, sondern um Fragen, die alle Bürgerinnen und Bürger tangierten. Diese hätten nämlich als Steuerzahler die Schuldenlast anderer zu stemmen. Das Konzept einer gemeinschaftlichen Problemlösung führte noch aus einer weiteren Perspektive zum Einspruch zahlreicher Zuhörer. Viele Beiträge setzten sich kritisch mit den in Politik und Wirtschaft diskutierten Eurobonds auseinander und gingen auch auf den oft geforderten Schuldentilgungsfonds ein. Stets von Neuem wurde die Wirksamkeit dieser Gemeinschaftsinstrumente bezweifelt, da sie keine Anreize zum Sparen und zur Durchführung von Strukturreformen böten.

In ihrer Replik zeigten die Referenten großes Verständnis für die Bedenken des Plenums. Gleichwohl fühlten sie sich in ihren Grundpositionen bestätigt, da sie die kritische Resonanz als Beweis für die Notwendigkeit stärkerer Kontrollmechanismen und mithin vertiefter Integration werteten.

Der zweite Sitzungstag wurde mit einem Vortrag von Prof. Dr. Holger Zaborowski zum Thema „Säkularisierung und politischer Diskurs in Europa“ eröffnet. Darin setzte sich der Wissenschaftler, der eine Professur für Geschichte der Philosophie und philosophischen Ethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar bei Koblenz hat, mit dem Begriff der Säkularisierung auseinander und bezog seine Überlegungen auf die von Jürgen

Habermas konzipierte Philosophie. Zu diesem Zweck führte er in die Grundlinien des Habermas'schen Denkens ein und zeigte die Herausforderungen auf, vor denen die Kirchen und Christen Europas im Zuge des Säkularisierungsprozesses gestellt sind. Die durch das Referat gewonnenen Einsichten wurden im nachfolgenden Podiumsgespräch vertieft, das sich mit historisch-politischen und sozialetischen Perspektiven für die Zukunft Europas befasste. Der Stellvertretende Direktor der KSZ, Dr. Arnd Küppers, moderierte eine Diskussion, an der Prof. Dr. Pierre Charentenay SJ, Chefredakteur der Zeitschrift ETUDES, Prof. Dr. Ingeborg Gabriel, Professur für Christliche Sozialethik an der Universität Wien, Msgr. Theodorus C.M. Hoogenboom, Weihbischof im niederländischen Utrecht sowie Prof. Dr. Andreas Rödder, Professur für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, beteiligt waren.

In den Stellungnahmen, die die auf dem Podium vertretenen Persönlichkeiten abgaben, wurde erneut Solidarität eingefordert, die diesmal jedoch eine etwas andere Akzentuierung bekam. Während am Vortag vor allem Hilfen für die europäischen Defizitländer im Mittelpunkt standen, konzentrierte sich die Begriffsdeutung nunmehr auf die zwischenmenschlichen Beziehungen. Frau Prof. Gabriel betonte, dass Solidarität mit den Armen keine rein politische, sondern auch eine moralische Frage sei, zumal aus der Perspektive der Christlichen Soziallehre. So müsse Solidarität im Rahmen der eigenen Möglichkeiten auch zum Prinzip der Staatengemeinschaft werden. Übereinstimmung gab es zudem bei der Bewertung der oft anzutreffenden Europaskepsis. Die große Diskrepanz, die zwischen der realen Bedeutung der EU und ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung vorherrscht, führten die Podiumsdiskutanten auf eine Politik zurück, die die Union auf eine „Win-Win-Gemeinschaft“ reduziere. Prof. Charentenay und Weihbischof

Hoogenboom verwies auf den gemeinsamen Fundus an Werten, über den die europäischen Kulturen verfügen und der wieder mehr in den Blick der Menschen rücken müsse. Sehr bereichernd waren auch die Überlegungen, die Prof. Rödder zur Diskussion stellte. Der Mainzer Professor appellierte an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft, Lösungswege zu finden, ohne dabei in Extrempositionen zu verfallen. Viele Politiker würden nämlich – so Rödder – Kriegs- und Untergangsszenarien für den Fall projizieren, dass das von ihnen erarbeitete Krisenmanagement scheitere. Dies ließe sich rasch als Ideologie entlarven und würde mit der Zeit an Glaubwürdigkeit verlieren. Darüber hinaus betonte er die Zusammengehörigkeit von Krisen und Integration in der jüngsten

europäischen Geschichte. Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1954 sowie nach dem Ende der von Frankreich betriebenen „Politik des leeren Stuhls“ habe es jeweils Integrationschübe gegeben. Insofern spricht für Andreas Rödder manches dafür, dass Europa auch aus der momentanen Krise gestärkt hervorgehen werde.

Am Ende der beiden Sitzungstage konnte den Sozialethischen Gesprächen ein ertragreiches Ergebnis bescheinigt werden. Da Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Bereichen und wissenschaftlichen Disziplinen ein Forum zur Präsentation ihrer Positionen geboten wurde, ließen sich unterschiedliche Ansätze zur Lösung der gegenwärtigen Krise und zur Fortführung des europäischen Einigungsprozesses eruieren. Die

Diskussion zwischen Plenum und Referenten über die Formen der europäischen Solidarität zeigte, dass Europa zwar als unverzichtbare Idee unumstritten ist, es aber kontroverse Auffassungen über die Bewältigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten gibt. Diese Erkenntnis, die der Generalsekretär der COMECE, Msgr. Prof. Dr. Piotr Mazurkiewicz, in seinem Schlusswort zusammenfasste, weist über das unmittelbare Tagungsgeschehen hinaus. Sie verdeutlicht, wie wichtig die Kommunikation der von der Politik eingeleiteten Maßnahmen ist, wenn der Streit über das Krisenmanagement nicht das Projekt Europa gefährden soll.

*Wolfgang Kurek, Mönchengladbach*





**Günter Wilhelms, Helge Wulsdorf: On insecurities, practical constraints and social debates. Tracing crisis scenarios of politics and economy**

Changing crisis scenarios have shaped the social debate since 2007: Experts and politicians take ever new approaches in their struggle for sustainable solutions. Citizens, however, are losing faith in both the state capacity and the power of the market. The amount of prevailing problems and the extent of uncertainty are pushing a core question of democratic societies to the forefront: Does the many-voiced proclamation of crisis provide an opportunity for politics to regain its genuine power and responsibility or will everything be determined by practical constraints only? The following contribution explores this question from a view point of social ethics. What impact does 'crisis' as a category of interpretation have on our ways of dealing with societal problems? Is the growing uncertainty detrimental to democracy or do we need to expand the public debates?

**Tim Krieger: It won't work without an international regulatory framework. On the relationship between market and state in view of the financial crisis**

As the state appears to be driven by the markets, the European financial crisis calls for the discussion of the relationship between politics and economy. This article, however, argues differently: The primacy of politics is not lost; rather, today's crisis-ridden developments have been preceded by deliberate political decisions. The underlying reason for today's crisis is the attempt to act against the competitive forces out of political opportunism, instead of allowing the markets to work for the common good.

**Mathias Erlei: The crisis on the financial market and the sovereign debt crisis. Differentiation, causes and possible ways out**

The article explores the causes of the crises of the past years and addresses ways of meeting those challenges. The financial and the economic crises were caused by too expansive courses of monetary policy, trying to delay unpleasant processes of economic assimilation. In contrast, the sovereign debt crisis of Greece and other Euro-countries can be traced to a long-term adaption to excessive government budget deficits. One thing is true, however, for all of these crises: Further delays of the necessary structural adjustment are hardly possible; their negative and painful side effects are long since inescapable.

**Brigitta Herrmann: Finance market and debt crisis from an economic point of view. The different stakeholders' understandings of the problem, goals and scopes of action**

After introducing her concept of ethical economics, the author traces the causes and dramatic history of the crisis of the financial market. In doing so, she addresses systematic false incentives, which intensified the crisis: starting with the sales dependent income of bankers and stockbrokers, to illusory estimates of rating agencies to growth reducing mandatory spending caps for those European countries which are most affected. The author argues that a common understanding of the leading values and goals is a crucial element of finding a reasonable way out of the crisis. A just financial market system must not deprive anyone from their human rights and has to serve people's ability to secure their own

living standard. The stakeholders' power to contribute varies on a national and international level, with political policy makers, private financial institutions and individual citizens. The article closes with concrete and partially controversial suggestions for each of those levels.

**"Eurobonds and bank unions are indispensable". Interview with Brigitte Unger on financial markets and real economy, on public debts and redistribution**

Who are the winners, who pays in the crisis of the financial markets and the rescue of the Euro? What about the varying interests on public debts? What would be changed by Eurobonds and bank unions? Why does resistance to both instruments persist? What connection is there between the losses of real income and worldwide flourishing financial markets? Raising these questions, academic economist from Utrecht and directress of the WSI (Institute for Economic and Social Sciences) in Düsseldorf, Brigitte Unger, seeks deeper insights into the Euro-crisis. She points out structural flaws in the system of European stability mechanisms as well as democratic deficits of the current crisis management. Her recommendations consider criteria of a just redistribution, a humane society and a concern for the next generation.



**Günter Wilhelms, Helge Wulsdorf: Sur des incertitudes, des contraintes objectives et des débats publics. Un dépistage des scénarios politiques et économiques de la crise**

Depuis 2007, le changement des scénarios de crise marque le débat public. A travers des approches toujours nouvelles, des experts et des politiques s'évertuent à trouver des solutions viables. Mais la confiance des citoyens dans la compétence des Etats aussi bien que dans les forces du marché a sensiblement baissé. Vu le nombre des problèmes sans réponse et la montée angoissante de sentiments d'incertitude, une question fondamentale se pose aux sociétés démocratiques: cette crise proclamée de toutes parts, recèle-t-elle la chance de restituer au politique le pouvoir et la responsabilité qui lui sont propres? Ou est-ce que ce sont les soi-disantes contraintes objectives qui vont régner à l'avenir? L'article examine cette question du point de vue de l'éthique sociale. De quelle manière la crise comme catégorie d'interprétation change-t-elle nos approches de certains problèmes de la société? L'incertitude croissante nuit-elle à la démocratie ou avons-nous besoin d'une extension des débats publiques?

**Tim Krieger: Ça ne va pas aller sans un cadre de gouvernance internationale. Sur les rapports marché-Etat face à la crise financière**

Dans la crise financière européenne, on pose de plus en plus la question des rapports entre la politique et l'économie parce que l'Etat semble poussé par les marchés. L'argumentation de cet article est autre: le « primat » de la politique ne s'est pas perdu; car des décisions politiques délibérées ont précédé les évolutions de crise actuelles. Plus profondément, la raison de la crise

actuelle réside dans la tentative d'agir, par opportunité politique, contre les forces de la concurrence au lieu de

se servir des effets des marchés pour le bien de la communauté.

**Matthias Erlei: La crise des marchés financiers et la crise de la dette souveraine. Distinction, causes et issues possibles**

L'article examine les causes des crises des dernières années et décrit des pistes possibles en vue de les surmonter. La crise économique et financière résulte d'une politique monétaire trop expansive, dont, en fin de compte, l'objectif était de reporter des processus d'adaptation économique gênants. La crise de la dette souveraine de la Grèce et d'autres pays de la zone Euro est, par-contre, due au fait que ces pays se sont accoutumés depuis longtemps à des déficits budgétaires excédentaires. Quel que soit le type de crise, un nouveau report des mesures nécessaires d'adaptation structurelle n'est plus guère possible. Les effets négatifs et douloureux dont celles-ci sont accompagnées, sont depuis longtemps inévitables.

**Brigitte Herrmann: Marché financier et crise de la dette : le point de vue de l'éthique de l'économie. La vision du problème, les objectifs et les marges de manoeuvre des différents acteurs**

L'auteur présente d'abord le concept d'éthique économique choisi par elle pour esquisser ensuite l'histoire dramatique de la crise des marchés financiers. Elle dénonce les mauvaises incitations qui ont contribué à l'aggravation de la crise: la rémunération des banquiers selon le chiffre d'affaire, les évaluations erronées des agences de notation, l'austérité imposée aux pays européens le plus concernés qui a abouti à réduire la croissance. Pour trouver des issues raisonnables à la crise, il faut, selon Brigitta Herrmann, un consensus sur les valeurs et les objectifs qui devraient déterminer le chemin. Un système des marchés financiers

vraiment juste ne devrait priver personne de ses droits en tant qu'homme. Il devrait plutôt favoriser la capacité des hommes à assurer leur niveau de vie eux-mêmes. Le pouvoir d'y contribuer n'est pas le même pour les différents acteurs soit sur le plan national ou international, soit quand ceux-ci sont des décideurs politiques, des instituts de finance ou de simples citoyens. L'article se termine avec des propositions très concrètes et en partie controversées concernant chacun de ces niveaux d'action.

**« Les « eurobonds » et l'union bancaire sont indispensables ». Interview de Brigitte Unger sur les marchés financiers et l'économie réelle, sur la dette souveraine et la redistribution**

Qui sont les gagnants? Qui paie le compte de la crise des marchés financiers et du sauvetage de l'Euro? Que signifie l'énorme différence des intérêts au niveau de la dette souveraine? Qu'est-ce qu'y changeraient les « eurobonds » et l'union bancaire? Pourquoi les résistances contre ces deux instruments sont-elles toujours si fortes? Qu'ont à voir les pertes de salaire réelles avec le boom des marchés financiers sur le plan mondial? Partant de ce genre de questions, Brigitte Unger, économiste financière à Utrecht et directrice de l'Institut des Sciences Economiques et Sociales (WSI) à Düsseldorf, examine à fond les causes de la crise de l'Euro. Elle révèle les « défauts de tissage » dans les mécanismes européens de stabilité ainsi que les déficits démocratiques dans la gestion actuelle de la crise. Dans ses propositions, elle prend également en compte des critères tels que la redistribution juste, les exigences d'une société humaine et les intérêts des jeunes générations.

## SCHWERPUNKTTHEMEN DER BISHER ERSCHIENENEN HEFTE

4/2006	Markt für Werte (vergriffen)	1/2010	Gerechte Energiepolitik
1/2007	Lohnt die Arbeit?	2/2010	Steuern erklären
2/2007	Familie – Wachstumsmittel der Gesellschaft?	3/2010	Neue Generation Internet – grenzenlos frei?
3/2007	Zuwanderung und Integration	4/2010	Agrarpolitik und Welternährung
4/2007	Internationale Finanzmärkte (vergriffen)	1/2011	Zivilgesellschaft
1/2008	Klima im Wandel	2/2011	LebensWert Arbeit
2/2008	Armut/Prekariat	3/2011	Wohlstand ohne Wachstum?
3/2008	Gerüstet für den Frieden?	4/2011	Soziale Marktwirtschaft für Europa
4/2008	Unternehmensethik	1/2012	Religionspolitik
1/2009	Wie sozial ist Europa?	2/2012	Was dem Frieden dient
2/2009	Hauptsache gesund?	3/2012	Finanzmärkte und Staatsschulden
3/2009	Caritas in veritate		
4/2009	Wende ohne Ende?		

## VORSCHAU

### Heft 4/2012

Schwerpunktthema: Rechtsextremismus  
und Rechtspopulismus

### Heft 1/2013

Schwerpunktthema: Bevölkerungsentwicklung